

# zivilschutz magazin





## „Weit umher siedete das Wasser, und gekochte Fische bedeckten die Fläche“

Heute: Der Ausbruch des Vesuvs im Jahre 1794

Tod und Elend wurden vielen Bürgern gebracht, als im Monat März 1794 sich der Vesuv „zu Wort“ meldete. Am 15. Juni schließlich barst der Vulkan mindestens an vier Stellen seiner Südwest-Flanke. Ein 600 Meter breiter und fast 13 Meter dicker Lavastrom ergoß sich über Torre del Greco, bedeckte eine ganze Ortschaft und floß bis zur Küste weiter. Die Spitze des Vesuvs war durch die gewaltige Explosion weggerissen worden, und an ihre Stelle war ein großer, kreisrunder Krater getreten.

Über diese Katastrophe schreibt der Geologe Leopold v. Buch in den „Gesammelten Schriften“ von 1867, Band 1, folgendes:

„Der Vesuv war am Fuße des Kegels geborsten, und von den Dächern der Häuser sah man die Lava aus mehreren Öffnungen in parabolischen Bogen hervorspringen. Fortwährend hörte man einen dumpfen, aber heftigen Lärm, wie vom Sturz eines Flusses in eine tiefe Höhle hinab; unaufhörlich schwankte der Berg, und auch eine Viertelstunde darauf hörte auch in der Stadt die Erschütterung nicht mehr auf. Mit solcher Wut hatte man noch nie die Lava hervorbrechen sehen. Das reizbare Volk, das sich nicht mehr auf sicherem Boden fühlte, die Luft in Flammen sah und von schrecklichen, nie gehörten Tönen erfüllt, stürzte, von Furcht und Schrecken ergriffen, zu den Füßen der Heiligen in Kapellen

und Kirchen, griff nach Kreuzen und Bildern und durchzog heulend die Stadt in wilder Verwirrung.

Der Berg achtete ihres Angstgeschreies nicht; es sprangen immer neue Öffnungen auf, und mit gleichem Lärme und gleicher Gewalt stürzte daraus die Lava hervor. Rauch, Flammen, Dampf erhoben sich zu ungeheuren Höhen jenseits der Wolken und verbreiteten sich dann auf den Seiten in Form einer unermesslichen Pinie ...“

Weiter beschreibt der Geologe die furchtbare Gewalt der Lava, die in rasender Geschwindigkeit hinunterfloß: „Sie stürzte mächtig und schnell vom Abhange herab. Jede Explosion aus den Kratern drängte eine neue Masse von Lava herauf, die, sich dem Strome zuwerfend, ihm neue Kraft und Stärke zu geben schien. Die Hälfte der Einwohner von Resina, Portici, Torre del Greco starrte mit entsetzt-ängstlicher Erwartung auf jede kleine Bewegung des Feuerstroms, dessen Richtung bald diesen, bald jenen Ort zu bedrohen schien; die andere Hälfte lag hingeworfen vor den Altären, sich Rettung vor der schrecklichen Lava zu erliehen.

Plötzlich richtete die ganze Lavamasse ihren Lauf genau auf Resina und Portici zu. Alles Lebendige in Torre del Greco stürzte in die Kirche, dem Himmel für die geträumte Rettung zu danken; in ihrer unmäßigen

Freude vergaßen sie den dann notwendigen Untergang ihrer Nachbarn. Aber ein tiefer Graben stellte sich dem Laufe der Lava entgegen, sie folgt seiner Richtung, und er öffnet sich auf der Höhe über das unglückliche, sich gerettet glaubende Torre del Greco. Mit neuer Wut fällt der Strom den steileren Abhang hinab. Er trennt sich nicht mehr, und mit 2000 Fuß Breite erreicht er die blühende Stadt. Im nächsten Augenblick suchen 18000 Menschen Schutz auf dem Meere.

Noch ehe sie das Ufer verlassen, sehen sie über den eingestürzten Dächern der Häuser aus der Mitte der Lava hervor sich dicke, schwarze Rauchsäulen erheben und große Flammen wie Blitze. Paläste und Kirchen stürzen krachend zusammen, und fürchterlich donnert dazwischen der Berg.

Um 11 Uhr in der Nacht brach die Lava aus dem Innern hervor, und schon um 5 Uhr morgens war Torre del Greco nicht mehr. In sechs Stunden hatte die glühende Masse vier italienische Meilen durchlaufen, eine noch nie gehörte Geschwindigkeit in der Geschichte des Berges. Das große Meer selbst vermochte es kaum, der Lava Grenzen zu setzen. Mächtig wälzte sich der obere Teil, indem der untere im Wasser erstarrte, über den erkalteten weg. Weit umher siedete das Wasser, und gekochte Fische in unzähliger Menge bedeckten die Fläche.“



Ausbruch des Vesuvs, nach einem alten „Magazin“.



# zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Januar  
1/84

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



## Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Telefon: (0221) 49881

## Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

## Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

## Redaktion:

Ulrike Adamsky-Metz  
Jochen von Arnim  
Dorothee Boeken  
Günter Sers

## Layout:

Paul Claes

## Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecké  
Postfach 140, 3508 Melsungen  
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

## Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41  
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Melsungen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

## Inhalt

- „Den Zivilschutz nicht vernachlässigen“** 7  
Festakt zum 25jährigen Bestehen des Bundesamtes für Zivilschutz – Bundesinnenminister Dr. Zimmermann; Wunschenken durch Wissen ersetzen.
- „Rettungsdienst und Krankentransport sind in Gefahr“** 15  
Die vier Sanitätsorganisationen fordern Verbesserung der rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für das Rettungswesen.
- „332 Aussteller demonstrierten Arbeitsschutz und -medizin“** 16  
Kongreß mit Internationaler Ausstellung in Düsseldorf.
- „Der Katastrophenschutz muß funktionieren wie eine gut eingespielte 400-Meter-Staffel“** 19  
Oberkreisdirektor Pezely, Recklinghausen, legt Wert auf eine perfekte Organisation.
- „Stete Aktualität der Seminare ‚Baulicher Zivilschutz‘ im BZS“** 22  
Thema Schutzraumbau: Der Schwerpunkt liegt auf der Praxis.
- „Transportable Faltbehälter zur Trinkwasser-Notversorgung“** 25  
Erprobung bei einer Katastrophenschutzübung in Mainz.
- „Staatsbürgerliches Engagement ist kein überholter Wertbegriff“** 30  
BVS-Direktor Schuch dankte den ehrenamtlichen Helfern.
- „Die letzte Fracht der FLORA für Äthiopien“** 45
- „Mehr Platz für die Samariter“** 49  
ASB-Landesschule Bremen eingeweiht.
- JUH: Fliegende Intensivstation für schwierige Transporte** 51
- Der Auslandsdienst der MHD: Von Äthiopien bis Thailand** 53
- KOMBA und DFV im gemeinsamen Gespräch** 55
- „Mit Begeisterung dabei“** 57  
Rettungstauchen ist Teil der KatS-Arbeit der DLRG.
- „Das Minimagazin“** U 3  
In diesem Monat: Safety first im Bergungsdienst.





# Umschau

## Staatsminister Möllemann schreibt an NRW-Ministerpräsident Rau

Der Staatsminister im Bonner Auswärtigen Amt, der F.D.P.-Bundestagsabgeordnete Jürgen W. Möllemann, richtete am 30. Dezember 1983 in einem längeren Schreiben mehrere Fragen an den Ministerpräsidenten des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau. Und zwar schreibt der Politiker, der zugleich Landesvorsitzender seiner Partei ist, dem Düsseldorfer Regierungschef, daß zwar „ein Grundkonsens darüber besteht, daß der optimale Schutz der Bevölkerung bei Unfällen, Bränden und Katastrophen sowie anderen Ausnahmesituationen vorrangiges Ziel jeglicher Politik sein muß“. Jedoch fügt Möllemann den Vorwurf an: „Wenn ich die Entscheidungen der letzten Zeit werte, komme ich zu dem Entschluß, daß leichtfertig mit diesem Schutze umgegangen wird.“

Konkret fragt der F.D.P.-Landesvorsitzende nach dem Orientierungsrahmen für die personelle und materielle Ausstattung der Feuerwehren, nach dem Einsatz freiwilliger Helfer der Sanitätsorganisationen im Rettungsdienst, nach der medizinischen Hilfe bei Störfällen und Katastrophen, aber auch nach der Förderung des Schutzraumbaus, der Schaffung gemeinsamer Leitstellen für Feuerschutz und Rettungsdienst sowie dem Aufbau des Behördenselbstschutzes im Landesbereich.

Möllemann hat allen Hilfsorganisationen sein Schreiben an Ministerpräsident Rau zur Kenntnisnahme zugeleitet.

## „Helene Jacob“ als „Schiff der Zukunft“

Mit dem Neubau des Motorkühlschiffes „Helene Jacob“ durch eine Lübecker Werft sind erstmals auf einem Schiff Ergebnisse aus dem vom Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) seit 1980 geförderten Projekt

## Größter Einsatz der Feuerwehr Hamburg

Ein bizarres Bild, entstanden aus gefrorenem Löschwasser, ergab sich in Hamburg: Ein Großfeuer in einem Industriegebiet in Hamburg-Wilhelmsburg hat im Dezember zum bisher größten Einsatz

der Hamburger Berufsfeuerwehr in der Nachkriegszeit geführt. Zwei Lagerhallen einer Düngemittel-Spedition brannten weitgehend aus. Menschen waren nicht in Gefahr. (Foto: dpa)



„Schiff der Zukunft“ verwertet worden. Dazu gehören unter anderem eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Schiff, eine integrierte Navigationsanlage zur genaueren Bestimmung der Schiffposition, eine tragbare Rettungsboot-Funkstation, die es Schiffbrüchigen ermöglicht, außer mit Funkstellen in den Seefunkbändern auch mit Funkstellen in den Flugfunkbändern in Verbindung zu treten, sowie vor allem ein Rettungssatellit für die Eigenrettung der Besatzung, der im Seenotfall ein gegen Umwelteinflüsse geschütztes Besteigen erlaubt und wegen seiner Aufstellung in Ablaufposition ständig einsatzbereit ist.

So können die Sicherheit der Besatzung im Seenotfall erhöht und die Zuverlässigkeit der Navigation gewährleistet werden. Die Reederei hat einen Bundeszuschuß erhalten, im nächsten Jahr soll ein in gleicher Weise ausgerüstetes Schwesterschiff folgen. Mit beiden Schiffen sollen mit finanzieller Unterstützung des BMFT arbeitswissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt werden.

## Fachausstellung für Arzt- und Anstaltsbedarf

Vom 22. bis zum 25. Mai 1984 findet im Messezentrum Nürnberg die 36. Fachausstellung für Arzt- und Anstaltsbedarf statt, Europas größte Fachausstellung für

Ärzte, Krankenhäuser und Heime, Wohlfahrtsorganisationen, Kur- und Erholungseinrichtungen, industrielle und öffentliche Großverpfleger und den Sanitätsfachhandel. Nach einer vorläufigen Anmeldeübersicht werden sich an der Fachausstellung in Nürnberg rund 500 Firmen, davon rund zehn Prozent aus dem Ausland, beteiligen. Alle Aussteller belegen insgesamt eine Ausstellungsfläche von rund 28000 m<sup>2</sup>.

Gleichzeitig findet die Jahrestagung der Fachvereinigung der Verwaltungsleiter Deutscher Krankenanstalten statt.

## Lehrgangsplan 1984 der Katastrophenschutzschule des Bundes

Mit der Lehrgangsnummer A 185 wird ein Novum an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler vorgestellt: „Führen im Katastrophenschutz“ – Stufe C. Als Pilotveranstaltung soll nun aufbauend auf die Stufen A und B für den Stab HVB ein weiterer Lehrgang angeboten werden. Gestartet wird mit der Stufe C vom 17. bis 20. Dezember 1984.

Bewährte Lehrgänge sind ebenfalls wieder im neuen Ausbildungsplan 1984, den die Katastrophenschutzschule des Bundes jetzt vorgelegt hat. Zivil- und Katastrophenschutz, Baulicher Zivil-



schutz, Seminare für Ärzte der Gesundheitsverwaltungen – einige Beispiele für die Ausbildung leitender Zivilschutzkräfte. Prüfungs- und Beurteilungslehrgänge wie z. B. Gasschweißen oder Sonderlehrgang für Sprengberechtigte des Bergungsdienstes finden ebenso statt wie die fünftägigen Lehrgänge „Führen im Katastrophenschutz“, Stufen A und B, für die sich wieder eine große Anzahl geschlossener Stäbe HVB angemeldet hat.

In der Außenstelle Hoya der Katastrophenschutzschule des Bundes laufen Lehrgänge mit vornehmlich praktischer Ausrichtung. „Retten aus Wassergefahren“, „Stegebau“, „Fahren auf dem Wasser“, „Ölschadenbekämpfung“ oder „Brunnenbau“ sind nur einige der vielen Themen.

Die Teilnehmerzahl für die einzelnen Lehrgänge und Seminare ist begrenzt, die Anmeldung muß rechtzeitig erfolgen.

### Sicherheitsprüfung für Seilbahn

Rettungsaktionen nahe der Harzburger Talstation waren Teil einer Sicherheitsprüfung, der sich Deutschlands nördlichste Großkabinenseilbahn jährlich unterziehen muß. Gemeinsam mit der Feuerwehr und dem Roten Kreuz wurde das Abseilen geübt. Auch der Einsatz einer Rettungskabine am Tragseil der Bahn

und die Bergung hängengebliebener Fahrgäste mit einer 30 Meter langen Feuerwehrleiter (Foto) wurden geübt.

Die Bergbahn erschließt seit 1929 das Wald- und Wandergebiet des Harzes und hat seitdem rund 18 Millionen Fahrgäste unfallfrei transportiert. (Foto: dpa)



### CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Dregger empfangt Rettungssanitäter

Erste Erfolge in ihren Bemühungen, für die Rettungssanitäter ein einheitliches Berufsbild zu schaffen, kann der Berufsverband der Rettungssanitäter (BVRS) verzeichnen: Durch Vermittlung von CDU-MdB Franz Heinrich Krey (Rheinisch-Bergischer Kreis) kam ein Gespräch zwischen dem Präsidium des Verbandes und dem Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, zustande. An diesem Gespräch nahmen auch die Abgeordneten Dr. Miltner, stv. Vorsitzender, und Kroll-Schlüter, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Jugend, Familie und Gesundheit, teil.

Schwerpunkt des Gesprächs war die Schaffung eines einheitlichen Berufsbildes für die Tätigkeit der Rettungssanitäter. Der Präsident des BVRS, Dr. med. Bodo Gorgaß, Generalsekretär Hans Gelinski und Präsidiumsmitglied Berthold Weber verdeutlichten den Unionspolitikern die Probleme der unzureichenden Ausbildung der Rettungssanitäter. Das Rettungswesen gilt in technischer Hinsicht in der Bundesrepublik Deutschland zwar als vorbildlich, doch ist es bislang nicht gelungen, auf bundeseinheitlicher Grundlage ein Berufsbild „Rettungssanitäter“ zu schaffen. Der BVRS setzt sich für eine Verbesserung der Ausbildung ein und schlägt vor zu prüfen, ob die Durchführung von Modelllehrgängen dazu beitragen kann, die Möglichkeiten zur Schaffung des Berufsbildes zu verbessern. Betont wurde, daß auf den Einsatz und die Zusammenarbeit mit freiwilligen Kräften nicht verzichtet werden kann. Gleichzeitig gilt es aber, gerade das Engagement vieler junger Menschen zu fördern, die bereit sind, den Beruf des Rettungssanitäters zu ergreifen, meint der Verband.

### Stuttgarter Katastrophenschutz noch besser gerüstet

Seit dem Jahr 1966 verstärkte der Bund aufgrund der Stärke- und Ausstattungsanforderungen des Bundes (STAN) im Rahmen des Erweiterten Katastrophenschutzes die Ausstattung des Stuttgarter Katastrophenschutzes mit 81 Einsatzfahrzeugen und mit wichtigem Katastrophenschutzgerät. Als Ersatz für die TLF 8, in welchen nur drei Feuerwehrleute Platz hatten, werden größere Brandschutzfahrzeuge, die eine Löschgruppe (neun Helfer) aufnehmen können, beschafft. Die ersten fünf neuen Löschfahrzeuge mit der Bezeichnung LF 16 TS mit kompletter Neu-Ausstattung im Werte von ca. 700000 DM wurden am



3. Januar 1984 durch Bürgermeister Dr. Klaus Lang im Zentrallager des Amtes für Zivilschutz Stuttgart der Branddirektion übergeben und bei den FFW-Abteilungen Hedelfingen, Hofen, Rohracker, Vaihingen und Weilimdorf für die Löschzüge „Löschen und Retten“ in Dienst gestellt.

Dr. Klaus Lang betonte, daß etliche Freiwillige Feuerwehrrabteilungen in den vergangenen Jahren nicht ohne die Bundesfahrzeuge, vor allem nicht ohne die geländegängigen TLF 8, hätten auskommen können, denn die Fahrzeuge und die Ausstattung stehen auch für die täglichen Einsätze und für organisations-eigene Zwecke zur Verfügung.

Nach dem Landeskatastrophenschutzgesetz gibt es auch ein Beschaffungsprogramm des Landes Baden-Württemberg für den Katastrophenschutz im Frieden. Das Land hat für den Stuttgarter Katastrophenschutz in den Jahren 1981 bis 1983 beschafft: einen Lkw und einen Feldkochherd für den DRK-Betreuungszug, einen Geländewagen für den Bergrettungszug des DRK sowie einen Kombi für die Wasserrettung der DLRG Stuttgart. Jetzt kam ein Sanitätsgruppenfahrzeug für den KatS-Sanitäs-Zug des Arbeiter-Samariter-Bundes Stuttgart hinzu, das gleichzeitig mit den Feuerwehrrfahrzeugen an den ASB übergeben worden ist.

Zu unserem Bild: Übergabe der neuen Fahrzeuge durch Bürgermeister Dr. Lang.

(Foto: Landeshauptstadt Stuttgart)

### „Autonotfunk“ wird von den Politikern befürwortet

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie, Dr. Albert Probst, hob die Bedeutung des Auto-Notfunksystems hervor, das sich ohne Probleme in die Arbeitsabläufe der Rettungsleitstellen integrieren läßt. Probst schloß sich der Einschätzung der Regierungschefs der Länder, die für eine bundesweite Einführung eines solchen Systems zuständig sind, an. Diese haben auf ihrer Konferenz am 19./20. Oktober 1983 in Stuttgart die Möglichkeiten positiv beurteilt, mit Hilfe des Auto-Notfunksystems eine Verbesserung des Rettungswesens in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.



## Veranstaltungsplan der BVS-Bundesschule

Der Bundesverband für den Selbstschutz führt im ersten Halbjahr 1984 an der BVS-Bundesschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler die nachfolgenden Veranstaltungen durch. Teilnehmermeldungen sind der BVS-Bundesschule mindestens vier Wochen vor Veranstaltungsbeginn durch die BVS-Landesstellen vorzulegen.

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit vom	bis
21	Grundlagenlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	13. 2.	17. 2.
22	Grundlagenlehrgang „Schutzbau Teil I“	13. 2.	15. 2.
23	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	13. 2.	17. 2.
24	Aufbaulehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	20. 2.	24. 2.
25	Arbeitsseminar „Argumentationstraining Zivilschutz“	20. 2.	24. 2.
26	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	20. 2.	24. 2.
27	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	27. 2.	2. 3.
28	Grundlagenlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	27. 2.	2. 3.
29	Grundlagenlehrgang „Beauftragter“	27. 2.	2. 3.
30	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	12. 3.	16. 3.
31	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	12. 3.	16. 3.
32	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	12. 3.	16. 3.
33	Grundlagenlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	19. 3.	23. 3.
34	Fortbildungslehrgang „Fachlehrer IV“	19. 3.	23. 3.
35	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	19. 3.	23. 3.
36	Aufbaulehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	26. 3.	30. 3.
37	Fortbildungslehrgang „Fachlehrer IV“	26. 3.	30. 3.
38	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	26. 3.	30. 3.
39	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	2. 4.	6. 4.
40	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	2. 4.	6. 4.
41	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	2. 4.	6. 4.
42	Grundlagenlehrgang „Selbstschutzführung“	9. 4.	13. 4.
43	Arbeitsseminar „Argumentationstraining Zivilschutz“	9. 4.	13. 4.
44	Fortbildungslehrgang „Fachlehrer IV“	9. 4.	13. 4.
46	Grundlagenlehrgang „Schutzbau Teil II“	24. 4.	26. 4.
47	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	7. 5.	11. 5.
49	Fortbildungslehrgang „Fachlehrer IV“	7. 5.	11. 5.
50	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	14. 5.	18. 5.
51	Abschlußlehrgang „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“	14. 5.	18. 5.





## Giftgasalarm in Nürnberg

16 Personen, darunter sechs Polizisten, wurden mit Symptomen einer Vergiftung in Krankenhäuser gebracht, nachdem es in einer chemischen Großhandlung im Osten Nürnbergs zu einem Defekt an einem Kesselwagen gekommen war. Salpetersäure war ausgelaufen, hatte mit Sauerstoff reagiert und schließlich hatte sich eine rötliche Giftgaswolke gebildet. Etwa 40 Anwohner mußten ihre Wohnung verlassen. (Foto: dpa)

## Zwei Verletzte nach Explosion

Vermutlich Gas war die Ursache einer Explosion in einem Doppelhaus am Stadtrand von Frankenthal in der Pfalz. Die Explosion forderte zwei Verletzte und Schäden in Millionenhöhe. (Foto: dpa)



## Björn-Steiger-Stiftung fordert Verbesserung der Notfallhilfe

Im 1. Halbjahr 1983 gab es auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland 4 Prozent mehr Tote und 7 Prozent mehr Schwerverletzte als im 1. Halbjahr 1982. Besonders erschreckend ist die Zunahme der Schwerverletzten und getöteten jungen Menschen zwischen 18 und 25 Jahren. Man vergißt leicht, daß im Straßenverkehr täglich im Durchschnitt 1280 Menschen verletzt und 32 Menschen getötet werden. Fast in jeder Minute wird in Deutschland ein Mensch bei Verkehrsunfällen verletzt, alle 45 Minuten stirbt ein Mitbürger. Statistisch gesehen geschehen auf den Straßen in jeder Minute des Tages mehr als drei Verkehrsunfälle.

Von 1953 bis Juni 1983 wurden bei fast 36 Millionen Verkehrsunfällen über 14 Millionen Personen verletzt und 448 112 Menschen getötet. Es wurden also mehr Personen verletzt, als Baden-Württemberg und Niedersachsen zusammen Einwohner haben, und diese Zahlen haben wieder steigende Tendenz.

Dabei ist es sicher interessant zu wissen, daß die Kosten der gesamten Notfallhilfe erheblich weniger als ein Prozent der Kosten des Gesundheitswe-

Nr.	Veranstaltung	in der Zeit vom	bis
52	Grundlagenlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	14. 5.	18. 5.
53	Arbeitsseminar „Argumentationstraining Zivilschutz“	21. 5.	25. 5.
54	Fortbildungslehrgang „Beauftragter“	21. 5.	25. 5.
55	Fortbildungslehrgang „Fachlehrer IV“	21. 5.	25. 5.
56	Aufbaulehrgang „Selbstschutzführung“	4. 6.	8. 6.
57	Fortbildungslehrgang „Fachlehrer IV“	4. 6.	8. 6.
58	Aufbaulehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	4. 6.	8. 6.
59	Grundlagenlehrgang „Frauenarbeit Teil II“	12. 6.	14. 6.
60	Arbeitsseminar für Schutzbauberater zur Einweisung in die selbständige Durchführung von Informationsveranstaltungen für Baufachleute	25. 6.	28. 6.
61	Fortbildungslehrgang „Fachlehrer IV“	25. 6.	29. 6.
62	Abschlußlehrgang „Öffentlichkeitsarbeit“	25. 6.	29. 6.

Die BVS-Fachlehrgänge „Brandschutzdienst“ sowie „Bergungs- und Sanitätsdienst“ werden im ersten Halbjahr 1984 an den BVS-Schulen in Voldagsen bzw. Körtlinghausen als Außenlehrgänge durchgeführt. Die Teilnehmermeldungen sind den Landesstellen Nordrhein-Westfalen bzw. Niedersachsen unmittelbar zu übermitteln.

Veranstaltung	in der Zeit vom	bis
---------------	-----------------	-----

### Außenlehrgänge in Körtlinghausen

Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	27. 2.	2. 3.
Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	19. 3.	23. 3.
Abschlußlehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	9. 4.	13. 4.
Aufbaulehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	14. 5.	18. 5.
Abschlußlehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	4. 6.	8. 6.
Abschlußlehrgang „Bergungs- und Sanitätsdienst“	25. 6.	29. 6.

### Außenlehrgänge in Voldagsen

Aufbaulehrgang „Brandschutzdienst“	12. 3.	16. 3.
Aufbaulehrgang „Brandschutzdienst“	26. 3.	30. 3.
Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“	2. 4.	6. 4.
Aufbaulehrgang „Brandschutzdienst“	7. 5.	11. 5.
Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“	21. 5.	25. 5.
Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“	25. 6.	29. 6.
Abschlußlehrgang „Brandschutzdienst“	9. 7.	13. 7.



sens betragen. Bund und Länder geben – so die Björn-Steiger-Stiftung – pro Jahr und Einwohner nur etwa eine Mark für Verkehrssicherheit und Notfallhilfe aus.

Die Stiftung appelliert an alle Verantwortlichen der Bundes- und Landesregierungen sowie an die Entscheidungsträger in Presse, Rundfunk, Fernsehen und der Industrie, kurzfristig folgende Maßnahmen auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit zu veranlassen:

1. Entscheidend bessere finanzielle Unterstützung aller Verkehrssicherheitsaktionen.
2. Neue Maßnahmen, um die Sicherheitsgurt-Anschnallquote zu verbessern.
3. Maßnahmen zur Senkung der jetzt wieder stark steigenden Unfälle durch Alkoholeinwirkung und überhöhte Geschwindigkeit.
4. Verzicht der Kfz-Industrie auf Werbung mit Höchstgeschwindigkeiten. Die aktive und passive Sicherheit von Kraftfahrzeugen muß in die Werbeargumentation der Industrie eingehen.
5. Bessere Unterstützung der Verkehrssicherheitsaktionen durch Presse, Rundfunk und Fernsehen in der Berichterstattung, aber auch in den Unterhaltungsprogrammen.

Auf dem Gebiet der Notfallhilfe fordert die Björn-Steiger-Stiftung:

1. Der Bestand an Personal und Fahrzeugen muß soweit erhöht werden, daß garantiert werden kann, daß zu jeder Tageszeit in allen Gebieten der Bundesrepublik innerhalb von zehn Minuten nach Alarmierung ein Rettungsfahrzeug mit qualifiziertem Personal an der Unfallstelle ist.
2. Die Schaffung des Berufsbildes für Rettungssanitäter, um eine qualifizierte Notfallhilfe garantieren zu können. Zur Zeit werden selbst Schwerstverletzte an der Unfallstelle von teilweise schlecht ausgebildeten Helfern versorgt, die den Status des Hilfsarbeiters haben.
3. Flächendeckende Schaffung von Notarztsystemen, auch in dünnbesiedelten Gebieten.
4. Schaffung und Finanzierung von Rettungsleitstellen durch die Bundesländer für Rettungsdienstbereiche, die mehrere Landkreise abdecken und einen Ausbauzustand haben, um alle Einsatzerfordernisse der Notfallhilfe unter Einbeziehung des Notarzt- und des ärztlichen Bereitschaftsdienstes optimal, wirtschaftlich und unabhängig erfüllen zu können. Um alle diese Maßnahmen zu erfüllen, sind keine Milliardenbeträge erforderlich, betont die Stiftung. Die anfangs erwähnten statistischen Zahlen seien jedoch Anlaß genug.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

In Köln ist – nicht nur – ein Schreibtisch frei. Wir – das ist ein dreiköpfiges Redaktionsteam – warten auf eine(n) Kollegen(in) als ausgebildete(n) und berufserfahrene(n)

### Redakteur(in).

Aufgabe des neuen Mitarbeiters ist die genaue, dennoch lebendige Darstellung aller Aspekte des Katastrophenschutzes und des Zivilschutzes. Unsere Themen sind die staatlichen und privaten Schutz- und Vorsorgemaßnahmen für Katastrophen im Frieden, aber auch für den Verteidigungsfall. Das beginnt bei der Reportage über die im Katastrophen- und Zivilschutz tätigen humanitären Hilfsorganisationen und geht bis zur journalistischen Aufbereitung von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften. Fachkenntnisse sind erwünscht, Defizite werden aufgearbeitet; präzise Recherche und eine flotte Feder werden erwartet.

Der Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, gibt im Auftrag des Bundesministers des Innern in Kooperation mit neun Hilfsorganisationen monatlich die Fachzeitschrift „Zivilschutz-Magazin“ mit einer Auflage von etwa 70000 Exemplaren heraus. Der/dem neuen Kollegen(in) wird eine Vergütung bis IIa/III BAT geboten. Hochschulbildung ist erwünscht.

Sind Sie interessiert? Für Vorabinformation erreichen Sie den Chefredakteur unter Tel.-Nr. (0221) 4988-228.

Für die schriftliche Bewerbung gibt es den Personalbogen des öffentlichen Dienstes, der beim

**Bundesverband für den Selbstschutz**  
– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41  
Tel. (0221) 4988-1

angefordert werden kann.

Bewerbungsschlußtermin ist der **31. März 1984**.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

**1. Leiter/Leiterin der BVS-Dienststelle Saarlouis**  
mit Sitz in Saarbrücken (Verg.-Gr. IVa BAT) – 1. 7. 1984 –

**2. Leiter/Leiterin der BVS-Dienststelle Koblenz**  
(Verg.-Gr. IVa BAT) – sofort –

Die Bewerber sollten über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes, insbesondere des Selbstschutzes, verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum **29. 2. 1984** zu richten an den

**Bundesverband für den Selbstschutz**  
– Bundeshauptstelle –  
Eupener Straße 74, 5000 Köln 41

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha. Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.



Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann:

## Den Zivilschutz nicht vernachlässigen

Festakt zum 25jährigen Bestehen des Bundesamtes für Zivilschutz –  
Die ehrenamtliche Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz ist wichtige Grundlage –  
In der Sicherheitspolitik Wunschdenken durch Wissen ersetzen



Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, begrüßte am 12. Dezember 1983 in der Bad Godesberger Stadthalle zum Jubiläum seines Amtes über tausend Gäste.

Als deutliches Bekenntnis zur Bedeutung und Notwendigkeit des Zivilschutzes war der Festakt zu werten, zu dem der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, anlässlich des 25jährigen Bestehens des Amtes eingeladen hatte. Zahlreiche Gäste, an der Spitze Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens, Zivilschutzfachleute aus dem In- und Ausland, Vertreter von Behörden und Wirtschaft sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes für Zivilschutz hatten sich in der Godesberger Stadthalle eingefunden. Begleitet von Grüßen einiger Repräsentanten des öffentlichen Lebens, die leider hatten absagen müssen, unter ihnen Wohnungsbauminister Oscar Schneider, folgten die Gäste aufmerksam den Ausführungen der Redner.

Und wer etwa geglaubt hatte, die Veranstaltung würde vielleicht nicht auf genügendes Interesse stoßen, wurde hier sichtbar eines Besseren belehrt: Der Saal war überfüllt, das Interesse bundesweit.

### Die Idee der humanitären Hilfe ist stärker . . .

In seiner Begrüßungsansprache beleuchtete Präsident Dr. Kolb die Entwicklung und die gegenwärtige Situation des Zivilschutzes:

„Jubiläen geben Anlaß zu Rückblicken auf das Gewesene und können so verständlich machen, warum das Gewordene so ist.

Auch die in historischen Maßstäben relativ kurze Geschichte des Bundesamtes spiegelt deshalb den Geist der Zeit und seinen Einfluß auf die in ihr Lebenden wider. In organisatorischen Dimensionen gesehen, kann man die zurückliegenden 25 Jahre einteilen in Abschnitte des Planens und Konzipierens, in Zeiten des Aufbaus, und, wie jetzt, in Phasen der Konsolidierung. Für das damit verbundene Auf und Ab waren vielfach Anstöße von außen bestimmend. So führten außenpolitische Ereignisse wie der Koreakrieg oder die Kubakrise zu einem sprunghaften Anstieg der finanziellen Dotation des Zivilschutzes. Andererseits dämpften Zwänge infolge politischer Entscheidungen die Bereitschaft von Regierung und Parlament, sich für den Zivil-





Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens dankte den ehrenamtlichen Helfern und den hauptamtlichen Mitarbeitern im Zivil- und Katastrophenschutz für ihr Engagement.



Oben: Die Grüße der Bundeshauptstadt Bonn überbrachte Oberbürgermeister Dr. Hans Daniels. – Unten: Der Vorsitzende der Ständigen Konferenz der Innenminister und Innensenatoren, der hessische Staatsminister Dr. Herbert Günther, unterstrich die Bedeutung des Zivilschutzes.



schutz zu engagieren. Viel guter Wille wurde dadurch in seiner Entwicklung gehemmt oder kam gar zum Erliegen. Das wohl negativste Ereignis in diesem Sinne ist die im Jahre 1967 geschehene und immer noch wirksame Suspendierung der Pflicht zum Bau von Schutzräumen. Jeder kann sich ausrechnen, wieviel Millionen von Schutzplätzen deswegen heute fehlen.

Und was bewegt in Kenntnis sich gravierender, den Schutz unserer Bevölkerung schwächender Gegebenheiten die Mitarbeiter des Bundesamtes? Menschen, die sich Tag für Tag aus Überzeugung für mehr Zivilschutz einsetzen, Menschen, die wissen, daß ohne Schutzbau der Schlußstein in dem von ihnen mitzuschaffenden Gewölbe der humanitären Sicherheit nicht gesetzt werden kann. Zunächst: Sie erfüllen trotz solcher, im wesentlichen politischer Defizite ihre Tagespflicht, und zwar mit gutem Gewissen, weil sie von der Notwendigkeit und Möglichkeit der Maßnahmen zum Schutze unserer Bevölkerung im Sinne der IV. Genfer Konvention aus Sachkunde und aufgrund historischer Erfahrung überzeugt sind. Dieses Trotzdem ist nicht zuletzt wegen des damit verbundenen aktiven Eintretens für die Grundrechte unserer Verfassung eine wichtige Tatsache zum Verständnis der Geschichte unseres demokratischen Staates. Um so mehr als diese positive Aussage auch für die Einstellung aller anderen ehrenamtlich oder hauptamtlich für den Zivilschutz Tätigen gilt. Die Idee der humanitären Hilfe ist also stärker als entmutigende Einflüsse durch fehlende politische Vorgaben, durch finanzielle Engpässe, durch das spürbar geringe öffentliche Interesse oder gar durch abschätzige Beurteilung von Teilen der veröffentlichten Meinung.

### Nur ein geringer Teil des Bedarfs zu decken

Unter solchen Vorzeichen ist jedes Erfolgserlebnis der Mitarbeiter des Bundesamtes untrennbar mit der Erkenntnis verbunden, daß das Getane, von Ausnahmen abgesehen, nur einen geringen Teil des wirklichen Bedarfs decken kann . . . Mit dem, am Aufgabenvolumen und seiner Erledigung gemessen, relativ geringen Personalbestand von rd. 1500 Mitarbeitern hat das Bundesamt Beiträge zum Aufbau des Zivilschutzes geleistet, die sich auch im internationalen Vergleich sehen lassen können. Erinnert sei hier insbesondere an den Betrieb des Warndienstes mit seinen zehn Warnämtern, an die Beiträge zur Errichtung von 209 Hilfskrankenhäusern und zur Einrichtung von 100 Sanitätslagern; an die bauaufsichtliche Tätigkeit und die fachliche Mitwirkung zur kostensenkenden Weiterentwicklung des Hausschutzraumbaus. Es sei erinnert an die Konzepte zur Optimierung





**Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, sprach im Namen aller Katastrophenschutz-Organisationen.**



**Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann sprach sich für die realistische Einschätzung der Gefahren und gegen Wunschdenken im Sicherheitsbereich aus.**



**Bundesinnenminister Dr. Zimmermann, Bundespräsident Prof. Dr. Carstens und BZS-Präsident Dr. Kolb.**



**Blick in das über tausenköpfige Auditorium beim Festakt zum 25jährigen Jubiläum des Bundesamtes für Zivilschutz.**

des bund-/ländereinheitlichen Katastrophenschutzes, insonderheit die richtungweisenden Ausarbeitungen über die Führung des Katastrophenschutzes durch Stäbe sowie die Entwicklung moderner Ausbildungsgänge für die Fachdienste des Katastrophenschutzes. Es sei erinnert an die Festigung des Bestandes der Bundesanstalt THW mit ihren über 55000 aktiven ehrenamtlichen Helfern in elf Landes- und 610 Ortsverbänden und an die Integration ihrer Einheiten in den Katastrophenschutz der Länder . . .“

Der Präsident schloß mit der Feststellung, dem Bundesamt für Zivilschutz sei – der humanitären Zielsetzung nach – eine der achtbarsten Schutzaufgaben gestellt, die diese Republik zu vergeben habe.

### **Der Dank des Bundespräsidenten**

Anschließend ergriff Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens das Wort, um dem Amt und seinen Bediensteten Glückwünsche auszusprechen und allen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern des Zivil- und Katastrophenschutzes Dank und Anerkennung zu sagen, wie er es bereits 1980 bei seinem Besuch an der Katastrophenschutzschule des Bundes getan hat. Prof. Carstens sagte:

„Sie, meine Damen und Herren, die Sie sich dem Katastrophenschutz widmen, stehen nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit, das ist gewiß richtig. Aber jeder Bürger, der nur einen Augenblick nachdenkt, wird zu dem Ergebnis kommen, daß das, was Sie tun, unser aller Dank und unser aller Anerkennung verdient, und das einmal auszusprechen, ist der Grund, weswegen ich hier bin. Sie können auf eine positive Bilanz für diese fünfundzwanzig Jahre zurückblicken. Deswegen möchte ich allen denen danken, die als Mitarbeiter dabei mitgewirkt haben, den ehrenamtlichen sowohl wie den hauptamtlichen Mitarbeitern. Sie wirken im Dienst des Gemeinwohls. Und ich begrüße es ganz besonders, daß viele junge Menschen sich ebenfalls in den Dienst des Katastrophenschutzes stellen.

Hier zeigt sich die Bereitschaft, persönliche Opfer für das Gemeinwohl zu bringen. Hier herrscht nicht die Haltung vor, was kann dieses Land, was kann dieser Staat noch mehr für mich tun, sondern die umgekehrte Haltung, was kann ich noch mehr für diesen Staat und für dieses Land tun. Und die Bürger, die so fragen, insbesondere die jungen Bürger, sie tragen unsere Zukunft.

Ich möchte Ihnen danken, für Hilfsbereitschaft, Kameradschaft und Solidarität, die Sie bewiesen haben und die beispielhaft sind für viele andere. Ich habe mich gefreut, daß eben all die Organisationen ge-



nannt wurden, die mit Ihnen zusammen im Katastrophenschutz tätig sind. Ich werde nicht müde, wenn ich zu jungen Menschen spreche, sie darauf hinzuweisen, daß hier eine Vielzahl von Möglichkeiten besteht, sich zu engagieren im Dienste des Ganzen.

Ein junger Mensch, der nach einem Sinn für sein Leben sucht, ist gut beraten, wenn er in einer dieser Organisationen mithilft, und er wird ein beglückendes Gefühl darüber empfinden, daß das, was er tut, nützlich ist, und er wird zugleich das Gefühl der Kameradschaft empfinden, was uns alle, die wir in schweren Zeiten zusammengestanden haben, immer beflügelt hat . . . "

### **Vorbildliche Zusammenarbeit**

Als Vertreter der Stadt Bonn, in deren Mauern sich das Bundesamt für Zivilschutz mit seinen 350 Mitarbeitern als eine von über hundert Bundesbehörden und -dienststellen befindet, gratulierte Oberbürgermeister Dr. Hans Daniels. Er äußerte sich insbesondere positiv über die Zusammenarbeit der hauptamtlichen und der ehrenamtlichen Mitarbeiter gerade im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes, die er als vorbildlich bezeichnete. Der Bonner Oberbürgermeister nannte sie ein Modell für die Bewältigung auch vieler anderer öffentlicher Aufgaben, mit denen der Staat und auch die Städte und Gemeinden andernfalls überfordert wären. Dr. Daniels fuhr fort:

„ . . . Wenn man bedenkt, daß etwa seit 1970 allein die Personalausgaben der Gemeinden sich mehr als verdreifacht haben, dann ist hier erkennbar, daß die öffentlichen Aufgaben, die in immer stärkerer Weise auf uns zukommen, nur mit öffentlichen Bediensteten schon von daher nicht mehr bewältigt werden können. Und wir haben gerade in Bonn hier gute Erfahrungen auch auf städtischer Ebene mit dieser Zusammenarbeit zwischen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Helfern gemacht. Ich nenne ein einziges Beispiel: Unsere zahlreichen freiwilligen Feuerwehren sind bereit, an Wochenenden und in der Nacht in Rufbereitschaft zu leben und dann den Berufsfeuerwehrlern bei der Bekämpfung von Bränden und Katastrophen zu helfen. Diese Tatsache, diese Bereitschaft ermöglicht es uns, das Personal der Berufsfeuerwehr erheblich geringer zu halten und spart den städtischen Steuerzahlern jedes Jahr vier Millionen DM. Eine solche Zahl sollte man einmal nennen, um auch darin zum Ausdruck zu bringen, was wir als Steuerzahler all den vielen ehrenamtlichen freiwilligen Helfern in vielen Bereichen verdanken.

Und gerade in einer Stadt, in der es solche Zusammenarbeit an vielen Stellen gibt, erfährt man auch unmittelbar, was Sie, Herr

Bundespräsident, zu Recht immer wieder sagen, welche Erfüllung diejenigen finden, die in solchen Organisationen mitarbeiten. Ich habe noch nie von einem freiwilligen Helfer gehört, daß er für sein Leben keine Zukunft sehe, oder wie es heute meist in Englisch ausgedrückt wird, no future habe. Für die, die sich für andere einsetzen, ist damit auch ein Sinn für ihr eigenes Leben gegeben, und so helfen sie nicht nur anderen, sondern auch sich selbst . . . "

### **Die Bemühungen sind wieder erschwert worden**

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder wandte sich dann Staatsminister Dr. Herbert Günther, Innenminister des Landes Hessen, an die Festversammlung. Er überbrachte die Glückwünsche der Bundesländer und betonte die vorzügliche Zusammenarbeit der Länder und Katastrophenschutz-Organisationen mit dem Bundesamt für Zivilschutz mit Blick auf das zurückliegende Vierteljahrhundert. Sie alle seien nicht damit befaßt, Katastrophen vorzubereiten, sondern sie zu verhindern oder wenigstens zu vermeiden. Im Mittelpunkt seiner Ansprache stand der Entwurf eines neuen Zivilschutzgesetzes, zu dem er sich wie folgt äußerte:

„ . . . Was erwarten wir denn nun von dem seit Jahren angekündigten Entwurf eines Zivilschutzgesetzes? Da gibt es ja eine Reihe von Vorstellungen auch über Parteigrenzen hinweg. Es gibt in der Bewertung des Zivilschutzes ganz deutlich Signale aus den verschiedenen Zeitabläufen, die widerspiegeln, wie sehr man sich doch schwertut mit diesem Bereich: 1949 war die vorherrschende Auffassung – kein Zivilschutz mehr; 1954 ist das schon geändert worden im Gesetzgebungsverfahren, und Herr Kolb hat zu Recht 1971 bei einem Symposium in Freiburg festgestellt, daß nun anerkannt sei, daß der Zivilschutz eine humanitäre Aufgabe, eine notwendige Aufgabe leiste, und ich fürchte, meine Damen und Herren, daß diese Bemühungen in den letzten Wochen und Monaten wieder erschwert worden sind. Die aktuelle Diskussion dieser Woche etwa, der weithin ausgestrahlte Film ‚Der Tag danach‘ wird sicherlich erhebliche Zweifel aufwerfen, ob und in welchem Umfang und in welchem Sinne wir uns hier bemühen sollten, Anstrengungen zu machen.

Ich gehe davon aus, daß die Bundesregierung, so wie das seit Jahren wieder über Parteigrenzen hinweg diskutiert worden ist, den Entwurf eines Zivilschutzgesetzes vielleicht in Kürze oder später, Herr Kollege Zimmermann, jedenfalls sicherlich mit uns, mit den Ländern erörtern wird. Ich werde an dieser Stelle nur sagen, daß die Länderinnenminister, die sich mit diesem Komplex

wiederholt beschäftigt haben, der Auffassung sind, daß die Frage der Einführung einer allgemeinen Schutzraumbaupflicht regelungsbedürftig wäre. Zweitens die Frage, ob die Bundesregierung ein weiteres Sicherstellungsgesetz, ein eigenständiges Gesundheitssicherstellungsgesetz, vorbereitet oder ob das in ein neues Zivilschutzgesetz mit einbezogen wird, und schließlich drittens, unter welchen Kostenbelastungen . . .

### **Eine Fülle von Problemen**

Wenn man ein Gesetz auf den Weg bringt, das solche allgemeinen Pflichten anordnet, wird das mit einem ganz außergewöhnlichen Aufwand verbunden sein. Das kann man nicht wegdiskutieren. Das bedeutet für die aktuelle Finanzsituation eines Kommunalbereiches, Herr Daniels, den Sie ja hier mitvertreten, aber auch im Bereich der Länder, die die kommunalen Finanzen, aber auch die Länderfinanzen selbstverständlich hierbei in die Diskussion einführen müssen, daß, wenn man eine gemeinsame Linie findet hinsichtlich der Beschreibung der Aufgaben, es außerordentlich schwer werden wird, auch das gemeinsame Portemonnaie zu entdecken, oder anders ausgedrückt, die Kostenregelung so zu bringen, daß Länder und Gemeinden als Ihre Partner damit leben könnten.

Ich gehe also davon aus, daß dieses Bundesamt für Zivilschutz auch an der Schwelle zum zweiten Vierteljahrhundert ganz aktuell in der Diskussion bleiben wird und daß es eine Fülle von Problemen gibt, bei denen die Parteien unterschiedlich sich äußern, die Länder mit großer Zurückhaltung Neuregelungen betrachten, ja bergwöhnen werden, und Sie vom Bundesamt, wie bisher, die Nerven behalten müssen, wenn es darum geht, Neuregelungen zu diskutieren und dann auch finanzielle Absicherungen zu bringen . . . "

Minister Dr. Günther schloß mit einem Dank an die Mitarbeiter des Bundesamtes und an die Organisationen, die es erleichtern, die Aufgaben so zu erfüllen, wie die Bürger dieses Landes es erwarten.

### **„Zivilschutz ist eine Sache der Überzeugung“**

Die Glückwünsche und Grüße der im Zivil- und Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen – ASB, DLRG, DRK, Feuerwehren, JUH, MHD und THW – überbrachte der Präsident des DRK, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein. Er äußerte sich zunächst über die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Zivilschutz, die von Sachkenntnis und gegenseitigem Respekt geprägt sei. Daher habe sie stets „den offenen Dialog und das





Musikalisch wurde die Veranstaltung vom Musikkorps des Bundesgrenzschutzes unter Stabführung von Hauptkommissar Deeg umrahmt.



Der Bundespräsident im Gespräch mit DRK-Präsident Prinz Wittgenstein und Staatssekretär Dr. Fröhlich, Bundesministerium des Innern.



Prinz Wittgenstein und Bundesinnenminister Dr. Zimmermann.



BZS-Präsident Dr. Kolb begrüßt den Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes, Struve (rechts), und DFV-Bundesgeschäftsführer Voßmeier.

Bemühen um sachgerechte Lösungen für die gemeinsamen Ziele ermöglicht und nicht nur die Grenzen aufgezeigt, sondern eine Vielzahl von grundlegenden und tragfähigen Kompromissen erbracht“.

Prinz zu Sayn-Wittgenstein sagte weiter:

„... Gerade unser System des Zivil- und Katastrophenschutzes mit seiner scheinbar verwirrenden Vielfalt von Kompetenzen und Pflichten zeigt, daß es im Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft in unserer demokratisch-föderalistischen Ordnung darum geht, ein leistungsstarkes Schutz- und Versorgungssystem für den Bürger zu schaffen, ohne ihn freilich gleichzeitig aus seiner Eigenverantwortung zu entlassen. Ein solches System muß das große Potential einer freiheitlichen Gesellschaft sinnvoll und überzeugend nutzen können.

Dies bedeutet für den Staat und die Organisationen, die auf der Grundlage ihrer Eigenständigkeit und gemäß den Prinzipien der Ehrenamtlichkeit und Freiwilligkeit beim Ausbau eines öffentlichen Zivil- und Katastrophenschutzes mitwirken, daß eine Form von Arbeitsteilung bestehen muß, für die folgende Voraussetzungen gelten:

- Geteilte Verantwortung und gegenseitige Anerkennung;
- Bereitstellung ausreichender Mittel und
- Schaffung gesetzlich gesicherter Freiräume für die Organisation durch den Staat;
- Erfüllung der personellen Aufgaben durch die Organisationen, um einsatzfähige Systeme zu erhalten.

Eine der wichtigsten Grundlagen für alle gemeinsamen Bemühungen jedoch ist das uneingeschränkte Bekenntnis von Hunderttausenden von Helferinnen und Helfern zu den Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes und seiner Notwendigkeit.

Zivilschutz ist nun einmal zunächst eine Sache der Überzeugung, bevor die Frage seiner Verwirklichung erheblich wird. In dem Bekenntnis zur Notwendigkeit des Zivil- und Katastrophenschutzes, das die Organisationen und alle Helferinnen und Helfer ablegen und das die Grundlage der Bereitschaftserklärung jedes einzelnen ist, liegt sicher ein großer gesellschaftlicher Beitrag. Mit der freiwillig übernommenen Verpflichtung jedes einzelnen Mitgliedes wie aber auch durch die Organisationen sind jedoch zweifache Erwartungen verknüpft:

1. Die Organisationen mit ihren Helferinnen und Helfern, deren Gesamtzahl die Millionengrenze weit überschreitet, sollten durch ausreichende materielle Ausstattung und qualifizierte Ausbildung in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben wirksam erfüllen zu können.



2. Die Ziele und die Wege zur Verbesserung des Zivil- und Katastrophenschutzes müssen klar definiert und überschaubar vorgegeben sein.

Ich meine damit im Hinblick auf die Gesamtkonzeption nicht so sehr die bisherigen Leistungen und das sinnvolle Konsolidierungsprogramm der Bundesregierung bis zum Ende der 80er Jahre. Gemeint ist vielmehr die ebenso bekannte wie bedauerliche Tatsache, daß die Bundesrepublik Deutschland in vielen, in zu vielen Bereichen des Zivilschutzes noch einen langen Weg vor sich hat, bis man von einem wirksamen Schutz der Zivilbevölkerung sprechen kann . . .

### **Ein bürgernahes System von Hilfsmöglichkeiten**

Vor allem verbinde ich mit einer solchen Feststellung die Aufforderung an die Parlamente und Regierungen, in der Verantwortung sowohl für unsere Helferinnen und Helfer wie aber vor allem für die Gesamtbevölkerung das Nötige, das Erforderliche in Sachen Zivilschutz zu tun. Dabei will ich gar nicht so sehr auf ungelöste Fragen des Schutzraumbaus oder der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung abstellen, die die Organisationen allenfalls in ihren Konsequenzen berühren. Die uns bedrängenden Fragen lassen sich in erster Linie mit den folgenden Stichworten umreißen:

– Weiterer Aufbau des Systems von Verstärkungseinheiten des Bundes und Ergänzungseinheiten der Länder zu einem aufeinander abgestimmten Verbundsystem;

– Verbesserung und Vereinheitlichung aller vorhandenen Hilfeleistungssysteme auch für die Zwecke des Zivil- und Katastrophenschutzes;

– Verbesserung der Mittelverwendung und Mittelvergabe im Rahmen der zur Zeit bereitgestellten Haushaltsmittel in Bund und Ländern einschließlich der Frage der Bündelung oder Umverteilung von Geldern aus verwaltungsintensiven Bereichen in praxisorientierte Programme;

– Überlegungen zu einem bürgernahen, mit einfachen Mitteln zu verwirklichendem System von Hilfsmöglichkeiten in Form eines flächendeckenden Stützpunktsystems.

Die Organisationen bekräftigen weiterhin ihre Bereitschaft wie bisher, ihren Beitrag zum Ausbau des Zivil- und Katastrophenschutzes zu leisten. Sie bieten an, darüber hinaus auch auf den neuen Wegen zur Schaffung des von mir angedeuteten bürgernahen Systems von Schutz- und Hilfsmöglichkeiten beitragen zu wollen. Dabei gehen wir von realistischen Annahmen aus, was die Finanzierbarkeit solcher Vorstellungen angeht. In den Zeiten knapp

werdender Mittel ist uns gerade dies besonders bewußt.

Es kann jedoch, meine Damen und Herren, nicht bedeuten, daß allein von der Haushaltlage und nicht vom Bedarf her geplant wird . . .“

### **Fragen des Zivilschutzes werden intensiv diskutiert**

Nach einem musikalischen Zwischenspiel des Musikkorps des Bundesgrenzschutzes, Grenzschutzkommando Mitte, hielt der Bundesminister des Innern, Dr. Friedrich Zimmermann, die Festrede, in der er Aspekte der allgemeinen Sicherheitspolitik und des Zivilschutzes behandelte. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung seiner Ausführungen wird die Rede hier im vollen Wortlaut abgedruckt.

„Herzlichen Glückwunsch zum fünfundzwanzigsten Jubiläum und Dank vor allem allen meinen Vorrednern für Ihre würdigen Worte. Folgerichtig mit der Entwicklung, und die ersten Schritte sind geschildert worden, mit dem Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in das Bündnis und dem Aufbau der militärischen Verteidigung war es richtig, auch mit dem Aufbau des Zivilschutzes zu beginnen. Die Diskussion um die Sicherheitspolitik der fünfziger Jahre, daran erinnern wir uns in diesen Tagen, ist mit Leidenschaft geführt worden, ist in dieser Zeit wieder aufgeflammt. Dabei werden Fragen des Zivilschutzes in einer neuen Form intensiv diskutiert. In letzter Zeit merken wir, daß ganz gezielt von einigen Verbänden und Organisationen, von Wissenschaftlern, auch von Ärzten, neuerdings auch von Architekten, der Zivilschutz in Frage gestellt wird. Aktuelle Beispiele sind das Manifest des Bundes Deutscher Architekten gegen den Schutzraumbau sowie der Aufruf von Ärzten, die Aus- und Fortbildung in der Katastrophenmedizin zu verweigern. Das Gemeinsame an den Begründungen ihrer Erklärung ist die Behauptung, daß jeder künftige Krieg als ein totaler, alles zerstörender Nuklearkrieg ablaufen müsse und nichts weiter als eine Steinwüste hinterlasse.

Es gibt keinen Zweifel, daß sich viele Menschen in diesem Land dadurch verunsichert fühlen. Das gibt mir Veranlassung, heute einige grundsätzliche Bemerkungen zur Notwendigkeit des Zivilschutzes zu machen. Selbstverständlich weiß der Verteidigungspolitiker Friedrich Zimmermann, der in dieser Eigenschaft sechszwanzig Jahre dem Deutschen Bundestag angehört, wie das heutige Arsenal der Kernwaffen in Ost und West zu bewerten ist. Und selbstverständlich gibt es nicht den geringsten Zweifel, daß ganze Länder und ihre Bevölkerung mit einem Schlag vernichtet werden könnten. Ich bin der festen Überzeugung, daß die andere Seite wie die

unsere die genaue Kenntnis darüber hat, was die Auslösung einer solchen Katastrophe für alle bedeuten würde. Und deswegen bin ich der Auffassung, daß niemand einem anderen eine solche Absicht unterstellen sollte. Es ist mir auch unverständlich, daß sich manche Leute plötzlich als sichere Strategen fühlen und den totalen Atomkrieg als einzige denkbare Möglichkeit voraussagen. Und ich bin erschrocken, mit welcher Sicherheit und welcher scheinbaren Überzeugung und Sicherheit sie das tun. Es gehört dazu, Herr Kollege Günther sagte es, daß sich natürlich auch die Filmindustrie die Ängste der Menschen zunutze macht. Die heute bekannten Folgen des Einsatzes von Kernwaffen, die zahlreichen Dokumentarfilme, die es dazu gegeben hat, reichen völlig aus, um die furchtbaren Wirkungen vor Augen zu haben. Sie brauchen nicht noch spekulativ ins Bild gesetzt zu werden. Es wird bei all dieser Diskussion ignoriert, daß es ein weites Feld möglicher Ereignisse gibt, in denen rechtzeitig vorbereitete Maßnahmen sowohl unmittelbar Menschenleben, also auch die Gesundheit, schützen können.

### **Wunschdenken durch Wissen ersetzen**

Es wird manchmal unterstellt, glaube ich, daß die Politiker in beiden Machtblöcken ihr Verantwortungsgefühl total verloren hätten und ihren eigenen Sicherheitsinteressen zuwiderhandeln würden. Denn, darüber gibt es auch keinen Zweifel, nach einem alles vernichtenden Atomkrieg würde weder die sozialistische noch unsere freiheitlich demokratische Lebensordnung weiter existieren können. Wir müssen deshalb diesen Vorstellungen eines allgemeinen Atomkrieges mit Entschiedenheit entgegenreten. Wir alle sind davon überzeugt, daß es uns durch unsere Maßnahmen der Vorbereitung und Vorsorge, durch unsere Politik des Bündnisses und der Abschreckung gelingt, den Frieden zu erhalten.

Wir unterschätzen oder überschätzen nichts. Jede Unterschätzung einer Gefahr wäre ebenso schädlich wie ihre Überschätzung. Unterschätzung oder Überschätzung lähmen die Bemühungen um Abwendung und Linderung von möglichem Leid. Wir müssen daher zu einer realistischen Einschätzung von Gefahren beitragen und irriige Vorstellungen und Wunschdenken durch Wissen ersetzen.

Für den Zivilschutz bedeutet das, in dem weiten Spektrum von Ereignissen zwischen dem Frieden für alle Zeiten und der totalen Zerstörung läßt sich leider nicht mit Sicherheit sagen, daß eine bewaffnete Auseinandersetzung anderer Art und anderer Formen für alle Zeit auszuschließen ist. Wenn das nicht der Fall ist, und wir haben ja immer für den schlimmsten Fall

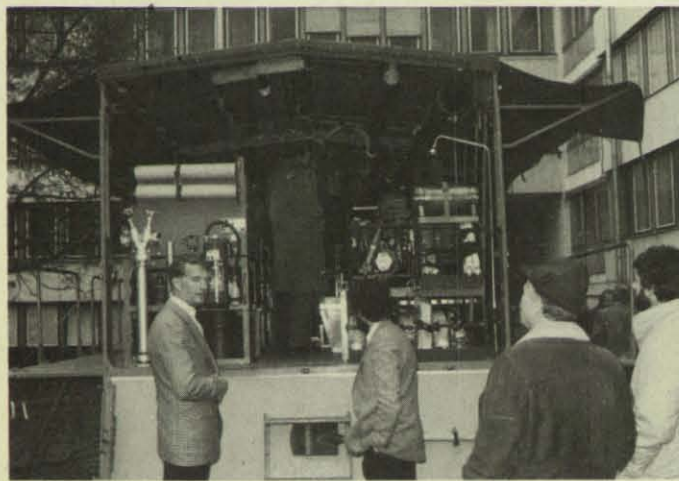




Bei der internen Feierstunde im Bundesamt ehrte Präsident Dr. Kolb Mitarbeiter der ersten Stunde: Gertrud Hinze, Helga Lipka und Josef Hartung (von links).



Foto-Dokumentation der 25jährigen Geschichte des BZS; hier eine Bildserie der früheren Dienstgebäude.



Im Innenhof des Amtes war die Ausstattung eines ABC-Zuges zu besichtigen. Das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug ist das Kernstück des Zuges.



Fachsimelei während des Rundgangs durch die Ausstellung.

vorzuzorgen, dann ist es ein zwingendes Gebot der Menschlichkeit, die notwendigen Vorsorgemaßnahmen für das Überleben zu veranlassen. Dieses Gebot hat mit dem Genfer Rot-Kreuz-Abkommen vom 12. August 1949 zu einem humanitären Völkerrecht geführt, das den Schutz der Zivilbevölkerung als unverzichtbare humanitäre Aufgabe festlegt. Wer den Zivilschutz bewußt vernachlässigt, weil er glaubt, dadurch dem Frieden zu dienen, der macht sich selbst zum Opfer der Illusion und handelt verantwortungslos. Erst wenn wir die absolute Gewißheit hätten, daß es keine bewaffneten Konflikte mehr geben kann, dann könnten wir auch die Vorsorge vergessen. Aber die Hoffnung auf Frieden oder die Erwartung, daß er fortbesteht, allein reichen nicht aus, auch nicht die bloße Sehnsucht nach Frieden, die ich verstehe und teile.

### Die Bilanz des Erreichten

Nach fünfundzwanzig Jahren stellt sich bei der Arbeit einer Behörde die Frage nach der Bilanz des Erreichten. Und hier, glaube ich, kann diese Behörde einiges aufweisen, einen der funktionsfähigsten Warndienste innerhalb des Bündnisses, was auch internationale Anerkennung gefunden hat, hervorragende Maßnahmen auf dem Gebiet des erweiterten Katastrophenschutzes: 7300 Einheiten und Einrichtungen mit 150000 freiwilligen Helfern sind auf Kosten des Bundes aufgestellt worden. Diese Einheiten hat der Bund mit rund 14000 Kraftfahrzeugen und 25 Hubschraubern in 18 Rettungsstationen aufgebaut und zur Verfügung gestellt, und das alles ist eng mit den Ländern und den Katastrophenschutzorganisationen vereinbart und abgestimmt worden. Die friedensmäßige Nutzung der Bundesausstattung wird auch weiter unter fachlichen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten nachhaltig gefördert werden. Der Bund mit seinen Katastrophenschutz-Hubschraubern, die von BGS-Piloten geflogen werden, hat wesentlich zum Aufbau des Rettungswesens in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen. Unter der Regie des Bundesamtes sind die Aus- und Fortbildungslehrgänge für Führungs- und Spezialaufgaben an den Katastrophenschutzschulen des Bundes und der Länder entwickelt worden. Die Bundesschule in Ahrweiler, deren Angebot an technischen Lehrgängen früher einen breiten Raum einnahm, hat sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre mehr und mehr zu einer Führungsschule entwickelt. Die Lehrgänge, die dort abgehalten werden, sind gut angenommen worden: In den Jahren 1979 bis 1983 waren es 300 solcher Lehrgänge mit 7130 Teilnehmern. Insgesamt konnten an der Bundesschule in diesem Jahr fast 9000 Teilnehmer in rund 380 Lehrgängen aus- und fortgebildet werden.





Der Vizepräsident des BZS und Direktor des THW, Dipl.-Ing. Hermann Ahrens, mit seinen Vorgängern im Amt, Dipl.-Ing. Hans Zielinski (links) und Dipl.-Ing. Erhart Schmitt (rechts).  
(Fotos: Kurt Hilberath 16, Folke Scherer 1)

Ich kann hier aufgrund der Vielfalt der Aufgaben und Leistungen des Bundesamtes nur einige wenige Beispiele aufzeigen. Ich freue mich, anlässlich der heutigen Feierstunde Gelegenheit zu haben, allen Mitarbeitern des Bundesamtes für Zivilschutz und seinen nachgeordneten Dienststellen – und ich freue mich, daß so viele heute zu dieser Feierstunde gekommen sind – meinen Dank für Ihren Einsatz im Zivilschutz unseres Landes und die ausdrückliche Anerkennung der Bundesregierung auszusprechen. Dank und Anerkennung haben auch die Katastrophenschutzorganisationen verdient, ohne deren aktive Mitwirkung der Aufbau des Katastrophenschutzes nicht möglich gewesen wäre: das Technische Hilfswerk, die Feuerwehren, der Arbeiter-Samariter-Bund, das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Malteser-Hilfsdienst. Ihnen allen, meine Damen und Herren aus diesen Organisationen, herzlichen Dank. Die humanitären Hilfsorganisationen haben 1,4 Millionen freiwillige Mitarbeiter. Sie sind die Säule unseres Hilfeleistungssystems für Frieden und Verteidigungsfall geworden. Ich glaube, man kann sagen, daß in keinem anderen Staat Hilfsorganisationen in diesem Umfang bei der Erfüllung gemeinnütziger öffentlicher Aufgaben im Katastrophen- und Zivilschutz in dieser Art und Weise zusammenwirken.

In einer Zeit, in der oft überzogenes Anspruchsdenken und nachlassende Leistungsbereitschaft Anlaß zur Besorgnis geben, können die Prinzipien der Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit, der Subsidiarität und Mitverantwortung nicht hoch genug eingeschätzt und gewürdigt werden. Die humanitären Organisationen geben uns allen ein Vorbild, wie man diese Prinzipien mit Leben erfüllen kann. Die privaten Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk haben in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt bei ihren zahlreichen Einsätzen im Ausland dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland große Dienste erwiesen, wie ich immer wieder persönlich habe feststellen können.

## Es gibt noch viel zu tun

Wenn auch Anlaß besteht, auf das Erreichte stolz zu sein, gibt es dennoch, wie in allen Aufgabenbereichen überhaupt, auch hier im Zivilschutz noch viel zu tun. Schutzbau, Konsolidierung des Katastrophenschutzes, die Vereinfachung und Fortentwicklung des Zivilschutzrechtes. Gegenwärtig gewährt der Bund für freiwillig gebaute Schutzräume Zuschüsse und steuerliche Abschreibungen. Insgesamt hat der Bund den Schutzraumbau bisher mit mehr als einer Milliarde DM gefördert und trotzdem, auch das ist ganz klar zu sagen, sind die Erfolge bescheiden. Nur konsequentes Handeln würde in der Tat die Kette in Bewegung setzen, von der Kollege Günther gesprochen hat, und ungeheure Aufwendungen von allen erfordern. Auch das muß man sehen. Der Staat kann und soll es nicht allein schaffen. Seine Finanzkraft allein reicht nicht aus, den Bürger gegen alle Gefahren und Risiken zu sichern.

Ein Konsolidierungsprogramm Katastrophenschutz, das auf zehn Jahre ausgelegt und mit einem Finanzvolumen von 1,1 Milliarden ausgestattet ist, hat die Modernisierung und Komplettierung der überalterten Ausstattung, insbesondere der Fahrzeuge zum Ziel. So werden bis zum Jahr 1990 mehr als 10 000 neue Fahrzeuge mit Fachdienstausstattung beschafft und im erweiterten Katastrophenschutz den mitwirkenden Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt. Schon in den Jahren 1980 bis 1983 sind fast 5 000 Fahrzeuge ausgeliefert worden. Ich glaube, daß mit dem Konsolidierungsprogramm ein entscheidender Schritt zur Verbesserung der Leistungsstärke des Katastrophenschutzes getan wird. Auch hier gilt, daß die öffentliche Haushaltslage es nicht zuläßt, die finanziellen Erwartungen und Vorstellungen aller zu erfüllen. Das fachlich Notwendige muß mit dem finanziell Möglichen in Einklang gebracht werden. Das zwingt zum ständigen Kompromiß. Die Einsicht muß ich vor allem von jenen Bürgern erwarten, die sich dem Staat aus freiem Entschluß für die Erfüllung humanitärer und öffentlicher Aufgaben zur

Verfügung stellen, und wir müssen uns darüber klar sein, daß der Staat in schwierigen wirtschaftlichen Situationen nur Schritt für Schritt Verbesserungen ansteuern kann.

## Im Engagement nicht nachlassen

Lassen Sie mich abschließend feststellen, daß im Zivilschutz in Teilbereichen ein Aufbaustand erreicht werden kann, der auch im internationalen Vergleich gut abschneidet, auch wenn wir uns nicht etwa mit unseren Nachbarländern Schweiz oder Schweden messen können. Die Bundesregierung bleibt sich weiterhin ihrer Verantwortung für den Zivilschutz bewußt. Die Anforderungen an alle Kräfte, die sich für den Zivilschutz einsetzen, haben sich erhöht. Wenn wir alle in unserem Engagement zum Einsatz für den Zivilschutz nicht nachlassen, wird es uns gelingen, auch die Aufgaben in der Zukunft zu bewältigen.

Ich spreche noch einmal den Mitarbeitern des Bundesamtes und Ihnen, Herr Dr. Kolb, meinen Dank für die bisherige Arbeit aus und wünsche Ihnen auch künftig ein erfolgreiches Wirken zum Wohle unseres Landes und für uns alle."

Mit der Nationalhymne endete die für die Gäste wie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes eindrucksvolle Veranstaltung, die für die Standortbestimmung des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland von erheblicher Bedeutung war.

## Abschlußveranstaltung im Bundesamt für Zivilschutz

Am folgenden Tage versammelten sich die Mitarbeiter des Bundesamtes für Zivilschutz im Foyer des Dienstgebäudes in Bad Godesberg zu einer internen Veranstaltung im Zusammenhang mit dem 25jährigen Jubiläum.

Im Mittelpunkt standen eine Würdigung des Festaktes vom Vortage, der Dank an die Mitarbeiter und die Ehrung von drei am längsten im Amt Tätigen durch Präsident Dr. Kolb: Josef Hartung, Helga Lipka und Gertrud Hinze. Die Genannten und mit ihnen einige weitere Mitarbeiter waren bereits bei den „Vorläufern“ des Bundesamtes oder in der Anfangsphase des Technischen Hilfswerks, in der damals noch selbständigen Organisation, beschäftigt.

Ein Rundgang durch eine Ausstellung im Hause sowie im Hof des Bundesamtes – sie diente der Information über die Entwicklung und Struktur des Amtes und gab ferner einen Überblick über den Katastrophenschutz-Fachdienst ABC, dem mit Fahrzeugen, Gerät und sonstiger STAN-Ausstattungsstücke breiter Raum gewidmet war – und ein zwangloses Beisammensein ließen das Jubiläum ausklingen.



Dorothee Boeken  
Gemeinsamer Appell der vier Sanitätsorganisationen

## Rettungsdienst und Krankentransport sind in Gefahr

Forderung nach Verbesserung der rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für das Rettungswesen

In großer Sorge um den Rettungsdienst und den Krankentransport sind die vier Sanitätsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) und Malteser-Hilfsdienst (MHD). Die Präsidenten und Bundesvorsitzenden der Organisationen gingen erstmals in einer gemeinsamen Pressekonferenz in Bonn mit der Darstellung der derzeitigen Problematik im Rettungswesen an die Öffentlichkeit. Gemeinsam appellieren sie an die Verantwortung von Bund und Ländern, die finanziellen und rechtlichen Voraussetzungen für das Rettungswesen zu verbessern.



In einer gemeinsamen Pressekonferenz sprachen die Präsidenten und Bundesvorsitzenden der vier Sanitätsorganisationen über Probleme im Rettungswesen (von links): Martin Ehmer (ASB), Dieter Graf Landsberg-Velen (MHD), Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein (DRK) und Wilhelm Graf von Schwerin (JUH).  
(Foto: Zimmermann)

### Viele „Unzulänglichkeiten“

„Nicht länger schweigend hinnehmen“ will der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, die „Unzulänglichkeiten“ im Bereich des Rettungsdienstes und des Krankentransportes, „für deren Sicherstellung der Staat verantwortlich ist“. Als Beispiele für die Unzulänglichkeiten nannte der DRK-Präsident die fehlenden gesetzlichen Grundlagen in einigen Bundesländern für die Durchführung des Rettungsdienstes/Krankentransportes; die neu zu regelnde Ausbildung des Personals im Rettungsdienst und die „unnötigen und unsachlichen Behinderungen“, die dadurch entstehen, daß „wesentliche Bereiche des Rettungsdienstes und Krankentransportes . . . dem Personenbeförderungsrecht“ unterliegen.

### Finanzierungsprobleme des Rettungswesens

Nach der allgemeinen Darstellung der aktuellen Probleme ging Dieter Graf Landsberg-Velen, Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, auf die Probleme der Finanzierung des Rettungswesens ein. Er nannte als Ursachen der Problematik zum einen „die Freistellung auch der gewerblich im Krankentransport tätigen privaten Unternehmer von der Umsatzsteuer durch das Umsatzsteuergesetz 1979“ und zum anderen die Eigenbeteiligung der gesetzlich Versicherten mit einem Betrag von fünf Mark an den Kosten der Rettungsdienst- und Krankentransportfahrten. Graf Landsberg:

„Steuerliche Begünstigung der privaten Unternehmer nur dann, wenn sie die tech-

nischen und personellen Qualitätsanforderungen in gleicher Weise wie die Rettungsdienstorganisationen erfüllen, und zum anderen: Rücknahme der fünf Mark Selbstbeteiligung der Patienten bei Krankentransporten oder Erhebung dieses Eigenanteils durch die Krankenkassen.“

### Eindeutige Abgrenzung

Die eindeutige Abgrenzung des Rettungsdienstes zu gewerblichen Unternehmen verlangte der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes, Martin Ehmer. Er drückte die Sorge der Hilfsorganisationen aus, die Entwicklung gehe dahin, „daß der Rettungsdienst durch gewerbliche Transportunternehmer durchgeführt wird“. Ehmer erklärte, daß „diese Kommerzialisierung . . . durch das Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz vom Dezember 1981 und die anschließenden Beschlüsse des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen vom 26. Februar 1982“ gefördert werde.

Ehmer: „Wenn diese Entwicklung nicht gestoppt wird, ist abzusehen, daß sich der Rettungsdienst in der Bundesrepublik von den gemeinnützigen humanitären Organisationen zum Teil entfernt, hin zum gewinnorientierten privaten Taxi- und Mietwagengewerbe. Damit kommt das flächendeckend aufgebaute und zur allgemeinen Zufriedenheit funktionierende Rettungs- und Krankentransport-System der Hilfsorganisationen in Schwierigkeiten.“

### Neues Gesetz gefordert

Der Präsident der Johanniter-Unfall-Hilfe, Wilhelm Graf von Schwerin, gab eine Stel-

lungnahme ab zu den Problemen, die sich aus der vorgesehenen Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes ergeben. Privaten Unternehmern würden „Tür und Tor zu einem Einstieg in den Krankentransport und Rettungsdienst geöffnet“. Dabei werde keine Bereitschaft rund um die Uhr und auch kein Ersatz von fachlich qualifiziertem Personal verlangt. Graf von Schwerin forderte ein neues Gesetz: „Gemäß dem Grundsatz für das Rettungswesen, wonach der Rettungsdienst und Krankentransport Bestandteil der medizinischen Gesundheitsfürsorge und Gesundheitssicherstellung für die Bevölkerung sind, vertreten die Hilfsorganisationen die Auffassung, diesen Bereich aus dem Personenbeförderungsgesetz herauszulösen. Das Gesetz enthält zudem für den Rettungsdienst sachfremde Auflagen.“

Es sollte ein Gesetz zur Beförderung von Personen mit Krankenkraftwagen geschaffen werden. Mit diesem Gesetz könnte man die besonderen Belange des Rettungsdienstes und Krankentransportes berücksichtigen. Schon im Jahr 1973 war dies beabsichtigt, der damalige Gesetzentwurf könnte als Grundlage dienen.“

### Das gemeinsame Anliegen

Die vier Organisationen, die zusammen im vergangenen Jahr mehr als 5,2 Millionen Kranke transportiert haben, wollten durch die Premiere einer gemeinsamen Pressekonferenz auch ihr gemeinsames Anliegen unterstreichen, den Rettungsdienst und den Krankentransport rechtlich und finanziell zu verbessern, damit beide den im internationalen Vergleich als „beispielhaft“ zu bezeichnenden Charakter nicht verlieren.



Friedhelm Vogelbusch

18. Kongreß mit Internationaler Ausstellung in Düsseldorf

## 332 Aussteller demonstrierten Arbeitsschutz und -medizin

Bundesarbeitsminister Blüm nahm an der Eröffnungsfeier teil – Zahlreiche Produktneuheiten fanden reges Interesse



Blick auf die „Info-Börse“ während der Internationalen Ausstellung „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ in Düsseldorf.

Die Schaffung eines zeitgemäßen Arbeitsschutzgesetzes war das gemeinsame Anliegen von Bundesarbeitsminister Dr. Blüm, vom stv. Hauptgeschäftsführer der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Himmelreich, sowie vom stv. DGB-Vorsitzenden, Gerd Muhr, die an der Eröffnung des 18. Kongresses „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“ in Düsseldorf teilnahmen. Der Kongreß, der Ende November stattfand, wurde begleitet von einer Internationalen Ausstellung, zu deren Eröffnung der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Prof. Dr. Friedhelm Farthmann, erklärte: „Zu den wichtigsten Lebens- und Erfahrungsbereichen des Menschen in der modernen Industriegesellschaft gehört die Arbeitswelt. So ist die Arbeit weit mehr als eine bloße Verdienstquelle; sie ist gleichzeitig ein ent-

scheidendes Mittel zur Selbstverwirklichung und Selbstbestätigung des Menschen.“

Im zweijährigen Turnus finden Kongreß und Ausstellung statt, die sich wachsenden Interessen erfreuen. 1983 waren 332 Aussteller, darunter 59 aus dem Ausland, in Düsseldorf. Die Ausstellungsfläche war fast 14 000 qm groß, und über 27 000 Besucher – 15 Prozent mehr als vor zwei Jahren – nahmen am Kongreß teil bzw. sahen sich auf der Ausstellung um.

### **Volkswirtschaftlicher Schaden von 30 Milliarden Mark**

Zum ersten Male gab es auf der Internationalen Ausstellung eine „Info-Börse“. Dieser Treffpunkt war mit umfangreicher au-

dio-visueller Technik ausgestattet; Produkte wurden demonstriert, Vorträge, Interviews und Besuchereinführungen abgehalten. Arbeitsschutzfilme und Tonbildschauen waren zu sehen.

Drei inhaltliche Schwerpunkte bestimmten das Kongreßprogramm, das von 130 Referenten gestaltet wurde:

- Arbeitsschutz als gemeinsame Aufgabe
- Frauenarbeitsschutz und Gleichberechtigung – ein Widerspruch?
- Vorschriften- und Regelwerk – Kritik an Vielzahl und Verständlichkeit, Entwicklung moderner Vorschriften.

Herausgestellt wurde während des Kongresses „Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin“, daß durch Arbeitsunfälle und durch arbeitsbedingte Erkrankungen ein volks-





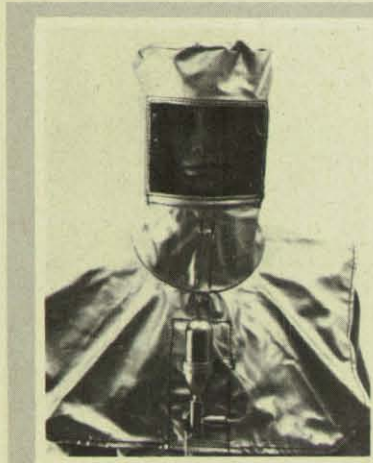
Gemeinsamer Stand des Zivilschutzamtes der Landeshauptstadt und des Bundesverbandes für den Selbstschutz.

wirtschaftlicher Schaden entsteht, der unverändert jährlich mehr als 30 Milliarden Mark beträgt. Für das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben sind nicht das Erreichen der Altersgrenze, sondern vor allem arbeits- und berufsbedingte Gesundheitsschäden die häufigsten Ursachen. Nach wie vor liegt das Durchschnittsalter der aus dem Arbeitsleben Ausscheidenden bei 54 Jahren.

### Hand in Hand die Sicherheit fördern

Seit 1975 haben das Zivilschutzamt der Landeshauptstadt Düsseldorf und der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) einen Gemeinschaftsstand eingerichtet. Gemeinsam wird auf die Möglichkeit zur Ausbildung im betrieblichen Katastrophenschutz und im Umgang mit Rettungsgeräten sowie zur Hilfe bei der Erstellung von Alarm-, Flucht-, Rettungs- und Selbstschutzplänen hingewiesen.

Düsseldorfs Oberbürgermeister Josef Kürten und Minister Prof. Dr. Friedhelm Farthmann dankten den Vertretern des Zivilschutzamtes und der BVS für die Beteiligung an der Ausstellung und ließen sich am Stand Einzelheiten erläutern. Rund 800 Sicherheitsfachkräfte aus Behörden und Betrieben, Werkschutz- und Werkfeuerwehrlern, Behördenselbstschutzleitern, Leitern von betrieblichen Katastrophenschutz-Organisationen, Führungskräften des öffentlichen Katastrophenschutzes und deren Ausbildungsstätten besuchten den Stand.



Links: Eine sauerstoffgespeiste Fluchtmaske wurde u. a. ausgestellt. Rechts: Schnelle Einsatzbereitschaft im Notfall in jeder Umgebungs-Atmosphäre durch ein geschlossenes Funktionsprinzip und die Verwendung von Mundstück und Nasenklemme als Atemanschluß.



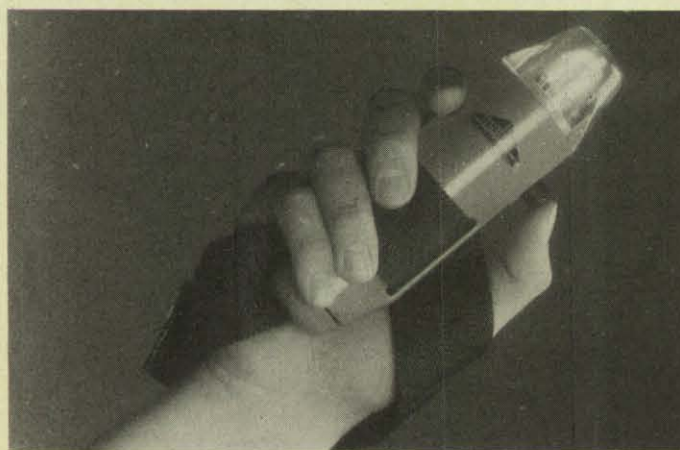
Ein neues Produkt: Ein elektronisches Blitzgerät, mit dem der Helfer jederzeit gesehen werden kann.

### Programme und Arbeiten vorgestellt

Der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT) stellte Forschungsergebnisse aus dem Projekt „Humanisierung des Arbeitslebens“ vor. Die zentralen Programmbereiche waren Verminderung der Schadstoffe am Arbeitsplatz und Technologien zur Entlastung des Menschen von schwerer und gefährdender körperlicher Arbeit. Gleichzeitig wurde appelliert, das Programm in die betriebliche Praxis umzusetzen.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen demonstrierte, wie Geräte der Industrie, aber auch Haushaltsgeräte, sicherheitstechnisch überprüft werden. Das „Sicherheitslexikon für alle Haushalte“ wurde kostenlos abgegeben und soll dazu beitragen, daß Unfälle im häuslichen Bereich zurückgehen.

Das Bayerische Landesinstitut für Arbeitsschutz war bei dieser Ausstellung bemüht, Verständnis für die Maßnahmen der Brand-



An diesem Ausstellungsstand wurde die Erweiterung eines Sanitäts- und Rettungskastensystems gezeigt.





verhütung, Brandbekämpfung und für die Erste Hilfe am Arbeitsplatz zu wecken.

Der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften warb für die Teilnahme an Erste-Hilfe-Kursen, mit deren Durchführung seit Jahren die Sanitätsorganisationen sowie besonders ausgebildete Betriebsärzte beauftragt sind.

Vertreten waren u. a. auch die im Bundesverband zusammengeschlossenen Träger der Unfallversicherung für den öffentlichen Dienst, der Verein Deutscher Sicherheitsingenieure, die Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine und der Deutsche Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein.

### Neue Produkte der Industrie

Die Industrie hat berücksichtigt, daß persönliche Ausrüstung, die übrigens auch für den Katastrophen- und Selbstschutz verwendbar ist, dann eher benutzt wird, wenn sie in der Bewegung nicht behindert und nicht unansehnlich wirkt. So wurden z. B. Arbeitsschuhe vorgestellt, die von Freizeit-

schuhen äußerlich nicht mehr zu unterscheiden sind. Das Eigengewicht wurde gesenkt, elastische und rutschsichere Laufsohlen vorgesehen. Dennoch besteht Schutz gegen Schnitt-, Stich-, Quetsch-, Kerb- und Abreibgefahr. Neue Schutzhandschuhe schränken das Tastgefühl und die Griffigkeit nicht mehr ein und schützen dennoch vor Öl, Fett, Lauge, Säure, Nässe und sogar Schnitt- und Stichverletzungen.

Arbeitsanzüge in Signalfarben, mit und ohne Kapuze, mit und ohne Kälteschutz, säure- und flammenabweisend, wurden ebenfalls in Düsseldorf vorgestellt.

Einen breiten Raum nahm bei der Ausstellung der Atemschutz ein. Komfort bedeutet hier Gewichtseinsparung, Verwendung adäquater Materialien und körpergerechtes Design. Bei Bränden, Chemieunfällen, Auftreten von Giftgasen usw. kann rasch ein Sauerstoffmangel auftreten, der für die Betroffenen zur Ohnmacht und zum Ersticken führen kann. Nichts ersetzt in solchen Fällen den Sauerstoff. Deshalb wurden Masken vorgestellt, die sofort Sauerstoff in den Atmungsbereich freigeben und durch den dabei entstehenden Überdruck in der

Maskenhaube dem Eintreten von Rauch und schädlichen Gasen für die Dauer der Flucht – bis zu 15 Minuten – entgegenwirken.

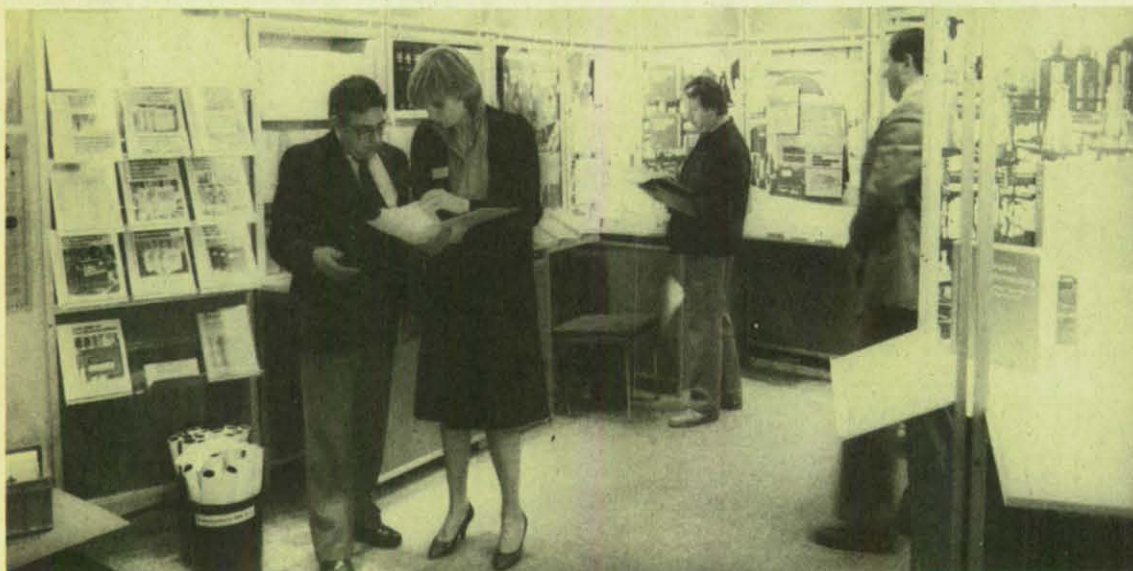
Beim Einsatz in Räumen, in denen bereits eine hohe Rauchkonzentration herrscht, oder bei Taucheinsätzen im trüben Wasser kommt es darauf an, daß der Helfer jederzeit gesehen werden kann. Hierfür ist ein elektronisches Blitzgerät entwickelt worden. Mit einem Klettband und geringem Gewicht ist es fast überall plazierbar. Nach Angaben des Lieferanten sind die Blitze noch kilometerweit zu sehen.

Weiter wurden auf der Düsseldorfer Ausstellung u. a. eine Blutdruck-Selbst-Meßstation vorgeführt, eine Erweiterung eines Sanitäts- und Rettungskastensystems, ein Schleifkorb für den Verletzten transport aus schwierigen Raumverhältnissen, selbstlöschende Papierkörbe, Antirutschbelag für nasse oder överschmierte Böden und vieles mehr. Auch fehlte die neueste Fachliteratur nicht.

Fazit der Ausstellung und des Kongresses: Arbeitsschutz ist und bleibt eine lohnende Investition.



Für nasse oder överschmutzte Böden wurde ein Antirutschbelag entwickelt, der z. B. die Trittsicherheit der Feuerwehrleute gewährleistet.



Eine Menge Fachliteratur wurde in Düsseldorf den Ausstellungsbesuchern vorgestellt.



Dorothee Boeken

Oberkreisdirektor Rudolf Pezely, Kreis Recklinghausen, legt Wert auf eine perfekte Organisation

## Der Katastrophenschutz muß funktionieren „wie eine gut eingespielte 400-Meter-Staffel“

Arbeitssitzungen mit den Führungskräften der Hilfsorganisationen fördern das gute Zusammenspiel

„Ich denke, der Sanitätsdienst sollte eine andere Sitzordnung einnehmen. Er muß näher an die Lagekarte heran!“ oder „Die Nachrichtenvordrucke waren undeutlich geschrieben und nicht knapp genug gefaßt!“ – Erkenntnisse aus einer Stabsrahmenübung, die am 21. September 1983 im

Kreis Recklinghausen durchgeführt worden war. Aussprachen der Beteiligten nach Abschluß einer Übung finden wohl immer statt, aber Arbeitssitzungen der Führungskräfte der Hilfsorganisationen im bestimmten Turnus sind selten. Nicht jedoch im Kreis Recklinghausen. Hier nimmt Ober-

kreisdirektor Rudolf Pezely seine Aufgabe als Leiter des Stabes HVB sehr ernst. Viermal im Jahr mindestens lädt er die Führungskräfte der Hilfsorganisationen zu einer Arbeitssitzung ein, damit man sich gegenseitig kennenlernt und so den Grundstein für ein effektives Zusammenwirken legt.

Wenn Kreisbrandmeister Franz Breloer (Freiwillige Feuerwehr), die Kreisbeauftragten Udo Rapp (THW), Clemens Peik (DRK), Heinz-Gerd Verstege (MHD), Hans Langer (JUH) und der Vertreter des ASB, Wilfried Ross, entsprechende Wünsche haben, werden vom Oberkreisdirektor auch zusätzliche Sondersitzungen einberufen, damit das eine oder andere anstehende Problem gelöst werden kann.

### „... wie eine gut eingespielte 400-Meter-Staffel“

Rudolf Pezely ist ein Oberkreisdirektor, der dem Katastrophenschutz höchste Bedeutung beimißt. Die Organisation, die Finanzen und die Aktivitäten in diesem Bereich tragen zumindest im Kreis Recklinghausen dazu bei, daß Zivilschutz und friedensmäßiger Katastrophenschutz zusammen ein umfassendes Hilfspotential zum Schutz des Bürgers bilden. Für Rudolf Pezely muß der Katastrophenschutz funktionieren „wie eine gut eingespielte 400-Meter-Staffel“. Wie der Oberkreisdirektor den Katastrophenschutz sieht und was er bemängelt – das hat das „ZS-Magazin“ Rudolf Pezely sowie den Leiter des Amtes für Zivilschutz im Kreis Recklinghausen, Erich Niehues, gefragt.

**ZS-Magazin:** Welches Gebiet umfaßt der Kreis Recklinghausen und welche Einwohnerzahl hat er?

**Pezely:** Der Kreis Recklinghausen ist der größte in der Bundesrepublik und hat 628 000 Einwohner. Auf einer Fläche von 759 Quadratkilometern gehören zum Kreis die Städte Gladbeck, Dorsten, Marl, Herden, Recklinghausen, Haltern, Oer-Erkenschwick, Datteln, Waltrop und Castrop-Rauxel.

**ZS-Magazin:** Wie ist der Katastrophenschutz in Recklinghausen aufgebaut? Welche Organisationen wirken mit welchen Einheiten im friedensmäßigen Katastrophenschutz in Recklinghausen mit? Wie sieht es mit dem erweiterten Katastrophenschutz aus?



Arbeitssitzungen für Führungskräfte finden im Kreishaus in Recklinghausen im bestimmten Turnus statt. Dabei werden auch Übungen ausgewertet, diskutiert und Verbesserungsvorschläge gemacht.



Gemeinsame Arbeit: der Leiter des Amtes für Zivilschutz, Erich Niehues, und Oberkreisdirektor Rudolf Pezely (von rechts). (Fotos: Boeken)



**Niehues:** Wir haben in Gladbeck, Haltern, Oer-Erkenschwick, Datteln und Waltrop keine Katastrophenschutz-Ortsbehörden, sondern da ist der Kreis Recklinghausen Katastrophenschutz-Ortsbehörde. Im friedensmäßigen Katastrophenschutz als auch im erweiterten wirken mit die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, der Malteser-Hilfsdienst, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Arbeiter-Samariter-Bund. Darüber hinaus haben wir noch Regie-Einheiten: Fernmeldezüge, Fernmeldezentrale HVB und ABC-Dienst. Insgesamt sind exakt 134 Einheiten im erweiterten Katastrophenschutz, aufgeteilt in Zügen oder Trupps. Die Helferzahl insgesamt beträgt rund 6300, wovon rund 2300 Helfer bei der Feuerwehr sind, 2100 beim DRK, 1100 beim THW, 400 beim MHD und die restlichen bei den anderen Hilfsorganisationen.

**ZS-Magazin:** Sie führen Arbeitssitzungen für Führungskräfte der Hilfsorganisationen regelmäßig durch. Welcher Personenkreis nimmt an den Sitzungen teil, in welchem Turnus finden sie statt und welchen Zweck verfolgen sie? Wie sieht die Resonanz der Beteiligten aus?

**Pezely:** Jawohl, wir führen etwa viermal im Jahr die Arbeitssitzungen durch, an denen die Führungskräfte der Organisationen teilnehmen, also jeweils die Chefs: zum Beispiel der Kreisbrandmeister, der Kreisbeauftragte des Deutschen Roten Kreuzes, usw. Bislang hat bei den Arbeitssitzungen noch keiner gefehlt. Wenn etwas Besonderes ansteht, finden zusätzlich noch Sondersitzungen der Führungskräfte statt. Der Zweck dieser Treffen ist u. a., uns so gut wie möglich kennenzulernen, um im Fall einer Katastrophe zu vermeiden, daß irgendeiner nicht weiß, was der andere wollte. Alles muß automatisch gehen, wie bei einer gut eingespielten 400-Meter-Staffel.

Natürlich fahren wir auch weg. So sind wir mit den Mitgliedern der Arbeitssitzung beim DRK gewesen, beim THW . . . Die Hilfsorganisationen stellen sich gegenseitig vor. Das ist ja das Wichtigste: Jeder muß wissen, worüber gesprochen wird. Wenn z. B. über einen San.-Zug gesprochen wird, kann sich ein Feuerwehrmann nicht viel darunter vorstellen, beim Bergungsdienst ist es ebenso. So habe ich allen Gelegenheit gegeben, sich vorzustellen. Die erste Bereisung war bei der Berufsfeuerwehr Bielefeld, zur Landesstelle des DRK und zum THW-Landesverband Düsseldorf mit anschließender Besichtigung des städtischen Katastrophenschutz-Zentrums.

**ZS-Magazin:** Haben Sie schon Übungen mit dem Stab HVB durchgeführt bzw. sich an der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler unterrichten lassen in der Stabsarbeit? Nehmen Sie in Recklinghausen selbst die Funktion des Leiters

Stab HVB wahr oder haben Sie diese Aufgabe delegiert? Wie begründen Sie dies?

**Pezely:** Ich nehme persönlich die Aufgabe des Leiters Stab HVB wahr. Nur wenn ich u. U. mal draußen bin, z. B. die Pressekonferenz mache, übertrage ich meine Funktion auf den Sachgebietsleiter S 3, Einsatz. Wenn ich den Katastrophenfall habe, dann ist die Katastrophe das Wichtigste, die es zu bekämpfen gilt. Und der Chef muß immer da sein, wo es am wichtigsten ist. Ich bin der Meinung, daß der außergewöhnlichste Fall dem Chef vorbehalten ist. Und es gibt für mich nichts Außergewöhnlicheres als die Katastrophe. Für meine Verwaltung habe ich ja auch den Kreisdirektor und die Dezernenten – das schaffen die leicht. Wenn dem nicht so wäre, dürfte ich ja nicht mal in Urlaub gehen.

**Niehues:** Außerdem ist es gefährlich obendrein. Wir haben einen stark engagierten Oberkreisdirektor, der sich wirklich für die Dinge interessiert. Und wenn man schon einen HVB hat, der sich dafür interessiert, sollte man ihm nicht sagen, er habe dort nichts zu suchen.

**Pezely:** An der Katastrophenschutzschule des Bundes in Bad Neuenahr-Ahrweiler sind wir im Oktober 1982 mit dem geschlossenen Stab gewesen und fahren im September wieder hin. Wenn wir bezüglich der Katastrophe gewappnet sein wollen, gibt es nichts Wichtigeres, als immer zu üben.

In meinem früheren Berufsleben habe ich in Schleswig-Holstein die Katastrophe erlebt. Ich stand draußen am Deich und habe gesehen, wie die Deiche brachen. Ich weiß also, was Katastrophe ist. Und wenn man sich die Geschichte ansieht, was damals gelaufen ist in der Lüneburger Heide – ja, das war eine Katastrophe der Führungskräfte. Das passiert hier nicht.

Feuerschutz und Katastrophenschutz sind sehr stark vom Zeitfaktor abhängig: Je schneller man die Sache im Griff hat, um so besser. Und das kann man als Chef in der Tat persönlich am besten. Wenn ich sage, „das wird so gemacht“, dann reißt man wie bei den Soldaten die Hacken zusammen und sagt: „Jawohl“. Und dann wird es so gemacht. Wehe, einer spurt nicht! Wenn wir über Geld reden, machen wir das in Demokratie; aber wenn wir irgendeine Gefahr üben, ist das alles andere als Demokratie: Da ist die reinste Diktatur. Da wird befohlen und ausgeführt!

Das allerdings kann man nur mit den Menschen machen, die man wirklich gut kennt. Sie sehen, der Kreis schließt sich wieder . . .

Für die Stabsrahmenübung und die Vollübung, die wir einmal im Jahr durchführen, stehen uns insgesamt bis zu 9000 DM zur Verfügung.

**ZS-Magazin:** Gibt es Probleme personeller Art bei der Besetzung bestimmter Positionen im Aufbau des Katastrophenschutzes? Wie steht es mit der Ausbildung der Helfer in Recklinghausen? Sind Prozentzahlen bekannt, welche Helfer für welche Zeit (z. B. nach § 8.2 Wehrpflichtgesetz) verpflichtet sind?

**Pezely:** Wir haben für jede Position im Stab HVB sehr schnell und sehr bereitwillig den richtigen Mann gefunden.

**Niehues:** In den einzelnen Einheiten gibt es schon gelegentlich Schwierigkeiten, weil die Anforderungen oft hoch sind. Die Helfer haben zuvor Lehrgänge zu absolvieren, und die Schulen – das ist schon ein belastender Umstand – sind zu sehr belegt. So bekommen wir z. B. die Zugführer nicht so schnell nach, wie wir sie haben möchten. Das ist ein Problem.

Die Ausbildung der Helfer ist mit Sicherheit nicht zu beanstanden. Der HVB läßt sich ständig die Ausbildungspläne vorlegen. Wir haben speziell einen Ausbildungs-Sachbearbeiter, der die Pläne, Übungen und Ausbildung kontrolliert, der planmäßig die Einheiten im Kreis besucht und sofort den Chef informiert, wenn etwas nicht funktioniert. Dann können wir sofort nachhaken.

Zur Zeit haben wir 2154 Helfer nach § 8.2 Wehrpflichtgesetz freigestellt, das sind rund 33 Prozent.

**ZS-Magazin:** Welche Fahrzeuge bzw. welches Gerät stehen zur Verfügung?

**Pezely:** Insgesamt haben wir 134 Einheiten im erweiterten Katastrophenschutz und 320 Bundesfahrzeuge – entsprechend STAN belastet. Dazu kommen noch kommunale Fahrzeuge der Feuerwehr, so daß wir auf weit über 400 Fahrzeuge für den Katastrophenfall zurückgreifen können.

**ZS-Magazin:** Welche finanziellen Mittel stehen für den friedensmäßigen und erweiterten Katastrophenschutz zur Verfügung? Wie sieht die finanzielle Unterstützung durch Bund und Land aus?

**Pezely:** Der Kreistag stellt mir jährlich 50000 DM zur Verfügung. Das Geld wird für die eine oder andere wünschenswerte Sache verwendet, die wir den Einheiten kaufen. So haben wir z. B. neulich für den Malteser-Hilfsdienst Funkgeräte angeschafft oder dem THW 5000 DM gegeben für die Unterkunft der Junghelfer.

Über diese 50000 DM sprechen wir in den Arbeitssitzungen. Das wird regelrecht demokratisch ausgehandelt. Ich bin froh, daß der Kreistag sich da heraushält, denn dann ginge das gleich wieder los: „Ich geb dem oder dem was, denken Sie mal an die nächste Wahl . . .“ Ich halte die Bereitstellung der 50000 DM für eine wunderbare



Sache, für eine sehr wertvolle Hilfe. Denn nicht zuletzt dadurch können wir den Zusammenhalt, das gemeinsame Beschließen und das „Über-den-Zaun-Gucken“ fördern.

**Niehues:** Neben diesen 50000 DM für den friedensmäßigen Katastrophenschutz haben wir laufende Haushaltsmittel des Bundes von 275000 DM für die Ausbildung und Ausrüstung und darüber hinaus 350000 DM nur für Liegenschaften.

**Pezely:** Übungen haben wir zwei pro Jahr, eine Stabsrahmenübung und eine Vollübung. Wie es sich aber abzeichnet, werden wir aus finanziellen Gründen in diesem Jahr keine Vollübung durchführen können. Eine Stabsrahmenübung findet aber auf jeden Fall statt. Mängel haben wir auch festgestellt, und zwar im Funkbereich.

**Niehues:** Für uns ist eine Übung immer dann ein Gewinn, wenn sich irgendwie eine Sache zur positiven Seite hin herausgestellt hat, denn daraus können wir immer lernen.

Das Funk- und Fernmeldewesen liegt etwas im argen, weil wir einfach zuwenig Kanäle haben, über die Funk betrieben werden kann. Wenn man draußen ist und über eine nicht entsprechende Anzahl von Fernsprechan schlüssen verfügt – geschweige denn über Fernschreibanschlüsse –, dann komprimiert sich alles, die Nachrichten jagen sich.

Die Zusammenarbeit ist auch auf Ortsebene intensiv, denn überall werden planmäßig Übungen abgehalten, wie z. B. in der kleinen Stadt Haltern, wo das THW mit dem DRK und der Feuerwehr jährlich eine große Übung durchzieht. Dadurch kennen sich vor Ort die Helfer genau.

**Pezely:** Wenn es größer angelegte Übungen sind und wir eingeladen werden, gehen wir auch dorthin. Übungen sind für uns immer von Interesse.

Aber beaufsichtigen kann ich z. B. einen Zug nicht ständig. Der muß von sich aus funktionieren. Wenn ich mich nämlich auch darüber noch unterhalten müßte, kann ich den ganzen Katastrophenschutz vergessen. Ich muß mich darauf verlassen können, daß die Fahrzeuge z. B. ordnungsgemäß verlastet sind, daß alles an Bord ist. Dafür haben wir zwei Monteure hier beim Kreis beschäftigt, die die 320 Fahrzeuge in einem regelmäßigen Turnus kontrollieren und Mängelberichte erstellen. Die Organisationen sind dann binnen 14 Tage verpflichtet, uns nachzuweisen, wo z. B. die fehlenden Sachen sind.

Das sind m. E. die wichtigsten Voraussetzungen.

**ZS-Magazin:** Welche Bedeutung messen Sie als Oberkreisdirektor dem Katastrophenschutz und der Gefahrenabwehr bei?

**Pezely:** Eine ganz, ganz hohe Bedeutung hat der Katastrophenschutz für uns. Deshalb habe ich das Amt 38 auch selbst im Dezernat, denn Katastrophenschutz mache ich selbstverständlich persönlich, weil ich im Katastrophenfall auch persönlich verantwortlich werde.

**ZS-Magazin:** Vorkehrungen gegen Gefahren aller Art zu treffen, kann aber nicht nur Aufgabe des Staates allein sein, sondern Vorsorge muß auch der Bürger selbst treffen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, den Bürger zur Mitarbeit im Zivil- und Katastrophenschutz zu motivieren und ihm die Notwendigkeit der Eigenvorsorge zu vermitteln?

**Pezely:** Ich bedaure, daß die Bevölkerung allgemein wenig interessiert ist an diesen Dingen. Aber die Einstellung der Bürger zu den Einheiten – z. B. zur Feuerwehr, zum DRK oder zu wem auch immer – ist prima. Die genießen hohes Ansehen, in jedem Dorf, in jeder Stadt, überall.

**Niehues:** Ich sehe das unter einem anderen Gesichtspunkt. Denn wir haben eine Zeit, in der der Bürger kaum noch bereit ist, freiwillig irgendwo mitzumachen.

**Pezely:** Deshalb werden die Aktionen des Bundesverbandes für den Selbstschutz von uns unterstützt, um die Bürger für die Gedanken des Zivil- und Katastrophenschutzes zu gewinnen.

Ich selbst bin mit meiner gesamten Amtsleiterschaft schon an der BVS-Schule in Körtlinghausen gewesen. Die Amtsleiter sind Multiplikatoren, die den Gedanken des Zivilschutzes stärker in das Bewußtsein der Bevölkerung bringen können. Nicht zuletzt durch meine persönliche Anwesenheit in der Schule wollte ich die Bedeutung der Sache unterstreichen.

Besuche bei den Hilfsorganisationen unternehmen wir ebenfalls mit dem Ziel, bei der Bevölkerung Verständnis für die Sache zu wecken. Auch habe ich angewiesen, daß das Presseamt in regelmäßigen Abständen über den Katastrophenschutz berichtet, um Aufklärung zu betreiben. Ähnlich ist es mit einer vom Kreis herausgegebenen Blindenzeitschrift, einer Tonbandzeitung, in der auch solche Dinge geschildert werden.

Es gilt ja, die Freiwilligkeit des Bürgers zu fördern, auf den es letztendlich immer ankommt: Im Katastrophenfall können die organisierten Helfer nicht überall sofort sein.

## Beauftragung der Feuerwehren mit der Erfassung der PCB-haltigen Transformatoren

Der Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Spranger, hat die Frage des Abg. Dr. Hauff (SPD):

„Hat die Bundesregierung – etwa durch die Teilnahme ihres Vertreters an der Innenministerkonferenz der Länder – amtlich Kenntnis, ob es zutrifft, daß alle Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland damit beauftragt wurden,

die ca. 60000 Transformatoren zu erfassen und zu kennzeichnen, die als Kühlmittel PCB verwenden, das sich bei einem Brand zu einem Dioxin verwandten Giftstoff verwandelt?“

am 4. Mai 1983 schriftlich wie folgt beantwortet:

„Auf Initiative des Bundesinnenministers hat sich der Unterausschuß ‚Feuerwehrangelegenheiten‘ des Arbeitskreises V der Arbeitsgemeinschaften der Innenministerien der Bundesländer bereits auf seiner letzten jährlichen Sitzung im Herbst 1982 mit der Frage der Eingrenzung der Gefahren durch PCB-gefüllte Transformatoren befaßt. Als Sofortmaßnahme hat der Unterausschuß unter anderem beschlossen, den Ländern die Ermittlung und Kennzeichnung derartigen Transformatoren zu empfehlen.

Weiterhin ist es nach Auffassung des Arbeitskreises erforderlich, die Aufstellungsorte von elektrischen Betriebsmitteln mit PCB-haltigen Kühl- bzw. Isolierflüssigkeiten von anderen Räumen brandschutztechnisch abzutrennen. Langfristig sollte PCB durch ungefährlichere Stoffe ersetzt werden.

Ob und wie die zuständigen Ministerien der Länder diese Empfehlungen gegenüber den kommunalen Trägern des Feuererschutzes umgesetzt haben, ist hier nicht bekannt.

Im übrigen wurde am 6. Mai 1983 auf einer Anhörung in meinem Haus die Substitution von PCB in Transformatoren mit den beteiligten Wirtschaftsverbänden erörtert. Der einzige deutsche Hersteller hat schon jetzt angekündigt, seine PCB-Produktion in diesem Jahr einzustellen.“



## Stete Aktualität der Seminare „Baulicher Zivilschutz“ im BZS

Das Lehrstoffangebot wird im Grundlagen- und Aufbau-seminar getrennt vermittelt – Schwerpunkt liegt auf Praxis

Bekannt ist, daß die Zahl der Schutzplätze in der Bundesrepublik Deutschland weit aus zu gering ist, um einen wirksamen Schutz für die Zivilbevölkerung z. B. in Katastrophenfällen zu gewährleisten. Bekannt ist auch, daß sich nicht nur Bauherren, sondern auch Architekten, Planer und Fachingenieure mitunter sehr schwer tun, dem Gedanken des Baulichen Zivilschutzes näherzutreten. Selbst wenn ein Bauherr sich entschieden hat, einen Schutzraum bei der Errichtung seines Wohnhauses mit zu berücksichtigen, stehen die Planenden und die nachher Ausführenden vielfach vor vermeintlich großen, für sie bislang unbekanntem Problemen. Da es bislang in diesem Bereich praktisch keinerlei Ausbildung innerhalb der Studiengänge Architektur oder Bauingenieurwesen an den Technischen Hochschulen, Universitäten oder Fachhochschulen gibt, bleibt es manchmal dem Zufall überlassen, was letztlich bei Planung und Ausführung herauskommt.

Um diesem Mißstand zu begegnen, gibt es seit Jahren die Institution der Bauberater des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS). Die Tätigkeit eines Bauberaters stößt aber dort an die Grenzen, wo die „Honorarordnung für Architekten und Ingenieure“ (HOAI) gebührenwirksam wird.

Woher kann also der Bauherr erfahren, wovor ein Schutzraum schützt; woher kann der Architekt wissen, wie er einen Schutzraum – integriert in die übrigen Vorstellungen des Bauherrn – planen soll; woher kann der Bauunternehmer wissen, welche Bauteile wo, wieso und wie zivilschutztechnisch eingebaut bzw. verwendet werden, und wie kann letztlich das Bauordnungsamt wissen, ob der Architekt richtig geplant und der Bauunternehmer richtig ausgeführt haben, wenn es an Grundwissen fehlt?

Auch aus diesem Grund haben die von der Katastrophenschutzschule des Bundes in Zusammenarbeit mit dem Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und dem Bundesamt für Zivilschutz (BZS) durchgeführten Seminare zum Thema „Baulicher Zivilschutz“ eine stete Aktualität.

### Neue Konzeption um Baulichen Zivilschutz

Diese Seminare werden bereits seit Anbeginn des Bestehens des damaligen „Bundesamtes für den zivilen Bevölkerungsschutz“, dem heutigen Bundesamt für Zivilschutz, mithin also über 20 Jahre durchgeführt. Sie haben zwar wechselnde Schwerpunkte, aber dennoch eine kontinuierliche Systematik. Entscheidende Meilensteine in dieser Kontinuität in den letzten Jahren waren die Jahre 1979 und 1981.

Im Dezember 1979 wurden die Bautechnischen Grundsätze für Großschutzräume des Grundschutzes in Verbindung mit unterirdischen Bahnen (Haltestellen/U-Bahnhöfe) als Mehrzweckbauten in der heute gültigen Fassung nach zweijähriger Erprobung veröffentlicht und es wurde damit im Baulichen Zivilschutz, insbesondere im Bereich der Tiefgaragen und U-Bahnen, eine neue Konzeption begonnen.

Während bis 1979 ausschließlich Schutzräume mit thermodynamischer Luftaufbereitung (Klimatisierung, Notwasserversorgung) gebaut wurden, verfolgt das neue Konzept ausschließlich die mechanische Be- und Entlüftung mit wesentlich geringerem technischen Aufwand. Von einer Aufbereitung der Luft durch Kühlung oder Erwärmung wurde in der neuen Konzeption abgesehen. Die bis dahin finanziell enormen Kosten allein der Technik konnten unter Beibehaltung des geforderten Schutzzumfangs erheblich reduziert werden. Erheblich war zudem, daß die hohen Folgekosten für Wartung, Instandhaltung bzw. Instandsetzung wegfielen.

### Trennung des Lehrstoffangebotes

Diese Neukonzeption bedingte in der Thematik auch eine allgemeine begleitende Umstellung des bis dahin vorliegenden Lehrgangskonzepts. Diese Umstellung erfolgte nicht nur thematisch und inhaltlich, sondern es fand auch personell ein gewisser „Generationswechsel“ statt.

Der zweite, entscheidende Schritt, der auch damit verbunden war, war 1981 die Trennung des Lehrstoffangebotes in zwei unterschiedliche Seminare: Zum einen ein

- Grundlagenseminar, in dem allgemeine, flächendeckende Probleme des Baulichen Zivilschutzes angesprochen werden und zum anderen ein
- Aufbau-seminar, in dem die Kenntnisse vertieft und in praktischen Übungen angewandt werden.

Diese Trennung war erforderlich, da die nunmehr zu vermittelnden Kenntnisse so umfangreich wurden, daß sie innerhalb der begrenzten Zeit von einer Woche nicht mehr allen Beteiligten sinnvoll dargeboten werden konnten. Die Trennung hat sich innerhalb der letzten zwei Jahre bewährt.

Im folgenden sollen die Themenbereiche der beiden Seminartypen etwas näher skizziert werden.

### „Waffenwirkungen“ als Einstieg in das Seminarthema

Bei dem Grundseminar (Dauer z. Z. vier Tage, ab Frühjahr 1984: fünf Tage) werden vier Schwerpunkte vermittelt:

- Allgemeiner Überblick über den Zivilschutz in der Bundesrepublik Deutschland,
- Schutzfaktoren, besondere Planungs- und Bemessungsfragen,
- Schutzraumtypen, Bautechnische Grundsätze und Baufachliche Richtlinien,
- Fragen der Abnahme und Wartung, Verfahrensfragen bei der Staatlichen Förderung.

Im ersten Themenblock wird zunächst eine Einführung in die Thematik gegeben, wobei der Bauliche Zivilschutz in dem Gesamtsystem der Zivilen Verteidigung dargestellt wird. Eingegangen wird hierbei auch auf begleitende Bereiche, wie die des Katastrophenschutzes, des Warn- und Alarmsdienstes oder die Aufgabenbereiche der Fachdienste.

Mit dem Thema Waffenwirkungen wird dann fachspezifisch der Einstieg in das eigentliche Thema des Baulichen Zivilschutzes gegeben. Hier werden besonders biologische Kampfmittel und chemische Kampfstoffe behandelt.

Die Konzeption für den Schutzraumbau in der Bundesrepublik Deutschland steht im Mittelpunkt eines weiteren Referats. Hierin wird auf die unterschiedlichen Schutzbautypen eingegangen. Mit diesem Überblick werden den Seminarteilnehmern auch die Belastungsannahmen eingehend vorgestellt, die im Schutzraumbau berücksichtigt werden. Der „Grundschutz“ (Schutz gegen Trümmerlasten, Brandeinwirkungen, radioaktiven Niederschlag und chemische bzw. biologische Kampfmittel) als auch der



„Verstärkte Schutz“ (zusätzlich noch der Schutz vor radioaktiver Anfangsstrahlung und vor einer Luftstoßbelastung von 3 bar) werden hierin ausführlich erläutert.

Den Abschluß des ersten Seminartages bildet ein Einblick in die bauliche Schutzsubstanz deutscher Städte. An Hand einer Stadtanalyse, durchgeführt am Beispiel der Städte Düsseldorf und Straubing, werden die zivilschutzmäßigen Belange erläutert, die Grundlage für zukünftige Stadtplanungen sein können. Dabei ist die vorhandene Bausubstanz ebenso zu berücksichtigen wie vorhandene Strukturen und Gesichtspunkte raumordnungspolitischer Überlegungen.

### **Belastungsannahmen und Schutzfaktoren**

Im zweiten Teil des Seminars werden die einzelnen Belastungsannahmen und die daraus resultierenden Schutzfaktoren behandelt, wobei zunächst auf die statische und dynamische Bemessung von Schutzbauten eingegangen wird. Hier werden die Belastungsannahmen erläutert, wie sie im Rahmen des Grundschatzes (hier: Schutz vor der Wirkung herabfallender Trümmer) zu berücksichtigen sind.

Als zweite Belastungskomponente wird auf den Brandschutz eingegangen. Ausgehend von der DIN 4102 (Brandverhalten von Baustoffen und Bauteilen) werden die

Kernwaffen bilden ebenso wie die baulichen Vorkehrungen, wie sie zum Schutz gegen radioaktiven Niederschlag ausführlich erläutert werden, das Kernstück der Ausführung.

Großer Raum wird anschließend der Raumluftechnischen Versorgung gewidmet. Im Schutzraum ist ein längerer Aufenthalt nur möglich, wenn eine ausreichende Frischluftzufuhr gewährleistet ist. Dieses bedingt, daß die Zuluft zum Schutzraum entsprechend den geforderten Bedingungen mechanisch gefiltert und mögliche ABC-Kampfstoffe zurückgehalten werden. Als weiteres ist zu beachten, daß alle hierzu gehörigen Aggregate besonderen Belastungsannahmen (Schutz vor Erschütterungen, Schockeinwirkungen, Dauerbetrieb) standhalten müssen, die über eine „normale“ Nutzung mitunter weit hinausgehen.

Nachdem diese verschiedenen Arten der Raumluftechnischen Versorgung vorgestellt worden sind, wird zu dem Themenbereich „Installation Betriebstechnik, Anlagentechnik“ übergeleitet, in dem auch die Problematik der Abschlüsse behandelt wird.

### **Auseinandersetzung mit den Schutzbautypen**

Im dritten Abschnitt des Grundlagenseminars werden die einzelnen Schutzbautypen, wie sie in der Bundesrepublik ent-

bauten, 1979“; auszugsweise auch in Verbindung mit unterirdischen Bahnen (Haltestellen/U-Bahnhöfe/Streckenstollen);

● Schutzbauwerke aus dem Zweiten Weltkrieg, nach: „Baufachliche Richtlinien für die Nutzbarmachung vorhandener öffentlicher Schutzbunker, 1977“ und „Schutzstollen, 1980“.

Im Frühjahr 1984 ist beabsichtigt, auch den Bereich des Schulschutzraumbaus hinsichtlich Bautechnik und Förderung im Rahmen eines eigenständigen Förderungsprogramms des Bundes mit aufzunehmen, da sich die Richtlinien auch hinsichtlich der Schutzplatzgröße (51–229 Personen) für beispielsweise Behörden-/Betriebsschutzräume eignen und analog angewendet werden können.

Ein überwiegend praktisch orientierter Vortrag über bautechnische Details rundet den technischen Teil des Grundlagenseminars ab.

Den Seminarteilnehmern wird ab kommenden Frühjahr auch Gelegenheit gegeben, die Ständige Ausstellung „Baulicher Zivilschutz“, die im Bundesamt in Bonn eingerichtet ist, zu besuchen.

Den vierten und letzten Teil des Grundlagenseminars bildet ein umfassender Überblick über die Verfahrens- und Förderungsmöglichkeiten im privaten und öffentlichen Schutzraumbau (Antragstellung, Verfahren, Bezuschussung, steuerliche Abschreibung).

Am Ende dieses Seminars haben die Teilnehmer somit einen weiten Einblick in das Thema Baulicher Zivilschutz, der sie in die Lage versetzt, Schutzräume zu planen, überschläglich zu bemessen oder entsprechend beurteilen zu können.

### **Im Aufbauseminar werden Erkenntnisse vertieft**

Das darüber hinaus angebotene Aufbauseminar, das ebenfalls im Bundesamt für Zivilschutz in Bonn durchgeführt wird (fünf Tage), hat den wesentlichen Grundgedanken, daß die bisher aus dem Grundlagenseminar oder der Praxis vorliegenden Erkenntnisse weiter ausgebaut und vertieft werden. Dazu ist das Aufbauseminar in drei Ausbildungsabschnitte unterteilt.

Es beginnt zunächst in einer kurzen Zusammenfassung, wodurch die Seminarteilnehmer auf einen einheitlichen Kenntnisstand gebracht werden. Angeschlossen werden auf das Grundlagenseminar aufbauende Referate, die sowohl Sonderprobleme der einzelnen Belastungskomponenten des Grundschatzes, des verstärkten Schutzes und von Funktionsschutzräumen (z. B. Befehlsstellen) beinhalten, als auch zu übergreifenden Randproblemen Stellung nehmen.



Während der Gruppenarbeit bietet sich ausreichende Gelegenheit, fachspezifische Fragen unter Leitung von Fachreferenten zu erörtern und in die Planung einfließen zu lassen. Im Hintergrund (stehend) Bauoberrat Dipl.-Ing. Turley, der die Seminare leitet.

Grundüberlegungen dargestellt, die zu den baulichen Schutzvorkehrungen geführt haben, wie sie in den jeweiligen Bautechnischen Grundsätzen Eingang gefunden haben.

Als letzten Faktor wird im Referat „Baulicher Strahlenschutz“ die Komponente angesprochen, die wohl am meisten Unsicherheit hervorruft und am häufigsten die Frage nach Schutzmöglichkeiten aufwirft. Grundlagen über die physikalische Entstehung radioaktiver Strahlung bei Einsatz von

weder neu erstellt oder wieder nutzbar gemacht werden, behandelt. Im einzelnen sind dies:

● Hausschutzräume, nach: „Bautechnische Grundsätze für Hausschutzräume des Grundschatzes, 1972/1976“; auszugsweise auch Erläuterungen der Komponenten des verstärkten Schutzes;

● Großschutzräume in Tiefgaragen, nach: „Bautechnische Grundsätze für Großschutzräume des Grundschatzes in Verbindung mit Tiefgaragen als Mehrzweck-



## Praktische Übung ist Kern des Aufbauseminars

Der Kern dieser Aufbauseminare ist jedoch die praktische Übung. Deshalb wird, teils in Einzelbearbeitung, teils in Gruppenarbeit, die Planung eines Hausschutzraumes, eines kleineren Mehrzweckbauwerks (Tiefgarage) und eines Mehrzweckbauwerks für über tausend Personen (Tiefgarage) durchgeführt. Dabei wird weniger Wert auf die zeichnerische Präzision eines Schutzraumgrundrisses gelegt als vielmehr auf die Entwicklung planungstechnischer und schutzraumspezifischer Lösungswege bis hin zu praktikablen, kostengünstigen Lösungen. Die Seminarübungen an den Mehrzweckbauten werden grundsätzlich in Gruppenarbeit durchgeführt. In jeder Gruppe, die zu Beginn durch die Lehrgangsstelle eingeteilt wird, sollen die Fachbereiche Planung/Ausführung; Raumluftechnik; Elektrotechnik, Sanitärtechnik; Bauordnungsrecht und Verfahrensrechtliche Gesichtspunkte vertreten sein.

So können innerhalb einer Gruppe Planungen entwickelt werden, die alle Bereiche des Baulichen Zivilschutzes abdecken. Allen Gruppen stehen in der gesamten Bearbeitungszeit Fachreferenten zur Verfügung, um anstehende Fragen und Problemstellungen zu erörtern und zur Klärung beizutragen.

Die hierbei gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse können dann im dritten Teil des Seminars mit der Praxis verglichen werden. Anschließend werden Schutzbauwerke in Bonn besichtigt, die teils nach der neuen Konzeption erstellt, teils nach dem alten Bunkerprogramm instand gesetzt oder nur nutzbar gemacht worden sind. Eine allgemeine Aussprache rundet den letzten Tag dieses Aufbauseminars ab.

## Insgesamt rund 560 Seminarteilnehmer

Insgesamt gesehen stellen diese beiden Seminartypen für die Teilnehmer eine Gelegenheit dar, sich ausführlich mit den Fragen des Baulichen Zivilschutzes in Theorie und Praxis zu beschäftigen. Besonders positiv dabei ist, daß als Dozenten nicht nur Vertreter beider zuständigen Bundesministerien (Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau/Bundesminister des Innern), sondern auch Vertreter der Fachreferate im Bundesamt und Vortragende aus der freien Wirtschaft gewonnen werden konnten.

Daß dieses Seminarangebot auch angenommen worden ist, zeigt nicht zuletzt die Vielzahl der Anmeldungen. Zu dem vorliegenden zweistufigen Lehrgangskonzept wurden in den Jahren 1981 bis 1983 insgesamt rund 560 Teilnehmer eingeladen.



„Lernen am Objekt“ – unter diesem Motto steht eine Besichtigungsfahrt durch Bonner Schutzbauwerke. Dort kann ein Überblick im technischen Bereich und auf dem Gebiet der Planung gegeben werden. (Fotos: Hilberath, Turley)

Selbst unter der Berücksichtigung, daß manche Teilnehmer in dieser Zeit beide Seminare besucht haben, sind es doch immerhin etwa 150 bis 200 Seminarteilnehmer jährlich, die zumindest im Grundlagenseminar das Wichtigste über den Schutzraumbau in der Bundesrepublik Deutschland sowohl in Technik als auch im Umfeld begleitender Zivilschutzmaßnahmen erfahren. So könnten das Defizit an fundierter Kenntnis über Schutzbauten gemindert und die Thematik mehr versachlicht werden.

## Mehrzahl der Teilnehmer kommt aus dem öffentlichen Dienst

Die Struktur des Teilnehmerkreises zeigt, daß es in dieser Hinsicht sehr vorbildliche Behörden gibt, die eine Vielzahl von Mitarbeitern reihum zu den Lehrgängen entsenden: Aus der statistischen Übersicht ist erkennbar, daß die Semifarteilnehmer aus dem Bereich des öffentlichen Dienstes ein erhebliches Übergewicht haben und Vertreter aus der freien Wirtschaft weitaus weniger zahlreich vertreten sind. In der Vergangenheit läßt sich aber hier eine leichte Zunahme dieser Berufsgruppe erkennen, so daß sich langfristig ein etwas besseres Verhältnis einstellen wird. Die Seminarteilnehmer der Kommunen (Städte, Gemeinden und Kreise) und der Landesbauverwaltungen (einschließlich der Universitäts-Bauämter) stellen insgesamt fast zwei Drittel der Teilnehmer.

Anhand der Bevölkerungsdichte der einzelnen Bundesländer ist die Gegenüberstellung zu Seminarteilnehmern und zum Schutzplatzangebot in der Bundesrepublik

interessant. Daraus ist eine Tendenz dahingehend zu erkennen, daß in den Bundesländern, aus denen eine deutlich höhere Zahl an Teilnehmern gemeldet werden, auch ein (statistisch gesehen) überdurchschnittliches Schutzraumangebot besteht. Eine Besonderheit stellt Baden-Württemberg dar, das nahezu ein Viertel aller Seminarteilnehmer stellt, obgleich es nur ca. 15 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik ausmacht. Die Stadtstaaten (außer Berlin) und das Saarland haben sowohl in der Beschickung der Lehrgänge als auch in der Schutzplatzstatistik eine führende Stellung.

## Anmeldungen können noch berücksichtigt werden

Das Seminar könnte insbesondere bei den Übungsaufgaben vielleicht noch mehr dadurch gewinnen, wenn der Anteil der Teilnehmer aus den freien Berufen (z. B. aus Architektur-, Ingenieur-, Planungsbüros, Lüftungsfirmen usw.) höher wäre. Die Lehrgänge werden kostenfrei angeboten, den Teilnehmern werden die Reisekosten nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes erstattet (Fahrtkosten, Übernachtung, Tagegeld).

Für das erste Quartal können noch einige Anmeldungen berücksichtigt werden. Wer mit Baulichem Zivilschutz haupt- oder neben-„amtlich“ befaßt ist, kann die Gelegenheit wahrnehmen, zumindest einen Grundlagenlehrgang „Baulicher Zivilschutz“ in Bonn-Bad Godesberg zu besuchen. Anmeldungen sind zu richten an die Katastrophenschutzschule des Bundes, Rammersbacher Straße 95, 5483 Bad Neuenahr-Ahrweiler.



# Transportable faltbehälter zur Trinkwasser-Notversorgung

Beschaffung, Verwendung, Ausführung –  
Erprobung bei einer Katastrophenschutzübung in Mainz

## Einleitung

Über die Grundlagen, Planung und Durchführung von Maßnahmen für die Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wasserversicherungsgesetz ist im Zivilschutz-Magazin bereits berichtet worden [1]. Im Mittelpunkt steht neben dem Umbau und der Erhaltung bestehender öffentlicher und privater Einzelbrunnen der Neubau unabhängig von der zentralen Wasserversorgung zu betreibender Brunnen zur Gewinnung von Grundwasser. Nach einem Schwerpunktprogramm werden diese Maßnahmen vorrangig in Großstädten, Ballungs- und Industriegebieten sowie in deren Einzugsbereichen auf Kosten des Bundes nach einem mit den Ländern unter sachlichen, geographischen und zivilschutztaktischen Gesichtspunkten abgestimmten Prioritätenprogramm durchgeführt. Planung und Ausführung der netzunabhängigen Einzelbrunnen erfolgen nach einheitlichen Richtlinien, die in vom Bundesministerium des Innern eingeführten Regelentwürfen festgelegt sind [2–6]. Bei den für verhältnismäßig kurze sowie seltene Einsatzfälle und Ausnahmesituationen bereitzuhaltenden Trinkwasser-Notbrunnen kommen der Betriebsbereitschaft und -sicherheit der Einrichtungen für die Wasserförderung ausschlaggebende Bedeutung zu. Ein aufgrund der bisherigen Erfahrungen und Erkenntnisse entwickelter kostengünstiger und leicht zu bedienender Trinkwasser-Notbrunnen, ausgerüstet mit einer elektrischen Unterwassermotorpumpe, vom Stromnetz unabhängig betrieben mit einem im Brunnen eingelagerten Eigenstromerzeuger, ist ebenfalls im Zivilschutz-Magazin vorgestellt worden [7–8].

## Transportable Trinkwasserbehälter

Nicht überall gestatten die vorgegebenen geohydrologischen Verhältnisse die Gewinnung von Grundwasser zur Sicherstellung des lebensnotwendigen Bedarfs an Trinkwasser. Häufig kann hierbei auf vorhandene friedensmäßig genutzte oder entsprechend den speziellen Erfordernissen einer Trinkwasser-Notversorgung umzu-



Bild 1: Verteilung von lebensnotwendigem Trinkwasser über eine Gruppenzapfstelle.

bauende Wasserversorgungsanlagen nicht zurückgegriffen werden. Vielfach scheidet ebenfalls der Bau neuer Brunnen für Zwecke der Trinkwasser-Notversorgung aufgrund der ungünstigen Untergrundbedingungen und wegen zu erwartender unverhältnismäßig hoher Kosten aus. Schließlich sind oft auch die technisch-wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Bereitstellung des lebensnotwendigen Trinkwasserbedarfs durch Anschluß an benachbarte Wasservorkommen über kurze Verbundleitungen nicht gegeben.

In diesen Fällen muß das lebensnotwendige Trinkwasser in die zu notversorgenden Bereiche transportiert und an die Bevölkerung verteilt werden. Hierfür ist vom Bundesamt für Zivilschutz der Bedarf in den einzelnen Bundesländern ermittelt und eine erste Teilbeschaffung transportabler Trinkwasserbehälter durchgeführt worden. Durch die zentrale Beschaffung wird eine weitgehende Vereinheitlichung erreicht,

und mit der Herstellung größerer Stückzahlen sind die Kosten möglichst gering gehalten. Vorbedingung für eine eventuelle Zuweisung transportabler Trinkwasserbehälter ist, daß die zu versorgenden Gebiete hinsichtlich der Dringlichkeit der Sicherstellung des lebensnotwendigen Trinkwasserbedarfs nach dem Wasserversicherungsgesetz innerhalb des Regionalen Prioritätenprogramms liegen. Weiterhin muß in einer geprüften Planung nachgewiesen worden sein, daß andere Möglichkeiten für eine Trinkwasser-Notversorgung unter technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht bestehen. Eine Zuweisung von transportablen Trinkwasserbehältern erfolgt nur dort, wo die zu versorgenden Bewohner wegen der unzumutbaren Länge der Versorgungswege oder gelände- und verkehrsbedingter Hindernisse nicht angrenzenden Versorgungsbereichen mit einer bereits bestehenden Trinkwasser-Notversorgung zugeordnet werden können. Die Behälter dürfen nicht für eine zusätzliche Speicherung von Wasser vorgesehen werden und sind auch nicht für einen möglichen Ausfall von vorhandenen Einzelbrunnen oder Rohrleitungen vorzuhalten.

## Erprobung in der Landeshauptstadt Mainz

In der für Mainz, der Landeshauptstadt von Rheinland-Pfalz, mit rd. 188 000 Einwohnern nach dem Wasserversicherungsgesetz aufgestellten Planung ist das Stadtgebiet in 39 Versorgungsgebiete aufgeteilt. Bisher wurden in 14 Versorgungsgebieten netzunabhängige Trinkwasser-Notbrunnen mit Mitteln des Bundes in Höhe von rd. 1,7 Mill. DM errichtet [9]. In den übrigen Versorgungsgebieten, mit Ausnahme des Stadtteiles Finthen, kann der lebensnotwendige Trinkwasserbedarf aus vorhandenen netzunabhängigen Einzelbrunnen sichergestellt werden. Wegen der ungünstigen geohydrologischen Untergrundverhältnisse soll das lebensnotwendige Trinkwasser für die nahezu 12 000 Einwohner in Mainz-Finthen aus in angrenzenden Bereichen vorhandenen Trinkwasser-Notbrunnen antransportiert werden.



Zur Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung wurde Finthen in fünf Versorgungsgebiete aufgeteilt. Bei einem Ausfall der öffentlichen Trinkwasserversorgung wird in jedem Versorgungsgebiet eine Gruppenzapfstelle aufgebaut, aus welcher das in den dafür vorgesehenen transportablen Trinkwasserbehältern herangeführte lebensnotwendige Trinkwasser an die Bevölkerung abgegeben wird (Bild 1).

Die folgenden Bilder sind bei einer von der Abteilung Zivilschutz der Stadtverwaltung Mainz mit dem Technischen Hilfswerk organisierten Katastrophenschutzübung „Trinkwassernotversorgung in Mainz-Finthen“ entstanden. Ziel der Übung war es, mit den gelieferten transportablen Trinkwasserbehältern erste Erfahrungen über deren Verwendung sowie Wartung und Pflege zu sammeln, um dabei eventuell auftretende Mängel abzustellen. Gleichzeitig sollte den Entscheidungsträgern der Vertretungskörperschaft das für den Stadtteil entwickelte Konzept zur Sicherstellung der Trinkwassernotversorgung praktisch erläutert werden [9].

### Einsatz der Behälter

Die transportablen Behälter dienen hauptsächlich zum Transport des lebensnotwendigen Trinkwassers von den Gewinnungsstellen (außerhalb der Notversorgungsgebiete gelegene netzunabhängige Einzel- und Notbrunnen sowie Quellfassungen) oder Entnahmestellen (Hydranten oder andere Anschlüsse an öffentliche Trinkwasserversorgungsnetze) zu den Verteilerpunkten der Trinkwasser-Notversorgung. Sie werden hierbei als Behälteranlage, bestehend aus dem miteinander verbundenen Haupt- und Zusatzbehälter von je 1500 l Nutzinhalt, auf der Ladefläche eines Lastkraftwagens mit einer Nutzlast von mindestens 3,5 t gelagert und mit Hilfe eines Verzurrgeschirrs nebst dazugehörigen Befestigungsgurten gesichert (Bild 2).

Der Zusatzbehälter liegt vorn hinter dem Fahrerhaus: der Hauptbehälter, welcher die zur Verteilung des Trinkwassers dienenden Schlauchanschlüsse und Armaturen besitzt, am Heck des Fahrzeuges. Die Behälter verbleiben auch während der Wasserverteilung auf der Ladepritsche des Lastkraftwagens. Die Behälter können auch im stationären Betrieb eingesetzt werden. Damit der notwendige Überdruck zum Beschicken der anzuschließenden Gruppenzapfstellen gegeben ist, sind die Behälter auf einer erhöht angeordneten Plattform zu lagern. Bild 3 zeigt als Beispiel die bei der Übung erprobte Lagerung von Haupt- und Zusatzbehälter auf Gerüstböcken (Mauerböcke) mit untergelegten Kanthölzern 10/12 cm.

### Ausführung

Die zur Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz verwendeten transportablen Kunststoff-Faltbehälter sind in ähnlicher Ausführung bereits als Ausstattung zum Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF), dem Einsatzfahrzeug für den ABC-Zug im Katastrophenschutz, beschafft worden [10]. Sie dienen hier zum Transport und zur Abgabe von Trinkwasser durch die Dekontaminationsgruppe P (Personen) und werden weiterhin im Betreuungs-, Sanitäts- sowie Brandschutzdienst des Katastrophenschutzes eingesetzt [11].

Für die Trinkwasserbehälter wird beidseitig beschichteter Stoff aus Polyester verwendet. Material und Produkt unterliegen den Technischen Lieferbedingungen der Beschaffungsstelle des Bundesministers des Innern. Das Material ist resistent gegen spezifische chemische Stoffe, biologisch einwandfrei, desinfizierbar und entspricht den lebensmittelrechtlichen Bestimmungen. Die Außenseite ist gelb-oliv (ähnlich RAL 6014), die Farbe der Innenseite creme-weiß (ähnlich RAL 9001). Die Fertigung erfolgt in einem Kaltvulkanisierverfahren. Die verwendeten Kleber sind ebenfalls beständig gegen spezifische chemische Stoffe sowie Entkeimungs- und Entgiftungsmittel auf Chlorbasis. Die Maße des Einzelbehälters in gefülltem Zustand betragen (ohne Armaturen) ca. 2000 mm Länge x 1400 mm Breite x 650 mm Höhe.

Das Verzurrgeschirr und die Befestigungsgurte zur Transportsicherung auf dem Lastkraftwagen bestehen aus genähten Polyestergeräten in den Maßen 2,5 x 50 mm mit verschweißten Enden (Bild 4). Die Farbe ist oliv. Die Beschlagteile sind aus Edelstahl. Das Verzurrgeschirr wird aus zwei jeweils geteilten Längs- und einem zweigeteilten Quergurt gebildet. Vor dem Auslegen des Verzurrgeschirrs bei heruntergeklappten Bordwänden ist die Ladefläche des Lastkraftwagens zu säubern. Es dürfen sich keine spitzen, scharfen oder scheuernden Teile auf der Ladefläche befinden. Unter den Behältern werden die mitgelieferten Unterlegplanen als Scheuerschutz auf dem Boden der Ladefläche ausgebreitet. Die Unterlegplanen in den Maßen von ca. 2040 x 1600 mm bestehen ebenfalls aus einem Polyestergewebe. Sie sind jedoch nur einseitig mit PVC beschichtet. Dabei liegt die beschichtete Seite unten. Die Trinkwasserbehälter dürfen nur mit der unbeschichteten Seite der Unterlegplane in Berührung kommen.

Die beiden Teile des Quergurtes vom Verzurrgeschirr werden in das eine Ende je eines Längsgurtes eingeschlaucht, mit ihren an den nach außen liegenden Enden angebrachten Stahlankern an den Rändern der Längsseiten der Fahrzeugpritsche einge-

hängt und mit dem an der Fahrerhausseite, etwa in Fahrzeugachse anzuordnenden Spannhebel festgezurr (Bild 4). Das andere Ende der beiden parallel zur Fahrzeugachse ausgelegten Längsgurte des Verzurrgeschirrs einschließlich der eingeschlauchten Befestigungsgurte wird mit dem angeschlossenen Stahllanker am Heck der Ladefläche vom Fahrzeug eingehängt. Anschließend werden die Klemmschnallen der beiden Längsgurte festgezurr. Bild 5 zeigt die auf der Ladefläche eines Lastkraftwagens lagernden wassergefüllten Trinkwasserbehälter, mit den umgelegten Befestigungsgurten fertig verzurr für den Transport. Die beiden Längsgurte des Verzurrgeschirrs lassen sich über die eingeschalteten Klemmschnallen, der Quergurt mit Hilfe des Spannhebelverschlusses an unterschiedliche Breiten und Längen von Fahrzeugpritschen anpassen.

### Behälterausrüstung

Zum Füllen und Entleeren sind Haupt- und Zusatzbehälter mit folgenden Armaturen und Ausstattungsteilen ausgerüstet:

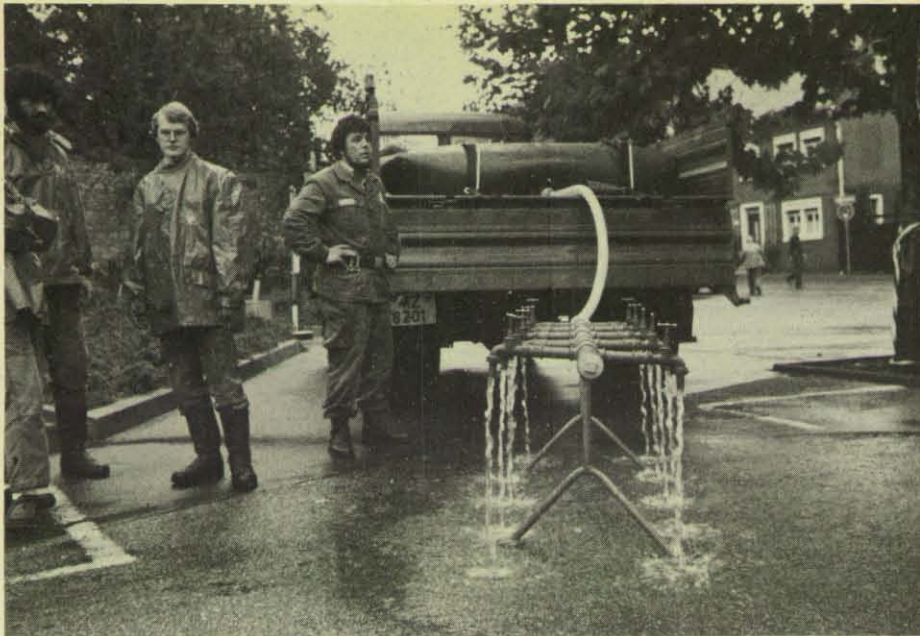
An der Oberseite ist etwa in der Mitte der Längsachse jeweils eine Entlüftungsöffnung angebracht. Die Entlüftungsöffnung besteht aus einem Schlauch von ca. 150 mm Länge und 50 mm Durchmesser, der nach dem Füllen mit einer Gummikappe verschlossen wird (Bild 5). Um ein Abheben der Gummikappe während des Transportes infolge möglicher Schleuder- oder Schlingerbewegungen sowie bei Stößen des Fahrzeuges zu verhindern, wird sie mit einer Lasche gesichert. Die Lasche wird auf der Gummikappe an einem Knopf befestigt. An diesem Knopf ist zugleich auch eine Perlonschnur zur Sicherung der Gummikappe gegen Verlust befestigt (Bild 5).

An je einer Längsseite von Haupt- und Zusatzbehälter befinden sich in einer Höhe von 90 mm über der Bodenfläche (in gefülltem Zustand) zwei Rohranschlußstutzen mit C-Druckkupplungen aus Aluminium-Legierung (DIN 14 302). Zum Schutz gegen Verunreinigungen des Behälterinnenraumes sind sie mit C-Blindkupplungen (DIN 14311) versehen, die zur Sicherung gegen Verlust über eine Perlonschnur mit den Anschlußstutzen verbunden sind. Alle C-Druck- und C-Blindkupplungen sind mit Saugdichtringen (DIN 14321) ausgerüstet.

Um Quetschungen der Behälterhaut und ein Abreißen der Rohrstützen zu vermeiden, sind die Flansche der Anschlußstutzen innen und außen mit einem Gummischutzring versehen (Bild 6).

Zur Vermeidung von Schäden am Behälterstoff bei Lagerung und Transport in zusammengelegtem Zustand sind die Rohr- und Armaturenanschlüsse mit gummige-

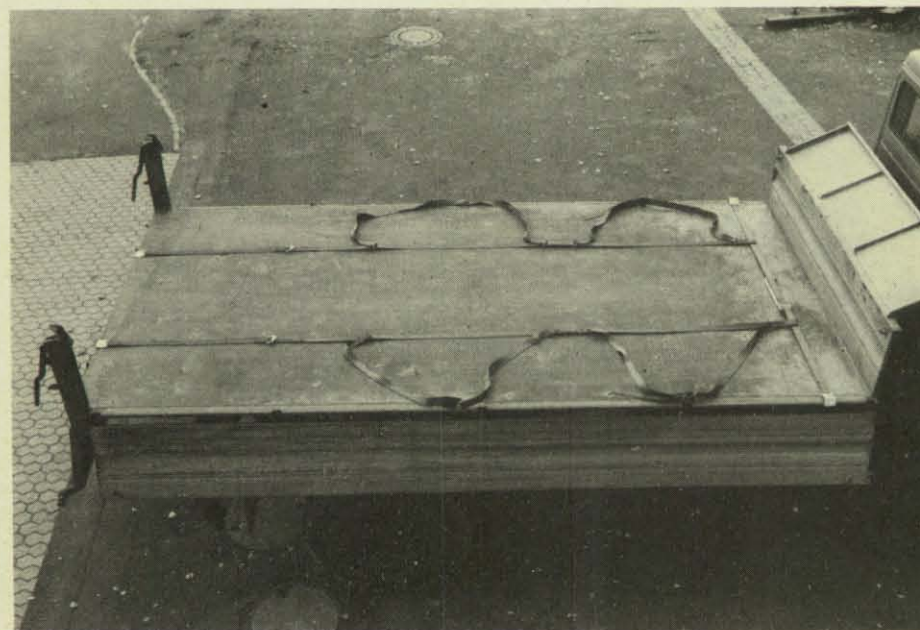




**Bild 2:** Transportable Trinkwasserbehälter (Haupt- und Zusatzbehälter) zur Trinkwassernotversorgung, gefüllt, auf der Ladefläche eines Lastkraftwagens des Technischen Hilfswerks verlastet (Kipper mit einer Ladefläche von 2,24 m Breite, 3,60 m Länge und 1,46 m Höhe, Eigengewicht betriebsfertig: 5,75 t), Höchstgewicht beladen: 11,0 t), bei heruntergeklappter hinterer Ladeklappe mit C-Saugschlauch an eine in Betrieb befindliche Gruppenzapfstelle angeschlossen.

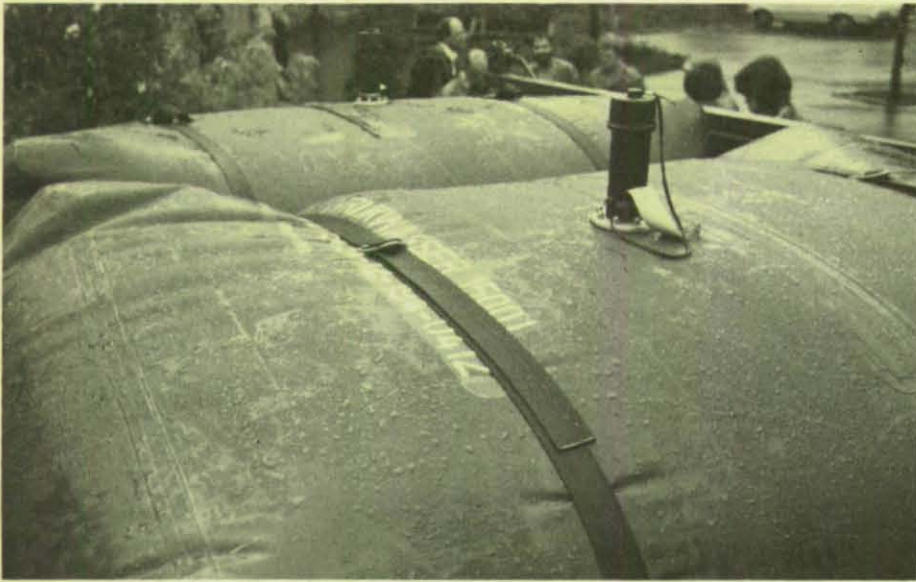


**Bild 3:** Verteilung von Trinkwasser über eine Gruppenzapfstelle aus transportablen Trinkwasserbehältern, die stationär erhöht auf Gerüstböcken aus Stahlrohr mit untergelegten Kanthölzern gelagert sind.

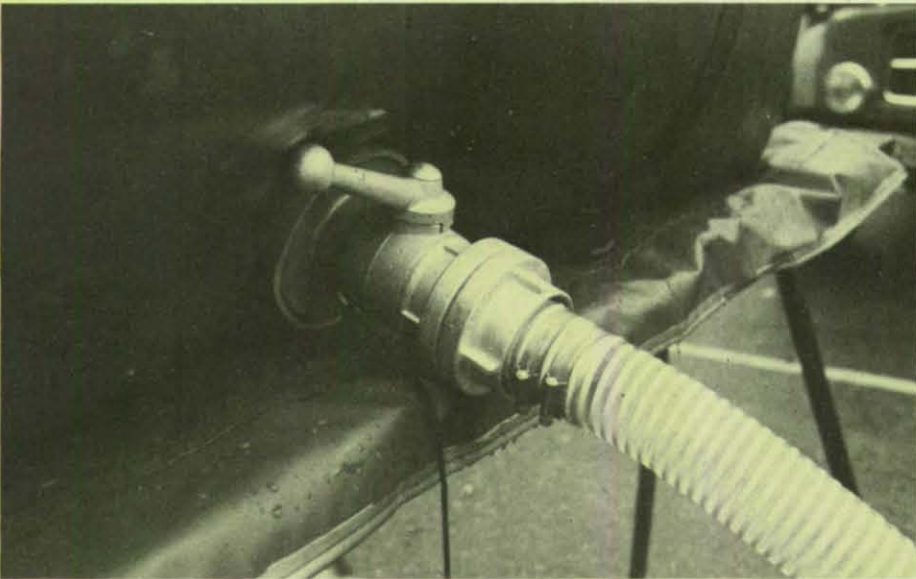


**Bild 4:** Transportfahrzeug für transportable Trinkwasserbehälter: Ladefläche mit heruntergeklappten Bordwänden, ausgelegtem Verzurrgeschirr und Befestigungsgurten.

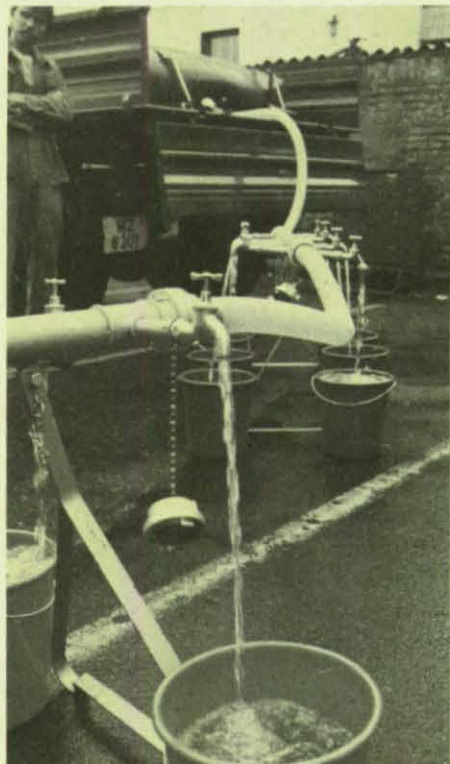




**Bild 5:**  
Gefüllte transportable Trinkwasserbehälter auf der Ladefläche eines Lastkraftwagens, fertig verzurrt für den Transport.



**Bild 6:**  
Transportabler Trinkwasserbehälter, zur Verteilung von Trinkwasser auf Gerüstböcken mit Unterlegplane und Kanthölzern gelagert: Kugelhahn 2" mit Handgriff und C-Saugschlauch (DIN 14 810) aus Kunststoff als Anschlußleitung zur Gruppenzapfstelle.



(links) **Bild 7:**  
Verteilung von Trinkwasser über eine Gruppenzapfstelle aus nahezu vollständig entleerten transportablen Trinkwasserbehältern, verlastet auf einem Lastkraftwagen, gesichert mit Verzurrgeschirr und Befestigungsgurten.

(rechts) **Bild 8:**  
Verteilung von Trinkwasser aus transportablen Trinkwasserbehältern auf einem Lastkraftwagen über zwei hintereinander angeordnete Gruppenzapfstellen.

(Fotos: Hilberath 8, Zivilschutzamt der Stadt Augsburg 1)



fütterten Schutzkappen ausgerüstet, die gegen Verlust an den Stutzen mit einer Perlonschnur gehalten werden (Bild 3 und 6).

An der Oberseite der Behälter ist neben der Entlüftungsöffnung rechtwinklig zur Behälterlängsachse, zu Pflege- und Wartungszwecken eine Reinigungsöffnung von etwa 800 mm Länge eingearbeitet. Sie gestattet das Wenden der Behälterinnenhaut nach außen zur Reinigung. Die Reinigungsöffnung ist mit einem wasserdichten Reißverschluß verschlossen, der von einer Schutzlasche aus dem Behältermaterial mit Klettbandverschluß gegen äußere Einwirkungen geschützt wird (Bild 5).

Beim Hauptbehälter befindet sich auf der den Anschlußstutzen gegenüberliegenden Längsseite in einer Höhe von 90 mm über der Bodenfläche (in gefülltem Zustand) ein Gewindeflansch 2", in den ein mit Handgriff zu betätigender Schnellschlußhahn (Kugelhahn) eingeschraubt wurde (Bild 6). An den Kugelhahn wird über eine C-Festkupplung (DIN 14307) die Anschlußschlauchleitung einmal zur Behälterbefüllung sowie als Verbindung zur Gruppenzapfstelle für die Wasserverteilung angeschlossen (Bild 6). Die beiden Schlauchanschlüsse auf der gegenüberliegenden Längsseite des Hauptbehälters, an welche der Zusatzbehälter angeschlossen wird, sind mit beweglichen C-Druckkupplungen (DIN 14302) versehen.

Beim Zusatzbehälter sind die beiden Schlauchanschlüsse an der Längsseite zum Ankuppeln des Hauptbehälters abweichend mit C-Festkupplungen (DIN 14307) ausgerüstet. Beim Zusatzbehälter entfallen der Anschluß mit Gewindeflansch 2" und der Kugelhahn zur Verteilung des Trinkwassers.

Haupt- und Zusatzbehälter können auch jeweils einzeln eingesetzt werden. Bei Verwendung des Zusatzbehälters ist jedoch ein zusätzlicher Schnellschlußhahn erforderlich.

### **Beschriftung und Kennzeichnung der Behälter**

Die transportablen Trinkwasserbehälter sind auf der Oberseite mit der Aufschrift „Trinkwasser – 1500 l“ gekennzeichnet (Bild 5). Darunter sind das Herstellungsjahr, der Name des Herstellers in Kurzbezeichnung, die Werksnummer sowie der Hinweis auf den Eigentümer („Bund“) angebracht.

### **Trinkwasserverteilung**

Zur Verteilung des in den faltbehältern bereitgestellten Trinkwassers dienen die transportablen und zusammenlegbaren

Gruppenzapfstellen nach dem Arbeitsblatt 1 der vom Bundesministerium des Innern eingeführten Regelentwürfe für Trinkwasser-Notbrunnen [12]. Das Verteilerrohr aus Stahl oder Kunststoff im Querschnitt 2" ist mit zehn Wasserhähnen R1" zu versehen (Bild 7). Bei der Übung betrug die durchschnittliche Zeit zum Füllen eines Wassereimers über die Gruppenzapfstelle – nur mit Wasserhähnen ¾" ausgestattet – etwa 30 bis 35 Sekunden.

Bild 7 verdeutlicht eine wesentliche, bei der Erprobung gewonnene Erkenntnis: Auch wenn die auf der Ladefläche eines Lastkraftwagens gelagerten Trinkwasserbehälter nahezu vollständig entleert sind, findet bei einer Restdruckhöhe von nur ca. 800 mm aus allen zehn Zapfhähnen noch eine ausreichende Abgabe von Trinkwasser statt. Die Übung hat gezeigt, daß bei vollem Betrieb der Wasserverteilung Haupt- und Zusatzbehälter nach weniger als zwölf Minuten vollständig entleert sein können. Es wurde auch nachgewiesen, daß z. B. bei einer auf einem Lastkraftwagen gelagerten Behälteranlage die Verteilung von Trinkwasser sogar gleichzeitig mit zwei hintereinander angeordneten und miteinander verbundenen Gruppenzapfstellen bei ausreichender Abgabe aus bis zu 16 Zapfhähnen möglich ist (Bild 8). Die Erprobung brachte weiterhin die Erkenntnis, daß zur Verringerung der auftretenden Druckverluste als Verbindungsleitung zwischen den Behältern und den Gruppenzapfstellen C-Saugschläuche (DIN 14810) gewählt werden sollten (Bilder 2, 3, 6, 7, 8).

### **Wartung und Pflege**

Die Trinkwasserbehälter sind vor der ersten Inbetriebnahme gründlich zu reinigen, zu desinfizieren und zu spülen. Dasselbe gilt für die dazugehörigen Armaturen, Schläuche, Gruppenzapfstellen usw., die beim Transport und der Verteilung mit Trinkwasser in Berührung kommen. Diesen beim Umgang mit dem wichtigsten Lebensmittel Wasser unumgänglichen Maßnahmen der Hygiene kommt entgegen, daß sich die Behälter von innen nach außen wenden lassen.

Nach Beendigung des Einsatzes sind die faltbehälter vollständig zu entleeren, nach der anschließenden Reinigung abzutrocknen und mit Talkum einzustäuben. Nach jedem Öffnen ist der Reißverschluß mit einem Fettstift aus dem beigegebenen Reparatursatz zu pflegen.

Hinweise für den Einsatz, die notwendige Wartung und Pflege sowie die Durchführung etwaiger Reparaturen geben das den Trinkwasserbehältern beigegebene Merkblatt, die Bedienungsanleitung und die Reparaturanweisung.

### **Schlußbemerkung**

Die beschriebenen transportablen Trinkwasserbehälter (falttanks) stellen eine zweckmäßige Ergänzung der bisher eingeführten Einrichtungen zur Sicherstellung der Trinkwasser-Notversorgung nach dem Wassersicherstellungsgesetz dar.

### **Literaturverzeichnis**

- [1] Hampel, W.: Das Wassersicherstellungsgesetz – Grundlagen – Durchführung – Bilanzen (1. u. 2. Teil). ZS-MAGAZIN, Heft 10–11/1976
- [2] Such, W. – Hampel, W.: Lufthebeverfahren – Fördereinrichtung bei Trinkwassernotbrunnen, unabhängig von Elektroenergie, ZS-MAGAZIN, Heft 10/1978
- [3] Such, W. – Hampel, W.: Wartung der Trinkwassernotbrunnen in der Praxis; Damit das kostbare Naß jederzeit fließen kann – Richtlinien für die Notbrunnen-Wartung vom Bundesinnenministerium neu gefaßt. ZS-MAGAZIN, Heft 6 / Juni 1980
- [4] Such, W. – Hampel, W.: Neue Richtlinien des Bundes für den Verbund zur Trinkwasser-Notversorgung – Verbund in der Wasserversorgung gewährleistet ein Höchstmaß an Sicherheit. Maßnahmen des Wasserverbundes kommt wachsende Bedeutung zu – Arbeitsblatt Nr. 8 gibt Hinweise für Planung, Bau und Betrieb von Verbundleitungen und -systemen im Rahmen der Trinkwasser-Notversorgung. ZS-MAGAZIN, Heft 1/1981
- [5] Such, W. – Hampel, W.: Trinkwasser-Notversorgung nach Berliner Erfahrungen – Bewährtes und interessante Entwicklungen in neuen Arbeitsblättern des Bundesinnenministeriums. ZS-MAGAZIN, Heft 2/1982
- [6] Such, W. – Hampel, W.: Die Trinkwasser-Notversorgung ist jetzt für 20 Millionen Bürger sichergestellt – Abschlußbericht über die Zukunftsinvestitionen im Bereich der Trinkwasser-Notversorgung. ZS-MAGAZIN, Heft 7–8/1982
- [7] Such, W. – Bertel, B.: Neuer Brunnentyp zur Trinkwasser-Notversorgung in Erprobung – Notbrunnen – vom Stromnetz unabhängig – Ausrüstung mit Unterwassermotorpumpe und Eigenstromerzeuger – Kostenersparnis und einfacher Betrieb. ZS-MAGAZIN, Heft 4/1983
- [8] Such, W.: Trinkwasser-Notbrunnen in der praktischen Erprobung – Von der Handschwengelpumpe zum Notbrunnen mit Eigenstromerzeuger – Demonstration anlässlich eines Seminars über Trinkwasser-Notversorgung an der Katastrophenschutzschule des Bundes. ZS-MAGAZIN, Heft 7–8/1983
- [9] Stadtverwaltung Mainz, Abt. Zivilschutz: Information zur Katastrophenschutzübung „Trinkwasser-Notversorgung in Mainz-Finthen“ am 10. 9. 1983
- [10] Lämmel, G.: Ein Konzept für die achtziger Jahre – Hochwertig, kompakt, vielseitig: Das Dekontaminations-Mehrzweck-Fahrzeug (DMF) für den ABC-Dienst im Katastrophenschutz. ZS-MAGAZIN, Heft 2/1980
- [11] Stärke- und Ausstattungsnachweisung (STAN-Nr. 051) für den ABC-Zug des Katastrophenschutzes
- [12] Roeder, Dr. H. – Such, W. – Hampel, W. – Keil, R.: Wassersicherstellungsgesetz – Band 2: Leitfaden für den Praktiker, Erläuterung der Durchführungsmaßnahmen. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm, 8000 München 80



Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke arbeitet seit 30 Jahren ehrenamtlich für den BVS

## Staatsbürgerliches Engagement ist kein überholter Wertbegriff

BVS-Direktor Helmut Schuch dankte allen ehrenamtlichen Helfern



Für 30jährige Mitarbeit wurde BVS-Bundeshelfervertreter Jürgen Grabke (Mitte) der Ehrenteller des Bundesverbandes von Direktor Helmut Schuch (links) überreicht. Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender gehörte zu den Gratulanten. (Foto: Thiele)

Ehrenamtliche Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz „beweisen tagtäglich, daß staatsbürgerliches Engagement und positive Einstellung keine überholten Wertbegriffe sind“, erklärte der Direktor des BVS, Helmut Schuch, aus Anlaß der Ehrung eines Mannes, der sich seit 30 Jahren der ehrenamtlichen Mitarbeit im BVS verschrieben hat: Jürgen Grabke, zugleich BVS-Bundeshelfervertreter.

In der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein in Kiel fanden sich zum Jubiläum viele Gratulanten ein: Sozialminister a. D. und Bürgervorsteher der Stadt Itzehoe, Otto Eisenmann; die Ministerialdirigenten im Sozialministerium, Wolfgang Ciszewski und Dr. Klaus Zur; Ministerialrat Friedrich Kress (Sozialministerium); Ministerialdirigent im Innenministerium, Klaus Baltzer; Vertreter der Katastrophenschutzschule des Landes, der Bundeswehr, des Technischen Hilfswerks, des Warndienstes, der Feuerwehr, des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, der Oberpostdirektion und der Universität Kiel.

Grabke, der in Itzehoe wohnt, in Kiel arbeitet und seit über 25 Jahren BVS-Fachlehrer ist, hat sich außerdem stets

engagiert für die Belange der ehrenamtlichen Mitarbeiter des BVS eingesetzt. Er wurde 1978 zum Bundeshelfervertreter gewählt und 1982 einstimmig in dieser Funktion bestätigt.

Der Direktor des BVS, Helmut Schuch, dankte Grabke und allen ehrenamtlichen Mitarbeitern dafür, daß sie sich nicht resigniert abgewandt hätten, als sie etwa als „Luftschützer“ oder „Kalte Krieger“ bezeichnet worden seien, sondern sich bis heute zu ihrem humanitären Auftrag öffentlich bekannt haben. Der Beitrag der ehrenamtlichen Helfer zur Arbeit des Verbandes, so Schuch, sei nicht unerheblich.

Als äußeres Zeichen der Anerkennung wurde dem Bundeshelfervertreter der Ehrenteller des Bundesverbandes überreicht.

Nachstehend die Ansprache von BVS-Direktor Helmut Schuch im Wortlaut:

„Im Mittelpunkt unserer Arbeit steht der Mensch – dieses Motto des Bundesverbandes für den Selbstschutz gilt auch für den heutigen Tag. Heute stehen Sie, Herr Grabke, der Sie sich drei Jahrzehnte lang im Sinne unseres Leitspruches engagiert haben, einmal selbst im Mittelpunkt; und Ihr Jubiläum gibt uns

Anlaß, zurückzublicken, wie auch Vorschau zu halten auf diese Arbeit, die den Schutz unserer Mitbürger zum Ziel hat.

Es ist eine wichtige und vom humanitären Gedanken getragene Aufgabe, der sich Männer und Frauen wie Sie, Herr Grabke, verschrieben haben und die ohne das ehrenamtliche Mitwirken so nicht bewältigt werden könnte. Sicher, es gab in den vielen Jahren Höhen und Tiefen; aber wir haben alle Schwierigkeiten überwunden, nicht zuletzt durch die Treue unserer ehrenamtlichen Helfer, von denen bereits einige – wie Sie selbst – auf eine Zeitspanne ehrenamtlicher Tätigkeit zurückblicken können, die wir ‚Generation‘ nennen.

Die Aufgabenstellung des BVS hat sich in diesen Jahrzehnten gewandelt, wie auch der Name des Verbandes, wie seine gesetzlichen Grundlagen; geblieben aber ist das humanitäre Anliegen. Die Arbeit der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiter wird – positiv oder negativ – beeinflusst von vielschichtigen, auch zeitbedingten Entwicklungen und Bewertungen, und ich bin allen dankbar, die sich nicht resigniert abgewandt haben, als sie etwa als ‚Luftschützer‘ oder ‚Kalte Krieger‘ bezeichnet wurden, und die sich auch heute – in einer sicherlich sehr emotionalen Auseinandersetzung – zu ihrem humanitären Auftrag öffentlich bekennen.

Wir müssen uns wieder verstärkt Gedanken darüber machen, wie wir unser Ziel besser erreichen, den Bürger vor Gefahren zu schützen, die ihm bei Katastrophen oder im äußerst unwahrscheinlichen, aber leider nie ganz auszuschließenden Verteidigungsfall drohen. Wir müssen uns entschieden gegen die absurde Behauptung wehren, Zivilschutz sei eine Form der Kriegsvorbereitung; wir müssen uns dagegen wehren, daß unser humanitärer Auftrag verkannt wird.

Wir tragen dem veränderten zivilschutzpolitischen Umfeld nicht zuletzt durch eine verbesserte Ausbildung unserer Helfer und Mitarbeiter Rechnung – ich darf hier nur kurz die neukonzipierte aktualisierte Ausbildung für die Öffentlichkeitsarbeit erwähnen. Die Helfer des BVS haben in der Vergangenheit bewiesen, daß sie bereit und in der Lage sind, sich auf veränderte Bedingungen einzustellen; dies geht aber nur, wenn man auch bereit ist, eine Menge Zeit – die knappe und kostbare Freizeit – zu investieren. Das hat Auswirkungen auf den Familien- und Freundeskreis, und deshalb möchte ich Ihnen, verehrte Frau



Grabke, stellvertretend für die nach Tausenden zählenden Familienmitglieder der Ehrenamtlichen, für Ihr Verständnis und Ihre Geduld danken.

Ein Dank gebührt auch dem Arbeitgeber für seine Bereitschaft, Auswirkungen, die unvermeidbar von der ehrenamtlichen auf die berufliche Tätigkeit ausstrahlen, zu tolerieren; dies vor allem dann, wenn man es sich – wie Sie, Herr Grabke, als Bundeshelfervertreter – zur besonderen Aufgabe gemacht hat, auch die Belange der Helfer nach innen und außen zu vertreten.

Dreißig Jahre im Dienst der Menschen, dreißig Jahre ehrenamtliche Mitarbeit im BVS – Gelegenheit auch, für einen Ausblick auf die Zukunft: Wer die Weltlage aufmerksam verfolgt, wer nicht Utopie und Wunschdenken mit Realität verwechselt, der weiß, daß unser gesetzlicher Auftrag nach wie vor Bestand hat, daß sich Friedenspolitik und Wachsamkeit nicht ausschließen, sondern sich zu unserer eigenen Sicherheit ergänzen müssen. Die Art und Weise, wie wir unseren Auftrag erfüllen, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten mehrfach gewandelt, geblieben ist stets der Gedanke, den Selbstschutz auf freiwilliger Basis und nicht zuletzt durch freiwillige Mitarbeit zu verwirklichen. Ich gehe davon aus, daß dies auch so bleibt, wenn die gesetzlichen Vorgaben neu gefaßt werden.

Sie alle wissen von den Bestrebungen um ein neues Zivilschutzgesetz, das u. a. das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes aus dem Jahre 1968 ersetzen soll. Die äußeren und organisatorischen Bedingungen können und müssen wohl auch einem Wandel unterliegen; davon unbeeinflußt bleibt unser gemeinsames Eintreten für die Sache des Selbstschutzes zum Nutzen für die Gemeinschaft – für den Staat und den Bürger.

Wir wissen, daß der Selbstschutz keine leichte Aufgabe ist. Wir wissen, daß Selbstschutz nicht verordnet, sondern nur mit und durch Überzeugung erreicht werden kann. Der Beitrag der ehrenamtlichen Helfer des BVS ist nicht unerheblich, sie beweisen tagtäglich, daß staatsbürgerliches Engagement und positive Einstellung zu unserer Gesellschaft keine überholten Wertbegriffe sind.

Ich bitte daher Sie, Herr Grabke, und die Helfer des BVS, in diesem Sinne weiter Ihre Überzeugungsarbeit für unser gemeinsames Ziel zu leisten. An Ihrem heutigen Jubiläum möchte ich Ihnen als Person und als Vertreter der Helferschaft für die bisherige fruchtbare Mitarbeit danken; damit verbinde ich den Wunsch nach einem weiteren, engagierten Mitwirken aller ehrenamtlichen Kräfte unseres Verbandes.“

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Flensburg.** Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender verabschiedete in einer Feierstunde BVS-Facharbeiter Horst Walter in den Ruhestand. Walter war neun Jahre bei der BVS-Dienststelle Flensburg für die Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung zuständig. Der Scheidende übernimmt als ehrenamtlicher Mitarbeiter die Aufgaben eines BVS-Beauftragten für den Landkreis Schleswig-Flensburg. Darüber hinaus ist Walter als Zivilschutzbeauftragter des Amtes Oeversee und im Katastrophenabwehrstab des Kreises Schleswig-Flensburg tätig.

**Schleswig.** „Wir sind hier nicht mit Optimismus gefüttert worden, aber wir wissen jetzt, daß es falsch ist, in Resignation zu verfallen.“ Mit diesen Worten faßten die Teilnehmerinnen einer Wochenendtagung des BVS zum Thema „Zivilschutz“ ihre Eindrücke zusammen.

23 Mitglieder des Deutschen Frauenringes e.V. waren der Einladung gefolgt. Sie gehören den Vorständen der Ortsringe an, die es in den meisten größeren Städten Schleswig-Holsteins gibt. Die Gäste kamen nach den Vorträgen und einer Diskussion zu der Auffassung, daß es dringend nötig sei, „bei den Politikern und bei den Gemeinden nachzuhaken, was sie für den Zivilschutz tun“. Einige Teilnehmerinnen bekannten, daß sie mit einer gewissen „Anti-Stimmung“ zur Tagung gereist seien. Das Wissen, das sie jetzt gewonnen hätten, habe sie bestärkt: „Unser Blick darf nicht nur fixiert sein auf den einen ‚großen Schlag‘, sondern wir müssen uns darauf einstellen, daß es für viele Menschen außerhalb eines absolut tödlichen Radius einer Atomwaffe durchaus Schutzmöglichkeiten und Überlebenschancen gibt.“

Bedauert wurde auch, daß die Bemühungen des BVS von vielen Menschen als „Kriegstreiberei“ mißverstanden würden. Die Tagungsteilnehmerinnen erklärten sich darum bereit, ihr neu erworbenes Wissen zu vertiefen und weiterzuvermitteln. Schließlich, so wurde betont, gehe es beim Zivilschutz nicht nur um die Gefahrenabwehr und -bewältigung im Falle eines Krieges, sondern auch um Schutz und Hilfe im Katastrophenfall.

**Kiel.** Ein Umdenken in der Schutzbaupolitik hat in Kiel der Leiter des Arbeitskreises Nord der Deutschen Schutzbaugemeinschaft, Dietrich Theuerkauf, gefordert. Die Situation sehe „sehr trübe“ aus; die Bundesrepublik bilde bei der Ausstattung mit Schutzräumen für die Zivilbevölkerung das Schlußlicht in Europa. Nur drei Prozent der Bevölkerung

könnten in einem Verteidigungsfall solche Räume aufsuchen. Architekten und Statiker, so Theuerkauf, sollten bei Planungen neuer Gebäude Schutzräume einbeziehen. Dies verteuere den Bau nur um ein halbes bis ein Prozent.

BVS-Landesstellenleiter Dr. Heinrich Sahlender betonte während der Informationstagung, der Zivilschutz und damit der Schutzraumbau könne keine exklusive Aufgabe des Staates sein. Vielmehr werde der Zivilschutz nur dann wirkungsvoll, wenn staatliches Handeln und private Vorsorge einander sinnvoll ergänzten. Zivilschutz sei eine Angelegenheit der Partnerschaft zwischen Staat und Bürger. Sahlender bezeichnete es jedoch als wünschenswert, daß die Politiker, wenn schon der finanziellen Lage von Bund und Ländern heute enge Grenzen gesetzt seien, diesem Gedanken mehr Aufmerksamkeit widmen würden.

Schleswig-Holsteins Innenminister Karl Eduard Claussen ging auf die Aussagen Sahlenders ein. Er versprach, das ihm Mögliche zu tun, die Aktivitäten der behördlichen Instanzen zu verstärken. Ihm sei die Unabdingbarkeit des Zivilschutzes voll bewußt, betonte Claussen.

## Berichte aus Hamburg

**Hamburg.** BVS-Landesstellenleiter Kurt Morjan verabschiedete in einer kleinen Feierstunde Ingeborg Bruhns in den Ruhestand. Frau Bruhns begann 1971 als Schreibkraft bei der BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte. In den zwölf Jahren ihrer Tätigkeit beim Verband war Frau Bruhns eine gute Mitarbeiterin, stets hilfsbereit und kollegial.



Ingeborg Bruhns nimmt aus der Hand von BVS-Landesstellenleiter Kurt Morjan die Dankurkunde entgegen. (Foto: Keller)

## Nachruf

Am 9. Oktober 1983 verstarb unerwartet unser ehrenamtlicher BVS-Fachlehrer

### Werner Nehls

im Alter von 57 Jahren.

Die BVS-Dienststelle Hamburg-Süd hat mit ihm einen aktiven und geschätzten Mitarbeiter verloren, der seit 1972 für den Verband tätig war. Wir trauern um einen Freund und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.



## Quer durch Niedersachsen

**Westerstede.** Die Stadt Westerstede führte in Zusammenarbeit mit der BVS-Dienststelle Wilhelmshaven und allen Katastrophenschutz-Organisationen der Kreisstadt eine Selbstschutzwoche durch. Schirmherr Stadtdirektor Tapken eröffnete die Selbstschutzwoche mit der Ausstellung „Schutz und Wehr“.

Informationsveranstaltungen mit fachbezogenen Themen vor Mitgliedern des Verwaltungsausschusses der Stadt, Selbstschutz-Sachbearbeitern, Behörden selbstschutzleitern aus den Gemeinden des Landkreises Ammerland, Schulleitern und Vorsitzenden von Frauenorganisationen fanden ein positives Echo.

Neben Informationsständen ergänzten Schaufensterdekorationen zum Thema Selbstschutz und die Ausstellung „Hilfe durch Selbstschutz“ in der Schalterhalle der AOK Westerstede das Programm der Selbstschutzwoche.

Im Auftrage der Stadt zeigte ein Hersteller einen komplett eingerichteten Fertigungsschutzraum für 25 Personen in zylindrischer Ganzstahlbauweise auf dem Marktplatz.

Die Stadtverwaltung gab in einer „Selbstschutz-Fibel“ zahlreiche Empfehlungen und Informationen für „selbstschutzgemäßes Verhalten“. Daneben waren auch die Aufgaben der Selbstschutzberater und das Ausbildungsangebot des BVS aufgeführt.

Zusätzlich führte die Stadt ein „Selbstschutzquiz“ für alle interessierten Bürger durch. Ein Aufruf zu einem Fotowettbewerb während der Selbstschutzwoche fand allerdings nur wenig Anklang.

Den Abschluß der Selbstschutzwoche bildete ein „Tag der Katastrophenschutz-Organisationen“, verbunden mit einem Sicherheitswettbewerb. Die einzelnen Stationen in der Fußgängerzone waren durch THW, Feuerwehr, DRK, JUH, DLRG, Polizei, BVS und Mitarbeiter der Stadtverwaltung besetzt. Die Siegerehrung nahmen Stadtdirektor Tapken und BVS-Dienststellenleiter Pietz vor. Ein Platzkonzert des Spielmanns- und Fanfarenzuges der Freiwilligen Feuerwehr Bockhorn beendete den informationsreichen Tag.

**Kirchlinteln.** Der Gemeinde Kirchlinteln stehen nun acht Selbstschutzberater zur Verfügung, die nach der Absolvierung von vier Lehrgängen vom stv. Bürgermeister Friedhelm Hoins und Gemeindegeldirektor Gert Rickmeyer bestellt wurden. Rickmeyer zeigte sich erfreut darüber, daß in so kurzer Zeit Bürger für diese Aufgabe gefunden wurden.

Die Selbstschutzberater wollen zweimal im Jahr zu einem Erfahrungsaustausch zusammenkommen.

**Cuxhaven.** Für ihre Verdienste um den Verband wurden die langjährigen ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter Rudolf Gräber und Detlef Moltzen in einer Feierstunde geehrt. BVS-Landesstellenleiter Edgar Sohl wies in seiner Ansprache auf die Notwendigkeit der Mitarbeit der ehrenamtlichen BVS-Helfer hin. Nur so sei die Vielzahl der wahrzunehmenden Aufgaben zu erfüllen. Er überreichte Gräber und Moltzen je eine Urkunde und Ehrennadel für die verdienstvolle Arbeit.

**Brake.** Die Zusammenarbeit der Gemeinden mit dem BVS war das Thema eines Gesprächs mit Stadt- und Gemeindegeldirektoren des Landkreises Wesermarsch, an der auch Oberkreisdirektor Latz teilnahm.

BVS-Dienststellenleiter Pietz ging in seinen Ausführungen auf Schwerpunkte des Zivil- und Selbstschutzes unter besonderer Berücksichtigung des Landkreises Wesermarsch ein. Anhand zahlreicher Beispiele erläuterte Pietz, wie die Zusammenarbeit in der Praxis aussieht. Voraussetzung hierfür sei allerdings, daß in den Kommunen zunächst ein Selbstschutz-Sachbearbeiter benannt und ausgebildet werde, sagte Pietz. Einige der Verwaltungschefs sahen hierin angesichts der angespannten Haushalts- und damit auch Personallage die größte Schwierigkeit.

Von allen Teilnehmern wurde der Wunsch geäußert, auch weiterhin alle sich bietenden Möglichkeiten zur Information und Ausbildung der Bevölkerung zu nutzen.

**Esens.** Zum Thema „Selbstschutz – wichtiger Bestandteil des Zivilschutzes“ sprach BVS-Lehrer Lade, Wilhelmshaven, vor Mitgliedern des CDU-Ortsverbandes Esens. Lade informierte über die Aufgaben und Maßnahmen des Zivilschutzes in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ging er auch auf die gesetzlichen Grundlagen des Selbstschutzes als Teilbereich des Zivilschutzes sowie die Aufgaben der Städte und Gemeinden hierbei ein.

Lades Ausführungen stießen bei den Zuhörern auf großes Interesse, und die anschließende Diskussion förderte den Wunsch zutage, häufiger über diese Thematik zu sprechen.

**Wieda.** Dem ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter Erwin Gröger wurde das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

durch den Oberkreisdirektor des Landkreises Osterode/Harz ausgehändigt. Die Ehrung fand im kleinen Saal des Kurhauses in Wieda statt. Zahlreiche Vertreter aus Politik, Verwaltung, Kirche und verschiedenen Organisationen nahmen daran teil.

Der Oberkreisdirektor würdigte in seiner Ansprache neben Grögers Verdiensten im kommunalpolitischen Bereich auch sein Engagement für den Aufbau des Selbstschutzes im Landkreis Osterode.

Gröger gehört dem BLSV/BVS seit 1962 an. Neben der Aufgabe eines Fachlehrers nimmt er auch die eines BVS-Beauftragten für den Landkreis Osterode/Harz wahr. Gröger war lange Jahre BVS-Kreisstellenleiter in Braunlage und anschließend BVS-Beauftragter der Samtgemeinde Walkenried.

**Salzhemmendorf.** Eine Selbstschutzwoche führte die BVS-Dienststelle Hildesheim in Zusammenarbeit mit dem Flecken Salzhemmendorf durch. Den Auftakt bildete die Eröffnung der Ausstellung „Schutz und Wehr“ in den Räumen der Kreissparkasse.

BVS-Dienststellenleiter Harry Jankowski informierte die Besucher, darunter Ratsherren des Fleckens Salzhemmendorf, Kreistagsabgeordnete des Landkreises Hameln-Pyrmont, Behörden- und Betriebsleiter sowie Vertreter der Katastrophenschutz-Organisationen über die Aufgaben des BVS.

Straßenaktionen und Veranstaltungen des Gemeindegeldirektors mit Vertretern aus Behörden und Betrieben ergänzten das Programm der Selbstschutzwoche.

**Einbeck.** „Ich finde das gut, daß so etwas gemacht wird, sonst kann man ja nicht helfen, wenn mal etwas passiert.“ Nicht nur Beate Stevens, Schülerin der Teichenwegschule in Einbeck, reagierte positiv auf den Selbstschutz-Grundlehrgang, den BVS-Lehrer Franz Weiße-Blanke an der Schule durchführte. Insgesamt 95 Schüler nahmen an dem Lehrgang teil, der auf großes Interesse stieß und von Schulleiter Wolfgang Stelner als „echter Gewinn“ bezeichnet wurde.

Sofortmaßnahmen am Unfallort, Umgang mit Löschgeräten und Bergungsmaßnahmen standen u.a. auf dem Programm.

„Wir wollen den Schülern möglichst frühzeitig ins Bewußtsein bringen, daß die Gefahr überall existent ist“, erläuterte Weiße-Blanke den Zweck der Ausbildung. Im Vordergrund stand die Praxis, ganz im Sinne des Schulleiters, der im Rückblick auf einige Unfälle von Schülern die Auffassung vertritt, daß die Jugendlichen Hilfe zur Selbsthilfe benötigen.



## Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

**Arnsberg.** Rund 56000 Besucher wurden auf der 12. Hochsauerlandschau „IDU '83“, einer Ausstellung für Heim und Hobby, in Meschede gezählt. Gut besucht war auch der BVS-Ausstellungsstand „Waffenwirkungen und Schutzmöglichkeiten“. Neben ständigen Filmvorführungen war ein Tischcomputer eingesetzt, der interessierten Bürgern Antwort auf Fragen zum Schutzraumbau und zur Lebensmittelbevorratung gab.

Beim Eröffnungsrundgang konnte BVS-Dienststellenleiter Heinz Wortmann den Schirmherrn der Ausstellung, Landrat Rolf Füllgräbe, und Stadtdirektor Hans-Guido Classen am BVS-Stand begrüßen.

Außerdem wurde die Ausstellung „Selbstschutz ist Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers“ in den Volksbanken Welver und Geseke gezeigt. Rund 1000 Bürger besuchten die Bilderschau.

**Köln.** Die BVS-Dienststelle Köln zeigte die Ausstellung „Der Mensch im Mittelpunkt“ in der Bezirksverwaltungsstelle Köln-Chorweiler. Die Bilderschau sollte den Bürgern einen Eindruck vermitteln, was der einzelne für sich selbst und seine Familie im Falle einer Gefahr tun kann.

Im Rahmen dieser Ausstellung hatten die Selbstschutzberater aus dem Bereich der Bezirksverwaltungsstelle die Möglichkeit, sich den Bürgern vorzustellen. Durch die gute Zusammenarbeit mit Bezirksvorsteher Wolfgang Klee, dem Betreuer der Selbstschutzberater, Matthias Klawonn, und der gesamten Bezirksverwaltungsstelle ist es gelungen, eine Vielzahl von interessierten Bürgern an die Themen des Selbstschutzes heranzuführen.

**Bad Oeynhausen.** In der Zivildienstschule Bad Oeynhausen, einer Ausbildungsstätte, die unter der Aufsicht des Bundesamtes für Zivildienst arbeitet, werden in einmonatigen Kursen Zivildienstleistende auf ihre zukünftige Arbeit vorbereitet. Um diesem Personenkreis auch Kenntnisse über den Zivil- und Selbstschutz zu vermitteln, wurde zwischen der BVS-Dienststelle Herford und dem pädagogischen Leiter der Schule, Hanno Peter, vereinbart, in jedem Kurs BVS-Informationsveranstaltungen durchzuführen.

So war zum wiederholten Male ein Ausbildungsteam der BVS-Dienststelle im Einsatz, um diesen jungen Bürgern Einblick in eine Thematik zu geben, der sie oft kritisch gegenüberstehen. Das zeigten die in der Diskussion vorgetragenen

Meinungen, die oft recht lebhaft und kontrovers vertreten wurden.

„Nur das Wort ‚zivil‘ ist den Begriffen gemeinsam“, äußerte ein Kursteilnehmer, „aber es ist doch sehr interessant, einmal die Aufgaben des Zivil- und Selbstschutzes verständlich dargelegt zu bekommen.“

**Oberhausen.** Die BVS-Dienststelle Oberhausen führte in mehreren Stadtteilen Duisburgs eine Informationswoche durch. Mit sechs Ausstellungen und zahlreichen Informationsständen wurde die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf die Aufgaben des Selbstschutzes und der Selbsthilfe gelenkt.

Ein namhaftes Kaufhaus zeigte in seinen Verkaufsräumen die Ausstellung „Ihr Vorsorge-Paket“. Innerhalb der Bilderschau „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ war der Beratungs-Computer ein besonderer Anziehungspunkt. An elf Tagen informierten sich rund 560 Besucher über eine Lebensmittelbevorratung und die Möglichkeiten des Schutzraumbaus.

Insgesamt wurden in dieser Woche rund 18400 Bürgerinnen und Bürger angesprochen.

**Düsseldorf.** Vor Führungskräften der Universität Düsseldorf, unter ihnen der Vertreter des Kanzlers sowie Dekane, Mitglieder des Personalrates und Sicherheitsingenieure der vier Fakultäten, erläuterte BVS-Dienststellenleiter Meerkötter Ziele und Aufgaben des Zivilschutzes, insbesondere des Behördenselbstschutzes.

In der anschließenden Aussprache gab der Behördenselbstschutzleiter der Stadt, Vogelbusch, Hinweise und Anregungen aus seiner Praxis, in welchen Schritten der Aufbau des Selbstschutzes in der Universität vollzogen werden könnte. So wurde als erste Maßnahme beschlossen, in mehreren Aktionen unter den 3000 Mitarbeitern für den Gedanken des Selbstschutzes zu werben, um so die Einsicht zu wecken, daß die freiwillige Mitarbeit im Behördenselbstschutz der Universität eine humanitäre Arbeit für den Mitmenschen bedeutet.

**Münster.** Nach zwanzigjähriger hauptamtlicher Tätigkeit im BLSV/BVS trat Hans Faber in den Ruhestand. In einer Feierstunde, an der Vertreter der Stadtverwaltung Münster, verschiedene Katastrophenschutz-Organisationen und viele ehrenamtliche Helfer teilnahmen, überreichte BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann die Entlassungsurkunde.

In seiner Ansprache zeigte Eykmann die Stationen des beruflichen Werdegangs



BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann (rechts) überreicht Hans Faber die Entlassungsurkunde. (Foto: Fröse)

von Faber bei der Dienststelle Münster auf und dankte ihm für die geleistete Arbeit.

Faber wird weiterhin als ehrenamtlicher Fachlehrer und Redner zur Verfügung stehen und ist als BVS-Beauftragter für den Kreis Warendorf vorgesehen.

## Nachruf

Die BVS-Dienststelle Herford trauert um ihren ehrenamtlichen Mitarbeiter

### Günter Baum

der nach schwerer Krankheit im Alter von 58 Jahren verstarb.

Baum war seit 1957 als aktiver Helfer tätig und hat durch seinen engagierten Einsatz als Selbstschutz-Fachlehrer in der Stadt Bielefeld ganz wesentlich dazu beigetragen, der Bevölkerung Kenntnisse im Selbstschutz zu vermitteln. Auch als Selbstschutzberater stand Baum zur Verfügung. Er war eine geschätzte Persönlichkeit.

Sein früher Tod löste bei allen Mitarbeitern tiefe Betroffenheit aus.

## Hessenspiegel

**Gelnhausen.** Unter dem Motto „Damit Hilfe kein Zufall bleibt“ veranstaltete die BVS-Dienststelle Friedberg eine Pressekonferenz mit anschließender Vortragsveranstaltung in der Kinzighalle in Gelnhausen, Stadtteil Roth. Der Landrat des Main-Kinzig-Kreises, Hans Rüger, sowie Bürgermeister Jürgen Michaelis begrüßten die Gäste.



Pressekonferenz in der Kinzighalle (von links): BVS-Dienststellenleiter Aloys Wagner, Bürgermeister Michaelis, Landrat Rüger und der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Eyerkaufner.



Wiesbadens Oberbürgermeister Dr. Jentsch betonte in seinem Vortrag „Zivile Verteidigung – Achillesferse der Gesamtverteidigung“, daß man Gegnern, die ein Interesse daran hätten, uns in ihren Einflußbereich zu bringen, nur durch Abschreckung Halt gebieten könne. Dies sei nur dann zu realisieren, wenn militärische und zivile Verteidigung funktionierten. Nicht das Verdrängen der Probleme sei die Lösung, sondern nur der ständige Versuch, unseren Bürgern die Notwendigkeit des Zivilschutzes zu verdeutlichen.

## Aktuelles aus Rheinland-Pfalz

**Mainz.** Seit dem 1. Dezember 1983 ist Horst Hübner neuer Leiter der BVS-Dienststelle Mainz. Hübner, der seit 1979 die Dienststelle Koblenz leitete, hat dort reiche Erfahrungen erworben.

Der neue Dienstbereich umfaßt neben der Landeshauptstadt Mainz die kreisfreien Städte Mainz und Worms, den Landkreis Mainz-Bingen mit den Städten Bingen und Ingelheim sowie acht Verbandsgemeinden, den Landkreis Alzey-Worms mit den Städten Alzey und Osthofen und fünf Verbandsgemeinden, den Landkreis Bad Kreuznach mit den Städten Bad Kreuznach und Kirn sowie neun Verbandsgemeinden und den Rhein-Hunsrück-Kreis mit der Stadt Boppard und sechs Verbandsgemeinden.

**Kaiserslautern.** Adolf Hable und Paul Bayer, Mitarbeiter der Bundeswehr-Standortverwaltung Baumholder, sowie die ehrenamtlichen BVS-Helfer Günther Marx und Horst-Manfred Röper wurden von BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet.



Freudige Gesichter nach der Auszeichnung (von links): BVS-Landesstellenleiter Hans-Dieter Awiszus, Paul Bayer, Adolf Hable, Manfred Röper, Günther Marx, BVS-Dienststellenleiter Hilmar Matheis.

Hable und Bayer arbeiten seit 1966 bzw. 1975 mit der BVS-Dienststelle Kaiserslautern zusammen. Sie haben sich um

den Aufbau des Behördenselbstschutzes der Bundeswehr verdient gemacht und der BVS-Dienststelle im Raum Baumholder und Birkenfeld viele Wege erleichtert sowie neue Kontakte ermöglicht.

Marx und Röper zählen zu den ältesten Helfern der Dienststelle, beide sind sehr engagierte und vorbildliche Mitarbeiter.

## Saarland-Rundschau

**Saarbrücken.** Die „Friedensdiskussion“ der vergangenen Monate machte sich auch bei den zahlreichen Informationstagungen, die die BVS-Landesstelle durchführte, bemerkbar. So wollten beispielsweise einige Mandatsträger, die noch zuvor ihr Interesse bekundet hatten, nicht mehr mit Fragen des Zivilschutzes konfrontiert werden, weshalb sie teilweise auch den Einladungen nicht folgten.

Es galt daher, die humanitären Aspekte und die Notwendigkeit des Zivilschutzes, insbesondere aber des Selbstschutzes, noch intensiver deutlich zu machen. Offenbar sind die realistischen und überzeugenden Darlegungen nicht ohne nachhaltige Wirkung geblieben, denn in den beiden letzten Monaten hatte die BVS-Landesstelle bei den extern durchgeführten Informationstagungen wieder ein volles Haus. Dabei zeigten sich die Teilnehmer äußerst kritisch und diskussionsfreudig, wobei es gelang, die zum Teil sehr ausgeprägten Vorurteile abzubauen.

Fast alle Mandatsträger sprachen sich für eine Intensivierung des Selbstschutzes in ihren Gemeinden aus und bekundeten gleichzeitig die Bereitschaft, sich fördernd für das Zustandekommen von Informations- und Ausbildungsveranstaltungen einzusetzen. Es müsse, so meinten viele Tagungsteilnehmer, noch viel mehr als bisher getan werden, um die Bevölkerung richtig aufzuklären. Nur dadurch könne weitgehend zu einer Aufgeschlossenheit und Mitarbeit des Bürgers in den verschiedenen Bereichen beigetragen werden.

Inzwischen konnte die Landesstelle ein weiteres Ansteigen des Interesses an den Informationstagungen „Zivilschutz“ verzeichnen. Erfreulich hierbei ist die Tatsache, daß aus einigen Gemeinden, in denen bislang keinerlei Interesse festzustellen war, nunmehr zahlreiche Mandatsträger um Einladung zu solchen Tagungen gebeten haben.

Im Laufe des Jahres 1984 sollen über 20 derartige Veranstaltungen durchgeführt werden.

## Bayern heute

**Weismain.** Der BVS führte im Sitzungssaal des Rathauses Weismain ein Wochenendseminar durch. Ziel der Veranstaltung war die Vermittlung von Informationen über die Aufgaben des Zivilschutzes mit seinen Teilbereichen, insbesondere des Selbstschutzes.



Führungskräfte des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr, Region „Oberfranken-West“, besuchen ein Informationsseminar des BVS. (Foto: Kaplan)

Teilnehmer waren Führungskräfte des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr der Region „Oberfranken-West“. Als Referenten sprachen BVS-Fachgebietsleiter Fritz Polster und BVS-Fachlehrer Gerhard Rusniack.

**Marktoberdorf.** Zur Intensivierung des Selbstschutzes auf Gemeindeebene führte die BVS-Dienststelle Kaufbeuren im Landratsamt Ostallgäu in Marktoberdorf einen gut besuchten Selbstschutz-Grundlehrgang für Selbstschutzberater durch. In monatlichen Abständen folgen die Selbstschutz-Ergänzunglehrgänge „Wohnstätten“ und „ABC-Schutz“. Für 1984 ist eine Wochen-Blockausbildung, u. a. mit einem Selbstschutz-Ergänzunglehrgang „Landwirtschaft“, bereits vereinbart.



BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalzl (Bildmitte links) führt den neuen BVS-Beauftragten für den Landkreis Ostallgäu, Paul Ruf, in sein Amt ein. (Foto: Walther)

In der Eröffnungsrede stellte der Hausherr, Landrat Adolf Müller, die Bedeutung des Selbstschutzes und das soziale Engagement der Selbstschutzberater besonders heraus. BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalzl führte bei dieser Gelegenheit den neuen BVS-Beauftragten für den Landkreis Ostallgäu, Paul Ruf, in sein Amt ein.



## GZS erweitert ihr Angebot

Im zurückliegenden Jahr wurden zunehmend neue Wünsche an die Gesellschaft für den Zivilschutz in Berlin e. V. (GZS) herangetragen. Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit war vor allen Dingen das Interesse auf die wenigen Großschutzanlagen in Berlin gerichtet. So wurden häufig nach Informationsvorträgen Schutzraumbesichtigungen durchgeführt.

Eine Maßnahme der Öffentlichkeitsarbeit, der Versand der Broschüre „Der Selbstschutz in Behörden“, wirkte sich auf den Ausbildungssektor aus. Die Verwaltungsakademie des Landes Berlin hat im Rahmen der Aus- und Fortbildung der Behördenbediensteten in ihr Veranstaltungsprogramm unter anderem das Seminar „Brandschutz und Sicherheit in öffentlichen Dienstgebäuden“ aufgenommen. Die Akademie führte in der zurückliegenden Zeit dieses zehnstündige Seminar in Verbindung mit der Berliner Feuerwehr (Feuerwehrscheule) durch. Da die Berliner Feuerwehr aus personellen Gründen nur ein Seminar je Semester anbieten konnte, kam das Ausbildungsangebot der GZS der Akademie sehr gelegen. Nach mehreren Besprechungen legte die Gesellschaft

einen Seminarplan zur Schulung von Brandschutzbeauftragten und Brandschutzobleuten aus allen Verwaltungen vor. Der Themenplan wurde mit geringfügigen Änderungswünschen akzeptiert.

Die Themenzusammenstellung und die Art der Durchführung haben zwischenzeitlich auch andere Institutionen aufmerksam werden lassen. So wurden weitere Seminare in gewerblichen Unternehmen und mit dem Technischen Überwachungsverein durchgeführt. Für das neue Jahr sind Seminare auch für den Bereich der großen Berliner Hotel-Betriebe sowie für Wachgesellschaft vorgesehen.

Diese Aktivitäten sowie eine neue Brandschutzordnung des Senators für Inneres motivierten in den zurückliegenden Monaten Verwaltungen wie Betriebe, die eigenen Sicherheitsmaßnahmen im Hinblick auf Brand- und Explosionsgefahren zu überprüfen. Eine Konsequenz war eine zunehmende Zahl von Räumungsübungen. Auch aus diesem Bereich hat sich die Berliner Feuerwehr, bedingt durch die Personalknappheit, zurückgezogen; die GZS ist bemüht, die entstandene Lücke zu füllen.

## Jahresbilanz für 1983

Das vergangene Jahr schloß für die GZS mit einem unerwartet hohen Ergebnis, was die Gesamtzahl der Veranstaltungen anbetrifft, ab. Erstaunlich ist an dem Ergebnis — insgesamt 526 Veranstaltungen —, daß das erste Halbjahr, wenn auch geringfügig, im Ergebnis unter dem Vergleichszeitraum 1982 lag. Einen bedeutenden Anteil an den Veranstaltungen hatte der Bereich der Informationsvorträge, der Schutzraumbesichtigungen sowie der Straßenaktionen.

Hier wirkte sich die aktuelle politische Diskussion aus. Zahlreiche Personengruppen und Vereinigungen aller Art, vor allem aber immer wieder die verschiedenen Friedensinitiativen, machten regen Gebrauch vom Informationsangebot der GZS. Nachdem die Veranstaltungen mit den Friedensinitiativen, noch im Jahre 1982 sachlich durchgeführt, zunehmend unsachlicher wurden, wäre es logisch gewesen, derartige Veranstaltungswünsche konsequent abzulehnen.

Nach ausgiebigen Erörterungen im Mitarbeiterkreis und im Vorstand der GZS wurde jedoch entschieden, jedem Veranstaltungswunsch Rechnung zu tragen. Hintergrund für diese Entscheidung war, daß zu jeder Veranstaltung auch Außenstehende erschienen, um sich zu informieren. Dieses Feld der Information den Gegnern des Zivilschutzes zu überlassen, wäre ein großer Fehler.

Aber es blieb nicht aus, daß sich ein Teil der Aktivitäten der Friedensbewegung in Berlin gegen die Gesellschaft für den Zivilschutz richtete. Der Versuch, das Wirken der GZS einzuschränken, und auch der Versuch, den Zivilschutz ins Lächerliche zu ziehen, scheiterten aber völlig.

## Atemschutz im Selbstschutz

Eine Übung der GZS in Zusammenarbeit mit einer Betriebsfeuerwehr zeigte nicht unerhebliche Mängel, insbesondere im Bereich des Atemschutzes auf (berichtet in Heft 11/83 des Zivilschutzmagazins). Die Gesellschaft hat hieraus sehr schnell Konsequenzen gezogen und die erforderlichen Atemschutzgeräte beschafft. Zu den technisch aufwendigen Geräten gehören zwei Preßluftatmer mit je einer Reserveflasche, zwei Sauerstoffselbstretter und zwei Fluchthauben.

Entscheidend ist nicht die Beschaffung der Geräte, die noch um 30 Panoramamasken und 60 Kombinationsfilter sowie 10 Kohlenmonoxidfilter ergänzt wurden, sondern die Ausbildung der Mitarbeiter an den Geräten. Dabei ist wichtig, daß die eigenen Ausbildungskräfte, vor allem die Fachlehrer, haupt- wie ehrenamtlich, medizinisch untersucht werden und die Atemschutztauglichkeit bescheinigt wird. Gemäß einer Absprache erfolgt die Untersuchung bei der Berliner Feuerwehr. Voraussichtlich werden auch die vom Gesetzgeber geforderten weiteren Untersuchungen dort vorgenommen werden. Erst nach erfolgter Untersuchung ist die eigentliche Einweisung in die Geräte vorzunehmen. Künftige Übungen von Haus- und Betriebsfeuerwehren werden damit wesentlich sicherer.

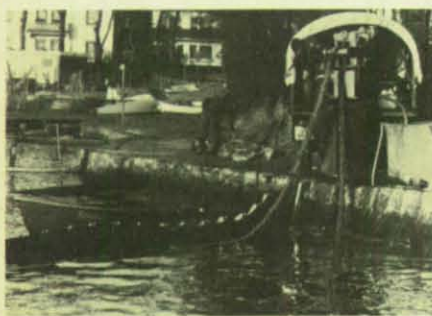


Schleswig-Holstein



## Altöl floß in den Hafen

**Neustadt.** Zwischen drei und fünf Tonnen Altöl sind bei einem großen Ölunfall im Dezember 1983 im Stadthafen von Neustadt ins Hafenwasser geflossen. Dieser Ölschaden, zu dem der 1. THW-Instandsetzungszug aus Neustadt alarmiert worden war, ist nach Angaben des Hafenmeisters der bislang größte in der Geschichte des Hafens.



Die THW-Ölwehr mit dem „Mopmatic-Wringer“ im Einsatz.



THW-Helfer beim Abschöpfen des Öls mit der Spezialschaufel. (Fotos: Behrens)

Die Helfer der THW-Ölwehr, die über Funkmeldeempfänger und Telefon zum Einsatz gerufen worden waren, arbeiteten fast drei Tage lang „rund um die Uhr“ an der Beseitigung dieser Großverschmutzung. Über 200 Meter Ölsperren und zahlreiche Spezialgeräten der vom Kreis Ostholstein beschafften und beim THW-OV Neustadt stationierten Ölwehr kamen zum Einsatz. Viele Wasservögel konnten von den THW-Helfern und der Wasserschutzpolizei nur noch tot geborgen werden.

C. B.

## Arbeitstagung mit Schwerpunkt Jugendarbeit

**Büsum.** Am letzten Wochenende im November fand in Büsum unter Leitung des THW-Landesbeauftragten für Schleswig-Holstein eine Arbeitstagung statt, an der u. a. alle ehrenamtlichen Kreis- und Ortsbeauftragten sowie die hauptamtlichen Geschäftsführer des Landesverbandes teilnahmen.

Zur Tagung angereist waren auch THW-Direktor Hermann Ahrens und Ltd. Regierungsdirektor Ferdinand Ständer. Ebenfalls anwesend war Bürgermeister a. D. Kurt Semprich in seiner Eigenschaft als Landesvorsitzender der THW-Helfervereinigung.

Der Schwerpunkt der Tagung lag auf der Jugendarbeit des THW, da auf diesem Gebiet eine bedeutsame Änderung eintrat.

Die THW-Jugendgruppen wurden nämlich mit Beginn des Jahres 1984 in dem neuen Jugendverband „THW-Jugend“ zusammengeschlossen. Die Trägerschaft für diesen Jugendverband übernahm die THW-Helfervereinigung e. V.

Anläßlich der Bundesversammlung der THW-Helfervereinigung in Ahrweiler am 29. Oktober 1983 wurde die Jugendordnung der „THW-Jugend“ beschlossen und verabschiedet. Ständer informierte die Tagungsteilnehmer in Büsum ausführlich über Sinn und Zweck der Neuordnung. Er betonte dabei ausdrücklich, daß die Jugendarbeit im THW nicht etwa „auf den Kopf gestellt“ werde, vielmehr bleibe die Jugendgruppe nach wie vor in erster Linie Bestandteil des THW-Ortsverbandes. Ziel des Zusammenschlusses im neuen Jugendverband der THW-Helfervereinigung e. V. sei es, eine stärkere allgemeine Jugendpflege zu ermöglichen und neue Geldquellen zu erschließen. Die THW-Jugendgruppen würden durch den Zusammenschluß hinsichtlich ihrer Aufgaben und Förderung sowie der Mitgliedschaft z. B. in Landes- und Kreisjugendringen anderen Jugendverbänden, wie beispielsweise der Feuerwehrjugend oder dem Jugendrotkreuz, gleichgestellt.

Die „THW-Jugend“, so führte Ständer weiter aus, werde ihre Aufgaben im Rahmen der eigenen Jugendordnung selbständig wahrnehmen. Die Rechte und Pflichten der Jungshelfer gegenüber der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk werden allerdings hiervon unberührt weiterhin bestehen bleiben.



Schwerpunktthema der Tagung ist die THW-Jugendarbeit (von rechts): Ltd. Regierungsdirektor Ständer, Landesbeauftragter Meier, THW-Direktor Ahrens, Landessprecher Meyer, die Hauptgeschäftsbereichsleiter Blumentritt und Willutzki. (Foto: Voß)

Direktor Ahrens stellte zur Neuordnung der Jugendarbeit u. a. fest, daß es in Zukunft keine starre Festschreibung der Jugendgruppen – wie bisher – geben werde. Im Bereich des THW werden die Rechte und Pflichten des Jungshelfers durch die „Richtlinie über die Jugendarbeit in der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk“ geregelt.

In Kurzvorträgen wurden die THW-Orts- und Kreisbeauftragten auch über organisatorische und verwaltungsmäßige Belange sowie über Fragen der Ausbildung informiert.

Außerdem machte Dipl.-Soziologe Wolf Dombrowsky von der Christian-Albrechts-Universität in Kiel die Tagungsteilnehmer mit interessanten Ergebnissen einer von ihm durchgeführten Untersuchung (Befragung) betreffend „Führung und Einsatz des Katastrophenschutzes anläßlich der Schneekatastrophe 1978/79“ bekannt.

Bei dieser Untersuchung, so der Referent, sei nach drei Hierarchie-Ebenen unterschieden worden: Helfer, Führungskräfte und Stab (HVB). Die Untersuchung habe u. a. ergeben, daß bei den Angehörigen der verschiedenen Ebenen eine Diskrepanz in der Motivation bestehe. Dieses sei bedingt durch die unterschiedlichen Informationshorizonte. Während die praktische Seite (Helferschaft) bei einem Einsatz gewillt sei zu handeln, warte die Führung (Stab, Kreis) ab, um Verantwortlichkeiten festzustellen, Kosten abzuschätzen und ähnliche Dinge zu klären. Auch habe die Untersuchung ergeben, daß im Einzelfall mehr Information für alle erforderlich sei.

Eine weitere, wichtige Erkenntnis aus der Untersuchung sei, daß die Führungskräfte aller Hilfsorganisationen wesentlich besser trainiert werden müßten.

Dombrowsky will die Studie allen Interessierten zur Verfügung stellen. W. V.





## Übung im Abbruchhaus

**Hamburg.** Der Initiative eines Helfers des THW-BV Hamburg-Mitte ist es zu verdanken, daß zur Vorbereitung auf eine Katastrophenschutzübung die Bergungszüge des Bezirksverbandes in einem Abbruchhaus wirklichkeitsnah üben konnten.

Der Gebäudekomplex eines ehemaligen Krankenhauses muß dem Neubau einer Hochschule weichen. Ein Unternehmen hatte schon mit dem Abbruch begonnen und somit eine realistische Anlage für die Übung geschaffen. Im Wechsel der Züge und Gruppen wurden das Eindringen, Erkunden und Bergen aus Höhen und Tiefen geübt, wobei die Eigensicherung der Helfer besonders beachtet wurde. Abgerundet wurde die Ausbildung durch das Herstellen von Mauerdurchbrüchen.



Ein idealer Übungsplatz: ein abbruchreifes Krankenhaus. (Foto: Wieczorek)

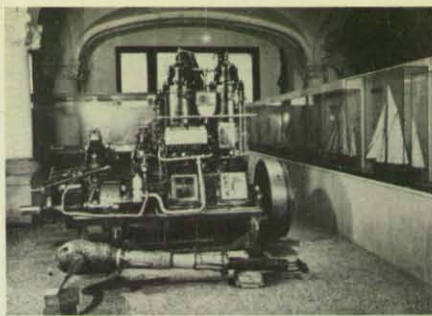
Leider bestehen nicht immer solche guten Voraussetzungen, um die Helfer an das Arbeiten in Trümmern und angeschlagenen Häusern zu gewöhnen. Es wäre wünschenswert, wenn die Verwaltung dem THW öfter ähnliche Objekte für die Ausbildung anbieten würde.

P. W.

## THW-Bezirksverband Altona transportierte Schiffsmaschine

**Hamburg.** Das Altonaer Museum hatte nach langer Suche endlich Erfolg: Der Leiter der Schiffsabteilung, Dr. Meier-Friese, war seit langem um einen alten Glühkopf-Schiffsmotor bemüht. In dem Wrack eines norwegischen Schiffes fand er genau das gesuchte Modell. Dieser Motor in der Bauweise der zwanziger Jahre stellt eine willkommene Ergänzung der Sammlung des Museums dar. Die Maschine, ein Zweizylinder, hat ein Gewicht von ca. fünf Tonnen.

Das THW wurde gebeten, im Rahmen seiner Ausbildung „Bewegen von Lasten“ diesen Block zu transportieren.



Ein schwerer Brocken: Der Schiffsmotor steht auf seinem Platz. (Foto: Altonaer Museum)

Die Maschine wurde mit Lkw von einer Hamburger Werft abgeholt, die sie in ihrer Lehrlingswerkstatt überholt und als Schaustück hergerichtet hatte. Das THW brachte sie bis in den Museumshof. Dort wurde der Schiffsmotor vom 20-Tonnen-Kran der Berufsfeuerwehr abgeladen.

Aufgabe der Helfer war es nun, den Motor zu seinem endgültigen Platz im Museum zu transportieren. Um 20.00 Uhr begannen die Arbeiten. Mit Greifzügen, Winden und Panzerrollenlagern war das erste Stück des Weges relativ schnell geschafft. Die Überwindung einer Stufe brachte allerdings erhebliche Schwierigkeiten, da der Motor nur um wenige Grade aus der Senkrechten gekippt werden konnte, ohne instabil zu werden.

Behutsam wurde an der unter der Last des Motors abbröckelnden Stufenkante die Maschine vorgeschoben und auf der unteren Ebene durch Pallungen aufgefangen. Nach vorsichtigem Weiterziehen wurde dann auch der hintere Teil der Maschine auf hohe Pallungen gelagert und langsam abgepalmt. Diese Arbeiten waren sehr zeitraubend. Anschließend waren auf der unteren Ebene nur noch wenige Meter zurückzulegen. Am frühen Morgen, ca. 0.30 Uhr, stand der Motor genau auf dem Kreidestrich, der seinen endgültigen Standort markierte. D. B.

## THW-Führungskräfteseminar im Warnamt I

**Hamburg.** Zum sechsten Male fand das Führungskräfteseminar des THW-Landesverbandes Hamburg im Warnamt I, Hohenwestedt, statt. Schwerpunkt des Seminars waren diesmal die STAN-Ausstattung und Ausrüstung des Bergungs- und Instandsetzungszuges sowie der Ergänzungseinheiten. Es wurde dazu ein Verlastungsversuch mit Fahrzeugen der AÖ-Gruppe durchgeführt. Vom Bundesamt für Zivilschutz waren die Regierungsdirektoren Krutzki und Henkel sowie Peter Cronenberg, Mitarbeiter im Referat THW 4, anwesend, um den Führungskräften die neuesten Informationen zu geben und Perspektiven für die kommenden Jahre aufzuzeigen. Krutzki informierte über die Neuordnung

der Jugendarbeit und allgemeine Fragen der Organisation.

Leitender Polizeidirektor Breuer, Behörde für Inneres, referierte über die neue KatS-Ordnung in Verbindung mit Gliederung und Aufgaben des zentralen Katastrophenschutzdienststabes. Viele Fragen der Führungskräfte zeigten, wie wichtig diese Themen sind. Branddirektor Glor, Chef der Ausbildungsabteilung der Feuerwehr, referierte über die Neuordnung der Ausbildung des Bergungsdienstes unter Würdigung verschiedener praktischer Aspekte. Auch hier schloß sich eine lebhafte Diskussion an.



Die Seminarteilnehmer im Warnamt I. (Foto: Krüger)

Den Abschluß der fachbezogenen Themen bildete ein Vortrag aus dem Bereich der Sicherheitspolitik, vorgetragen durch Offiziere des Standortkommandos Hamburg. Neben Fragen der Bundeswehr im Bündnis wurde insbesondere die Ausrüstung und Ausstattung der „Pioniertruppe“ vorgestellt.

Zum zweiten Male nahmen auch 15 Bergungszugführer der Freiwilligen Feuerwehr Hamburg an dem Seminar teil.

A. K.



## THW-Instandsetzungsdienst demonstrierte Einsatzfähigkeit

**Bremen-Lesum.** „Der THW-Instandsetzungsdienst führt im Katastrophenfall an Versorgungsleitungen und Abwassersystemen Reparaturarbeiten durch, die für die Versorgung der Bevölkerung und für die Aufrechterhaltung der Produktion lebenswichtiger Güter in Betrieben erforderlich sind. Die Instandsetzungen erfolgen unter Aufsicht und in Zusammenarbeit mit den jeweiligen örtlichen Versorgungsunternehmen.“ Das betonte in seiner Begrüßungsrede THW-Landesbeauftragter Dirk Göbel. Er hatte Vertreter der Stadtwerke Bremen und Bremerhaven, der Feuerwehr, der Bundeswehr und des Senators für Inneres zum THW-



OV Bremen-Vegesack eingeladen, auf dessen Gelände an der Peenemünder Straße ein Instandsetzungszug und eine Notstrom- und Pumpengruppe ihr Können in einer Einsatzübung unter Beweis stellten.



Fachkundig begutachten die Besucher die Ausrüstung des THW. (Foto: Wicher)

Das fachkundige Publikum zeigte sich von der Leistungsfähigkeit des THW beeindruckt. Den interessierten Zuschauern wurden unter anderem das Abdichten einer Schadensstelle in einem Abwasserkanal und die Möglichkeiten der Trinkwasser-Aufbereitung vorgeführt und eingehend erläutert. Die Elektro-Gruppe zeigte Notfall-Maßnahmen zum schnellen Wiederaufbau einer unterbrochenen elektrischen Versorgung. Die Notstrom- und Pumpengruppe stellte ihr neuestes Gerät vor. U. W.

Niedersachsen



### Vielseitige Drei-Tage-Übung in Hoya

**Wunstorf.** Freitag, 14.30 Uhr: Endlich ist es soweit, die lange geplante dreitägige Übung des THW-OV Wunstorf beginnt. Teile des 3. Instandsetzungszuges und der Verpflegungstrupp rücken als Vorkommando ab. Das Ziel ist der Wasserübungsplatz der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.

Gleich nach dem Eintreffen auf dem Übungsgelände wird mit dem Aufbau des Küchenzeltes, dem Herrichten der Schlafstätten sowie dem Aufstellen von Beleuchtungsgeräten begonnen. Zwei zum Vorkommando gehörende Sprechfunker richten im VW-Kombi eine Fern-



Die Pontonfähre für die Ausbildung „Fahren auf dem Wasser“ ist aufgerüstet. (Foto: Lenhardt)

meldestelle für die Übungsleitung und eine Fernsprechstelle direkt am Ufer der Weser ein. Etwa zwei Stunden nach dem Vorkommando treffen zwei Fährenführer und eine Fährenführerin aus Hameln ein, die sich bereit erklärt haben, die Wunstorfer Bootsführer zu unterstützen.

Als gegen 21.00 Uhr der 1. und 2. Bergungszug des Landkreises Hannover in Hoya eintreffen, ist die Abendverpflegung zubereitet.

Noch während des Abendessens trifft das Vorkommando der 3. Sanitätsbereitschaft des Landkreises Hannover ein, die sich an dieser Übung beteiligen wird.

Am Samstagmorgen werden die Züge in ihre Aufgaben eingewiesen. Der 1. Bergungszug erstellt aus Fässern und Hölzern behelfsmäßige Flöße. Der 2. Bergungszug rüstet unter Anleitung der Boots- und Fährenführer die Mehrzweckboote sowie die Fähre auf. Dann beginnt die praktische Ausbildung „Fahren auf dem Wasser“. Der 3. Instandsetzungszug des Landkreises Hannover besichtigt unterdessen das Übungsgelände der Katastrophenschutzschule für später geplante Ausbildungen.

Die Sprechfunker nehmen im 2-m-Band den Sprechfunkbetrieb auf, so ist der Ortsbeauftragte als Übungsleiter ständig über den Ablauf der Arbeiten informiert. Während die Züge ihren Arbeiten nachgehen, vervollständigen die Kraftfahrer ihre Kenntnisse an den neuen Fahrzeugen und üben das Rangieren mit Anhängern. Zwischenzeitlich trifft auch die 3. Sanitätsbereitschaft ein. Sie führt zunächst eine eigene Übung durch.

Gegen Mittag wird das THW über Funk vom DRK, wie vorher abgesprochen, zur Hilfeleistung angefordert. Es müssen geborgene „Verletzte“ von einem bereits vereinbarten Punkt abgeholt und über die Weser gebracht werden.

Drei Mehrzweckboote legen ab, um diesen Auftrag auszuführen.

Nach der Mittagspause tauschen die Bergungszüge die Aufgaben. Im Verlauf des Nachmittags kommt dann ein stärkerer Wind auf, so daß die Weser stellenweise erheblichen „Wellengang“ aufweist. Die Bootsführer werden unter diesen Bedingungen voll gefordert und können zeigen, was sie gelernt haben. Der Instandsetzungszug übt mit der Schmutzwasserpumpe, die Kraftfahrer setzen ihre Weiterbildung an den Fahrzeugen fort.

Für den Vormittag des letzten Tages ist das Reinigen und Verlasten der benutzten Geräte angesetzt. Eine parallel stattfindende Funkübung des Landkreises Hannover muß von den Sprechfunkern

der beiden Bergungszüge abgebrochen werden, da die aufgenommenen Funkverbindungen zu den anderen Einheiten des Landkreises infolge des ungünstigen Standortes immer wieder abreißen.

Gegen 13.00 Uhr wird der Rückmarsch angetreten. Bei einem Technischen Halt kurz hinter Nienburg ereignet sich zwischen zwei Personenkraftwagen ein Auffahrunfall. Die Unfallstelle wird bis zum Eintreffen der Polizei abgesichert. Da die beiden Fahrzeuge ineinander verkeilt sind, werden sie mit Hilfe der Seilwinde eines Gerätekraftwagens auseinandergezogen. Kurz vor 16.00 Uhr erreichen alle Züge die Unterkunft in Wunstorf. T. L.

### Maßarbeit bei Kaminsprengung

**Lüchow-Dannenberg.** Pünktlich um 15.00 Uhr endete das Dasein eines über 20 Meter hohen Ziegelei-Schornsteins in Güstritz, in dessen oberem Drittel sich schon einige gefährliche Kurven „eingeschlichen“ hatten. THW-Sprengberechtigter Hans Joachim Ragotzky hatte wieder einmal Gelegenheit, sein Fachwissen in die Tat umzusetzen und leistete dabei ganze Arbeit.



Die Sprengung ist ausgelöst: Der Kamin fällt genau in die vorausberechnete Richtung. (Foto: Kroll)

Zur Berechnung der Sprengstoffmenge, es sollte mit Ammon-Gelit 3 gesprengt werden, wurde Schornsteinumfang, Wandstärke und Gesteinhärte ermittelt. Wegen der vom Besitzer des Geländes gewünschten Fallrichtung des Kamins, er sollte zwischen den ehemaligen Brennofen und die Trockenöfen fallen, entschloß sich Ragotzky, die Fallschlitzmethode anzuwenden.

Als Zeitpunkt für die Sprengung wurde Samstag, der 19. November 1983, festgelegt. Doch dieser Termin mußte verschoben werden, da unbekannte Täter erfolglos versucht hatten, in das Sprengstofflager bei Soltau einzudringen. Dabei hatten sie das Schloß der Eingangstür derart demoliert, daß es nicht mehr möglich war, mit dem Originalschlüssel die Tür zu öffnen.

So benügten sich die THW-Helfer unter Leitung von Zugführer Eberhard Wolter und Sprengberechtigtem Hans Joachim



Ragotzky am 19. November damit, die notwendigen Vorarbeiten zu erledigen. Die Bohrlöcher zur Aufnahme des Sprengstoffs wurden gebohrt, die Fallschlitzte seitlich am Schornstein gestemmt.

Am Samstagmittag, dem 26. November, war es dann soweit. Die Sprenghelfer unter Aufsicht des Sprengmeisters begannen damit, die Sprengpatronen in die vorher genau berechneten Sprengstoffstangen einzubringen. Die fertigen Sprengladungen brachte Sprengmeister Ragotzky selbst in die vorbereiteten Bohrlöcher ein, die er anschließend mit feuchten Papiernudeln fest verdämmte. THW-Zugführer Eberhard Wolter sorgte dafür, daß der Splitterschutz aus Strohballen rechtzeitig zur Stelle war und mit Bindedraht um den Schornstein gelegt wurde. Inzwischen hatten sich alle Zuschauer aus dem Sicherheitsbereich entfernt.

Die Feuerwehr Wustrow, die Hastra und das DRK waren aus Sicherheitsgründen gebeten worden, an der Sprengung teilzunehmen.

Nach dem Durchmessen der Zündleitung stand der Sprengung nichts mehr im Wege, und THW-Sprengmeister Ragotzky löste nach Auszählen der letzten Lebenssekunden des Kamins die Sprengung pünktlich um 15.00 Uhr aus. In einer Staubwolke fiel der Schornstein genau in die vorher berechnete Richtung. H. K.

### St. Niklaas kam mit THW-Boot

**Wittlage.** Auch wenn ausländische Familien das Weihnachtsfest nicht in ihrem Land feiern können, so wollen sie doch nicht auf heimatische Bräuche verzichten. Die Wittlager THW-Helfer konnten mit dazu beitragen, daß den Familien der niederländischen NATO-Angehörigen eine Freude bereitet wurde.

Der niederländische Sozialdienst hatte sich an die Außenstelle des Wasser- und Schiffsamts, die Wasserschutzpolizei und an das THW in Osnabrück und Wittlage gewandt, bei der Gestaltung der Weihnachtsfeier fern der Heimat mitzuhelfen. Aufgabe des THW-OV Wittlage war es, mit seinem großen Mehrzweckboot den Nikolaus, in dessen Rolle ein niederländischer NATO-Offizier „geschlüpft“ war, und seine Mohren, die „Pietches“, auf dem Wasserweg in den Bramscher Hafen zu fahren.

Bei der Dienststelle der Wasserschutzpolizei hießen die Niederländer die THW-Helfer und die Angehörigen des Wasser- und Schiffsamtes sowie der Wasserschutzpolizei willkommen. St. Niklaas und seine wohl 20 Pietches bestiegen dann die Boote des THW und

der Wasserschutzpolizei, und im Konvoi ging die Fahrt in Richtung Kanalhafen Bramsche. An den Kanalufeln standen viele Schaulustige, und wo immer es möglich war, verteilten die Pietches Süßigkeiten an die Kinder.

Für die Jugendgruppe des THW-OV Wittlage war es interessant, diesen niederländischen Brauch kennenzulernen. Auch wenn es mächtig kalt war, schenkte das allen Spaß.

Nachdem die Boote im Hafen festgemacht waren und die niederländischen Weihnachtsmänner mit Pferdekutschen die Fahrt fortgesetzt hatten, gab es für die THW-Jungshelfer unter Aufsicht der Bootsführer Gerhard Truschkowski und Helmut Herbert noch viel Arbeit. Das Boot mußte mit der Winde des Bootsanhängers aus dem Wasser geholt werden. Durchnäßt, aber froh gelaunt, kehrte man in die Unterkunft in Harpenfeld zurück, wo das Mehrzweckboot vorerst einmal „winterfest“ gemacht wurde.

E. G.

### Fahrzeug aus der Werra geborgen

**Hann. Münden.** Ein rotes Autodach, das mitten aus der Werra ragte und von Spaziergängern entdeckt wurde, führte am Sonntag, dem 22. November 1983, zur Alarmierung des THW-OV Hann. Münden durch die örtliche Polizei.

Unter Leitung von OB Fred Rieger und unter Zuhilfenahme von Schlauchboot, Kranwagen und Seilwinde gelang es den Helfern mit viel Geschick, den Wagen nach rund einstündiger Arbeit auf das Trockene zu bringen.

Als das Nummernschild sichtbar wurde, konnte die Polizei damit beginnen, den Vorgang zu erhellten. Wie sich herausstellte, war das Auto am Samstag in Göttingen entwendet worden. Nach kurzer Fahrstrecke hatten es die Täter rückwärts in den Fluß rollen lassen, es trieb noch ca. 80 m ab.

Alles in allem ein nicht alltäglicher Einsatz für die Mündener THW-Helfer, bei dem praxisnah das Bergen von Sachen aus Wassergefahren geübt werden konnte. R. B.

Berlin



### Ein fröhlicher Jubilar

**Berlin.** Am 1. November 1983 konnte THW-Geschäftsführer Bernd Zehnder sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen. In einer Feierstunde in Anwesenheit aller Kolleginnen und Kollegen würdigte THW-Landesbeauftragter Brühl die ver-

dienstvolle Tätigkeit des Jubilars und überreichte ihm neben der Dankurkunde auch die THW-Plakette als Anerkennung für seinen steten Einsatz.

Zehnder hat im THW eine beachtliche Karriere durchlaufen. 1964 wurde er als Kraffahrer und Gerätehandwerker beim Landesverband Berlin eingestellt. Durch ein Abendstudium an der Volkshochschule bildete sich Zehnder weiter. Nach vier Semestern schloß er als „Betriebswirtschaftlicher Assistent“ das Studium ab.

Mit Wirkung vom 1. Juni 1971 wurde er in das Angestelltenverhältnis übernommen und als Hilfssachbearbeiter eingesetzt. Noch im gleichen Jahr mußte er einen länger erkrankten Geschäftsführer vertreten. Er bewährte sich so gut, daß er nach Ende der Vertretungszeit die Aufgaben eines Geschäftsführers im Bereich Berlin-Nord übernahm.

Zehnder ist auch im örtlichen Personalrat tätig. Dies ist ein Beweis der Beliebtheit und des Vertrauens, das er im THW in Berlin genießt. G. B.

Hessen



### Pfadfinder beim THW

**Viernheim.** Zu einem Informationsbesuch beim THW kamen die „Jüngsten“ der Viernheimer Pfadfinder. Volker Patzwald, der Betreuer der THW-Jugend, begrüßte die Jugendlichen und erläuterte ihnen kurz Entstehung und Aufgaben des THW. Gezeigt wurden anschließend Einsatzfahrzeuge und Geräteausstattung.

Die Jungen und Mädchen gingen mit außerordentlicher Aktivität ans Werk, als es dann galt, jeweils einen von ihnen – später einen „gewichtigeren“ THW-Hel-



Gemeinsam ist es zu schaffen: Die Pfadfinder transportieren einen „Verletzten“. (Foto: Weik)



fer – per Trage zu transportieren. Ähnliche Begeisterung kam auf, als die jungen Besucher die Schmutzwasserpumpe mit Zuleitung zur Weschnitz aufbauten und dann – zur Freude aller – das Wasser versprühten.

Die Selbstdarstellung des THW vor Jugendlichen ist notwendig, um den Nachwuchs für die THW-Jugend sicherzustellen. H. S.

### Beispielhafte Partnerschaft

**Frankfurt.** Einen Freundschaftsvertrag haben erstmalig für die Bundesrepublik der Kreisfeuerwehrverband Frankfurt und das Frankfurter THW geschlossen. „Um die seit Jahren bestehenden freundschaftlichen und kameradschaftlichen Verbindungen auch weiterhin zu erhalten und zu vertiefen“, heißt es in den symbolischen Urkunden, die Kreisbrandinspektor Daniel vor Mitgliedern beider Organisationen unterzeichnete. „Auch in Zukunft sollen alle im gemeinsamen Interesse liegenden Aufgaben und gemeinsamen Belange im Geiste dieser Freundschaft geregelt werden“, verpflichten sich beide Vereinigungen.



Ltd. Branddirektor Achilles (links) im Gespräch mit THW-Geschäftsführer van Hazebrouck und THW-Landesbeauftragten Lossen.



Stv. THW-Ortsbeauftragter Maier nimmt die Glückwünsche von Ltd. Branddirektor Achilles zu der hohen Feuerwehrauszeichnung entgegen. (Fotos: Schwepfinger)

Als bundesweit die Zeichen noch auf Sturm standen, haben die Frankfurter Feuerwehr und das THW gesagt, „Konkurrenzkampf findet hier nicht statt“, skizzierte THW-Einsatzleiter Jürgen Maier die Entwicklung der Partnerschaft während der vergangenen Jahre. Zwar habe es bisweilen Ereignisse gegeben, ergänzte Stadtbrandinspektor Wagner, die die Freundschaft hätten belasten können, doch sei das gute Verhältnis Feuerwehr – THW nie ernsthaft gefährdet gewesen.

„Wir Frankfurter Feuerwehrleute sind sehr stolz, das THW an unserer Seite zu wissen“, beteuerte der Leiter der Frankfurter Berufsfeuerwehr, Ernst Achilles. Seine Würdigung der Partnerschaft verdeutlichte Achilles durch die Verleihung des Deutschen Feuerwehr-Ehrenkreuzes in Silber an THW-Einsatzleiter Maier, der zusammen mit dem früheren Stadtbrandinspektor Helmut Möller die Weichen für die guten Beziehungen gestellt hatte. H. E.

### Einsatz in eigener Sache

**Viernheim.** Eine Technische Hilfeleistung „in eigener Sache“ stand auf dem Dienstplan des THW-OV Viernheim. Zur Verfestigung des Fahrbereiches im Unterkerntungsgelände war das Ausheben von ca. 200 Tonnen Erdreich notwendig geworden. Für das Ausheben, Auffüllen mit Schotter sowie das Verfestigen waren drei Samstage und drei Ausbildungsabende angesetzt. Mit Unterstützung der benachbarten Ortsverbände Bensheim, Heppenheim, der Stadtverwaltung Viernheim und der Porphywerke Weinheim durch Kipper, Radlader, Walzen und Rüttler konnte das Vorhaben planmäßig abgeschlossen werden. H. S.

### Helferanwärter beendeten die Grundausbildung

**Fulda.** An einem Samstag wurde beim THW-OV Fulda die Grundausbildungsprüfung abgenommen. Bevor die Helfer aus den Ortsverbänden Fulda, Hünfeld und Neuhaus zur Prüfung zugelassen wurden, mußten sie sich ein umfangreiches theoretisches und praktisches Wissen aneignen.

Die Grundausbildung gliedert sich einschließlich der Prüfung in 14 Teilgebiete. Die theoretische Abschlußprüfung verlangt die schriftliche Beantwortung von 40 Fragen aus diesen Teilgebieten. Bei der praktischen Prüfung müssen 24 Aufgaben bewältigt werden: z. B. mit einem Trennschleifer Rohre durchschneiden, mit der Motorsäge Rundhölzer abschneiden usw.

Alle sieben Helferanwärter haben die Prüfung mit Erfolg absolviert. J. B.

### Überörtliches Zeltlager

**Hünfeld.** Der THW-OV Hünfeld veranstaltete ein überörtliches Zeltlager. Beteiligt waren die Ortsverbände Berlin-Zehlendorf, Alzenau, Bad Hersfeld, Neuhaus, Fulda und Hünfeld. Die Helfer trafen sich am Freitagabend auf dem Zeltlagerplatz im Ichelsrombacher Wald und bauten das Lager auf.

Schwerpunkt der praktischen Arbeit war eine Übung am Samstag, bei der angenommen wurde, daß bei der Inbetriebnahme des Kalkwerkes in Malges um 7.30 Uhr eine Explosion erfolgte und verschiedene Brände auf dem Werksgelände sich ausbreiten. Nach Angaben der Firmenleitung befinden sich zu diesem Zeitpunkt 20 Personen auf dem Werksgelände.

Um 8.05 Uhr wird das THW vom Hauptverwaltungsbeamten (HVB) alarmiert. Da um 7.50 Uhr in Hünfeld ein Großbrand ausgebrochen ist, muß die Feuerwehr abgelöst werden. Das Feuer ist gelöscht, das THW hat die Aufgabe, zehn „Verletzte“ zu suchen und zu bergen und anschließend dem DRK zu übergeben.

Um 9.00 Uhr stürzte ein Tankwagen zwischen Mackenzell und Morles in die Nüst. Es fließen 10000 l Heizöl aus. Die Feuerwehren errichten Ölsperren. Es muß jedoch verhindert werden, daß Heizöl in die Haune fließt und ein großes Fischsterben verursacht. Um 9.20 Uhr alarmiert der HVB die Technische Einsatzleitung (TEL) in Malges und beauftragt sie, bei der Einmündung der Nüst in die Haune eine Ölsperre zu errichten. Weiter soll die Haune an einigen Stellen mit Sauerstoff angereichert werden.

Ziel dieser Übung war es, den Ausbildungsstand der Ortsverbände und die Zusammenarbeit der Katastrophenschutz-Organisationen zu testen. An der Übung nahmen das THW, das DRK Hünfeld und die Freiwillige Feuerwehr Hünfeld und Malges teil.

Am Sonntagmorgen wurde ein Kfz-Marsch unter Leitung des Bundesgrenzschutzes unternommen. Nach dem Mittagessen wurde das Lager abgebaut, die Ortsverbände kehrten in ihre Unterkünfte zurück. E. W.

Baden-Württemberg



### Leistungsschau zum Jubiläum

**Baden-Baden.** Anlässlich einer beeindruckenden Leistungsschau konnte die Bevölkerung von Baden-Baden die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des THW kennenlernen.

Anlaß zu diesen Aktivitäten war das 30jährige Bestehen des THW-OV Baden-Baden. Auch politische Prominenz stattete dem THW einen Besuch ab. Neben Bundestagsabgeordnetem Dr. Bernhard Friedmann waren die Bürgermeister Klein und Zwosta sowie die Frak-



tionsvorsitzenden des Gemeinderats anwesend.

Dr. Friedmann, der sich seit langem für die Probleme des THW einsetzt, sagte seine Hilfe bei der Frage der Unterbringung des Ortsverbandes zu. Die Helfer hätten verdient, in zweckdienlichen und würdigen Unterkünften untergebracht zu werden, was schon aus einsatztaktischen Gründen schnellstens erreicht werden müßte.

Die Leistungsschau fand auf dem Gelände des Alten Stadtbahnhofs, eines seit einigen Jahren stillgelegten Sackbahnhofs, statt. Außer der großangelegten Geräteschau auf dem Bahnhofsgebäude konnten im Gebäudeinneren Filme und Dias angesehen werden, die über die THW-Einsätze im In- und Ausland berichteten.

Ihr Können demonstrierten die rund 100 Badener THW-Helfer bei zahlreichen Vorführungen. Schon morgens hatten die Helfer einen langen Holzsteg errichtet, der tagsüber von vielen Kindern und Jugendlichen als Abenteuerspielplatz genutzt wurde. Daneben konnte man in



Eine beeindruckende Leistungsschau zum 30jährigen Bestehen des THW-OV Baden-Baden.



Die Attraktion der Veranstaltung ist ein Rettungshubschrauber. (Fotos: Lauck)

einem Bassin Fische angeln oder zwischen den einzelnen Vorführungen am Essenstand der Helfervereinigung etwas zu sich nehmen. Musikalisch untermalt wurde das Fest vom Fanfarenzug Hohenbaden.

Höhepunkt der Veranstaltung war die Landung eines Rettungshubschraubers der Deutschen Rettungsflugwacht hinter dem Alten Stadtbahnhof.

Als kleines Andenken an das Jubiläum konnten sich die Besucher Birkenholz-

scheiben mit dem Prägestempel des THW anfertigen lassen, die fachgerecht von den Jung Helfern hergestellt wurden.

Als gegen Abend das Programm, das insgesamt mehrere tausend Zuschauer mit großem Interesse verfolgt hatten, beendet war, konnten die Helfer auf einen erfolgreichen Tag zurückblicken. I. L.

### THW leistete Maßarbeit

**Pforzheim.** Ganze Arbeit leistete die Gerätegruppe des 1. Bergungszuges des THW-OV Pforzheim. Für Sprengmeister Peter Lahm galt es, den 14 m hohen Kamin einer Brötzinger Bäckerei zu sprengen; eine etwas schwierige Aufgabe, weil sich direkt an den Kamin die Backstube und ein Häuserblock anschlossen.

Um eine Gefährdung der Anwohner zu vermeiden, mußten die umliegenden Häuser geräumt und der Verkehr weitläufig um die Sprengstelle geleitet werden. Diese Maßnahmen wurden in enger Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt.

Um 15.37 Uhr war es soweit. Ein dumpfer Knall, und der Kamin fiel in die genau berechnete Richtung. Die benachbarte Bäckerei trug keinerlei Schäden davon.

Der Bäckermeister bedankte sich mit einer kräftigen Vesper bei den Helfern für die geleistete Maßarbeit. F. W.

### Zehn THW-Helfer bestanden Abschlußprüfung

**Böblingen.** In einem neunmonatigen Grundlehrgang haben die zehn Helferanwärter des THW-OV Böblingen alle Grundkenntnisse, die speziell für die Mitarbeit im Bergungsdienst erforderlich sind, in Theorie und Praxis erlernen können.

In der zweiten Oktoberwoche mußten die Helfer ihr „Gelerntes“ unter Beweis stellen. Eine vom THW-Landesverband eingesetzte Prüfungskommission testete die Helfer.



Nach bestandener Abschlußprüfung: Helfer und Prüfer im THW-OV Böblingen. (Foto: Becker)

So mußten die THW-Neulinge die richtige Handhabung von Gesteinsbohrgerät, Notstromaggregat, Motorsäge, Trennschleifer und Hebewerkzeugen zeigen. Ferner wurde verlangt, daß der Aufbau einer Beleuchtungsstation, die z. B. nachts zum Ausleuchten einer Schadensstelle unbedingt erforderlich ist, fachmännisch erfolgt. Auch auf die Einhaltung der bestehenden Sicherheitsbestimmungen wurde größter Wert gelegt und deshalb auch entsprechend mitbewertet.

Bei der Abschlußbesprechung wurde dem Ortsverband Böblingen durch die Aussage der Prüfungskommission ein sehr guter Ausbildungsstand bescheinigt. K. B.

### Drei Ortsverbände probten Wintereinsatz

**Karlsruhe.** Im Rahmen des „3. Kreisleistungswettbewerbs“ um den vom Kreisbeauftragten gestifteten Wanderpokal probten die THW-Ortsverbände Dettenheim, Oberhausen-Rheinhausen und Waghäusel bereits im Sommer den Wintereinsatz.

Es wurde eine Lage angenommen, bei der nachts, nach anhaltenden Schneefällen, der Bergungszug zur Unterstützung der Polizei angefordert wird. Sieger des rund zweistündigen Wettbewerbs, der auch der Kontaktpflege der Ortsverbände untereinander dienen sollte, wurde Waghäusel mit der geringsten Zahl von Fehlerpunkten.

Die gestellten Aufgaben hatten die drei Ortsverbände auf abgesteckten Bahnen gleichzeitig zu lösen; hinzu mußte jede Gruppe einen Fragebogen beantworten. Neben dem Kreisbeauftragten Krebs war auch Bürgermeister Heller aus Oberhausen-Rheinhausen kritischer Beobachter der Veranstaltung, die auch im nächsten Jahr wieder durchgeführt werden soll. P. K.

Bayern



### THW half Behinderten

**Ingolstadt.** Im Oktober fand in Ingolstadt die Tischtennis-Meisterschaft der Behinderten statt. Die Wettkämpfe wurden in der Bezirkssportanlage Nord-West ausgetragen.

Auf Ersuchen der Stadt baute der THW-OV Ingolstadt eine Rampe, damit die Behinderten mit ihren Rollstühlen die Sportstätte befahren konnten. Johann Lang, Zugführer des 1. Bergungszuges, wurde mit der Durchführung der Maßnahme beauftragt.





Die THW-Helfer bei den Arbeiten zur Erstellung der Auffahrtsrampe. (Foto: Sack)

Am Samstag, dem 8. Oktober, wurde die Hilfeleistung im Rahmen der Ausbildung durchgeführt. Dabei wurden Teile der Leichtmetall-Fähre und Holz verwendet. Gegen 15.00 Uhr war die Rampe fertig. D. S.

### THW zu Gast bei Feuerwehr

**Würzburg.** Der Instandsetzungszug des THW-OV Würzburg veranstaltete eine Fahrzeug- und Geräteschau bei der Freiwilligen Feuerwehr Würzburg.

Gezeigt und erläutert wurden unter anderem ein Kombi für Technische Hilfeleistungen auf Verkehrswegen, vier Fahrzeuge der Elektro- und Gas/Wasser-Gruppe sowie eine leistungsstarke Pumpenausrüstung.

Zweck dieser Vorführung war eine Verbesserung der Zusammenarbeit dieser beiden Katastrophenschutz-Organisationen. Weitere Veranstaltungen, wie etwa gemeinsame Übungen, sind geplant.

Feuerwehrkommandant Helwig zeigte sich sehr beeindruckt von der guten THW-Ausrüstung sowie den vielfältigen Einsatzmöglichkeiten des Instandsetzungszeuges.

Aber auch die THW-Helfer staunten nicht schlecht, als sie durch das neue Gerätehaus der Feuerwehr mit ihren großzügig angelegten Unterrichts- und Geräteräumen geführt wurden, ein krasser Gegensatz zur THW-Unterkunft, die kaum Platz für eine vernünftige praktische Ausbildung bietet. Besonders das Fehlen eines eigenen Übungsgeländes macht den Verantwortlichen des THW das Leben schwer, wobei ständig versucht wird, durch Improvisation diesen Mißstand zu beseitigen. W. K.



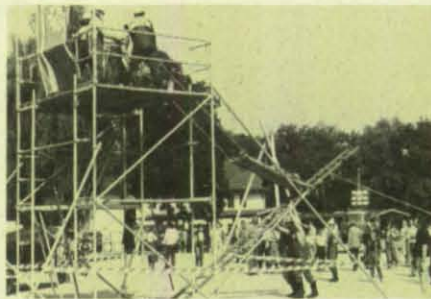
Großes Interesse finden die Einsatzfahrzeuge des THW bei der Feuerwehr. (Foto: Kleinert)

### THW-OV Dachau stellte Instandsetzungszug vor

**Dachau.** Zwölf Fahrzeuge, ausgerüstet mit umfangreichem technischen Gerät, stellte der THW-OV Dachau der Öffentlichkeit vor. Der Grund war die Komplettierung des neuen Instandsetzungszeuges, der vier Jahre Entwicklung und Arbeit in Anspruch nahm. Aufgaben dieser neuen Rettungs- und Katastrophenschutzeinheit sind die behelfsmäßige Instandsetzung von Ver- und Entsorgungsleitungen zum Schutze der Bevölkerung und zur Aufrechterhaltung lebensnotwendiger Betriebe im Falle einer Katastrophe.

Auch der bereits bewährte Bergungszug nahm teil an dieser Vorstellung und konnte zeigen, daß er für seine Aufgabe – die Bergung von Mensch, Tier und Sachwerten in Katastrophenfällen und anderen Notsituationen – technisch die notwendige Eignung hat.

Viele Besucher zeigten reges Interesse an den Gerätschaften. Bei Demonstrationen und Schauvorführungen wurden Gerät erklärt und Rettungstechniken gezeigt.



Die Bergung aus Höhen mit dem Leiterhebel findet immer wieder viele Zuschauer. (Foto: Frisch)

So führte der Instandsetzungszug das schnelle und problemlose Trennen von Ton- und Stahlrohren vor, demonstrierte Metallsuchgeräte und zeigte, wie man mit einem Vlies oder einem Ölbindemittel Benzin oder Öl binden kann. Auch wurde eine Art Springbrunnen errichtet und so die Pumpkraft einer Elektro-Pumpe gezeigt.

Der Bergungszug demonstrierte mit dem Leiterhebel und Rollgliss-Gerät dem interessierten Publikum zwei Bergungsmöglichkeiten. Mit Filmvorführungen und Fotowänden wurde dem Besucher ein Eindruck von den vielfältigen Arbeiten der THW-Helfer vermittelt.

Großer Andrang herrschte am Stand der THW-Jugendgruppe. Hier wurden von den 15- bis 17-jährigen Junghelfern Schürhaken und ähnliches in der THW-Feldschmiede gefertigt und kleine Birkenholzscheiben mit einem THW-Brandzeichen versehen.

Auch die Kinder hatten sehr viel Spaß am Wetzeln, Luftballonspickern und

am THW-Quiz mit technischen Fragen, bei dem es wertvolle Preise zu gewinnen gab.

Die Öffentlichkeit zeigte sich an der Veranstaltung sehr interessiert und erhielt durch ein reichhaltiges Anschauungsprogramm und ein breites Informationsangebot einen ausführlichen Einblick in die umfangreichen Aufgaben des THW.

E. F.

### Ingolstädter Stadtwerke besuchten das THW

**Ingolstadt.** Die leitenden Ingenieure und ihre Mitarbeiter der Stadtwerke Ingolstadt besuchten den THW-OV Ingolstadt. Nach Gesprächen zwischen Direktor Meck von den Stadtwerken und THW-Geschäftsführer Sack konnte nun der Startschuß für eine Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes gegeben werden.

Nach den Richtlinien des Katastrophenschutzes sowie den Aufgaben der Instandsetzungszüge soll versucht werden, die Ausbilder und Helfer des 1. Instandsetzungszeuges des THW-OV Ingolstadt in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Ingolstadt mit den Aufgaben im Bereich der Stadt vertraut zu machen. Deshalb wurde mit einem Informationsbesuch der Vertreter der Stadtwerke begonnen.

Ortsbeauftragter Steib konnte in der Unterkunft Ingenieur Bonschab sowie acht Mitarbeiter begrüßen. Anschließend gab THW-Geschäftsführer Sack einen Überblick über den Aufbau des THW bundesweit sowie über die Stärke und Gliederung des Ortsverbandes Ingolstadt.

Inzwischen waren alle Einsatzfahrzeuge mit den dazugehörigen Fachdienstaus-



Interessiert besichtigen die Gäste die umfangreiche THW-Ausstattung. (Foto: Wolf)

stattungen im Hof der Unterkunft übersichtlich aufgebaut und beschildert worden.

Den Gästen wurden die Gliederung und Aufgaben des Instandsetzungszeuges aufgezeigt. Anschließend erläuterte Zugführer Schymala die Geräteausstattungen der einzelnen Gruppen.

Die Vertreter der Stadtwerke waren beeindruckt von der Ausstattung der Fach-



dienste und den umfangreichen Einsatzmöglichkeiten.

Ingenieur Bonschab bedankte sich zum Abschluß für die Einladung zu diesem Informationsbesuch und unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes zum Schutze der Bevölkerung der Stadt Ingolstadt.

Die Ausbildung soll in Kürze mit der Unterweisung der Führungskräfte beginnen, wobei als erstes an die Bekanntmachung der wichtigsten Versorgungseinrichtungen der Stadt gedacht ist. Später sollen dann bestimmte Ausbildungsthemen von Ausbildern der Stadtwerke für die Helfer des Instandsetzungsdienstes behandelt werden. D. S.

## 250 Helfer proben den Ernstfall

**München.** Mit 250 Helfern probte der THW-OV München II im Rahmen einer Zwei-Tage-Übung seine Einsatzbereitschaft bei einem simulierten Zugunglück. Auch die Zusammenarbeit mit anderen Fachdiensten sollte geübt werden.

An der Übung nahmen der Fernmeldedienst der Landeshauptstadt München mit zwei Fahrzeugen der Technischen Einsatzleitung und zusätzlichem Personal einer Abschnittsführungsstelle, der MHD mit drei Sanitätszügen, das THW mit drei Bergungszügen, einem Instandsetzungszug und verschiedenen Sondereinheiten, vierzig Verletztendarsteller, die vom MHD, ASB und THW gestellt wurden, Schiedsrichter vom THW, Fernmeldedienst und MHD sowie am zweiten Übungstag eine Rettungshundestafel teil. Außerdem waren zahlreiche Gäste von der Bundesbahn und Feuerwehr sowie der Landeshauptstadt München, Referat Katastrophenschutz, anwesend.

Die Lage: Es herrscht „Spannungsfall“; die Einheiten der Feuerwehr und der Rettungsleitstelle sind ausgelastet – der Schnellzug „Isar-Blitz“ wird von einer Bombe getroffen.

Vor Übungsbeginn hatten die Einheiten bestimmte Bereitstellungsräume anzufahren, aus denen sie abgerufen wurden. Nach Eingang der Unglücksmeldung erhält der 4. Bergungszug den Auftrag: „Schadensstelle anfahren, erste Erkundung und Bergungsarbeiten durchführen.“

Kurz darauf die Anweisung an den 2. Instandsetzungszug: „Elektro-Gruppe Schadensstelle beleuchten, Gas/Wasser-Gruppe für eventuelle Wasserversorgung zur Brandbekämpfung durch Feuerwehr vorhalten.“

Außerdem erhalten die Sanitätseinheiten ihren Einsatzauftrag.

Wegen der unterschiedlichen Bereitstellungsräume treffen die Einheiten des 2. Instandsetzungszuges als erste an der Schadensstelle ein; der 4. Bergungszug folgt kurz darauf.

Während einige Helfer des 2. Instandsetzungszuges die Schadensstelle erkunden, bereiten weitere Helfer die Ausleuchtung und die eventuell erforderliche Brandbekämpfung vor.

Inzwischen dringen auch die ersten Helfer des 4. Bergungszuges zur Schadensstelle vor.

Aus den Meldungen ergibt sich folgendes Bild von der Schadenslage: Zwei Schnellzugwaggons sind durch Bombentreffer beschädigt, davon ein Schlafwagen schwer. Mit zahlreichen „Verletzten“ ist zu rechnen.



Die Anstrengung steht den Helfern im Gesicht: Die Übung verlangt Konzentration, Kenntnisse und Erfahrung. (Foto: Ramsauer)

Zur Schadensstelle ist nur über einen stark bewaldeten und bewachsenen Steilhang (45 Grad Neigung) mit einem Höhenunterschied von über zehn Meter vorzudringen. Am Fuße des Hanges ist sumpfiges Gelände. Der Unglücksort kann nicht mit Fahrzeugen angefahren werden. Alle benötigten Geräte müssen über eine Strecke von ca. 300 Meter transportiert und dann durch Sumpfgelände und über den Steilhang zum Zug gebracht werden. Wasserentnahme aus einem fließenden Bach ist möglich.

Ein länger andauernder und schwieriger Einsatz wird erkennbar. Während über Funk der 6. Bergungszug angefordert wird, erhält der Fernmeldedienst die Weisung, sich ebenfalls in die Nähe des Schadensgebietes zu begeben und sich dort auf die Errichtung einer Technischen Einsatzleitung (TEL) vorzubereiten. Außerdem ist ein Fernsprechrupp, der gegebenenfalls eine Telefonverbindung „Draht“ zu errichten hat, bereitzustellen. Die Abschnittsführungsstelle im Münchner Osten ist zu besetzen.

Vor Ort bildet sich inzwischen eine Örtliche Einsatzleitung, die sich aus den Zugführern der eingesetzten THW-Einheiten und des Sanitätsdienstes zusammensetzt.

Die Führungsgruppe „Bereitschaft“ des THW übernimmt die Koordination des Einsatzes, der THW-Bereitschaftsführer die Gesamtleitung.

Parallel dazu haben die Helfer des 4. Bergungszuges die ersten „Verletzten“ aus dem Zug geborgen. Der Abtransport über den Steilhang gestaltet sich schwierig und ist kräftezehrend für die Helfer.

Die Arztgruppe des Sanitätsdienstes versucht, im Zug die zugänglichen „Schwererletzten“ für den Transport zu stabilisieren.

Am Hangende übernehmen die Helfer des Sanitätszuges die „Verletzten“ und transportieren sie nach einer Erstversorgung zum inzwischen errichteten Verbandplatz, bei dem die Kräfte des Krankentransportzuges abrufbereit zur Verfügung stehen.

Währenddessen haben die Helfer des Instandsetzungsdienstes die Transportwege (Steilhang, Sumpfgelände und Weg zum Verbandplatz) in gleißendes Licht getaucht. Die Schadensstelle am Zug wird vom Bergungsdienst selbst beleuchtet.

Als der 6. Bergungszug eintrifft, hat der Instandsetzungsdienst bereits den Niedrigwasser führenden Bach angestaut, in der Hangmitte ein Fallbecken angelegt und die Höhendifferenz mit einer Schlauchleitung zur Bekämpfung von Entstehungsbränden überwunden. Der 6. Bergungszug unterstützt die Arbeiten am Zug, während die ersten „Verletzten“, nach dem Herstellen der Transportfähigkeit am Verbandplatz, vom Krankentransportzug zum Zentrum für Katastrophenschutz im Münchner Norden gebracht werden.

Dort hat inzwischen der 5. Bergungszug die nötigen Vorbereitungen getroffen, um die „Verletzten“ und die eingesetzten Helfer aufnehmen zu können.

Die Einheiten des Fernmeldedienstes erhalten den Auftrag, in einer in der Nähe gelegenen Gaststätte die Einrichtung einer Technischen Einsatzleitung, einschließlich den Anschluß einer Telefonvermittlung an das Postnetz, sicherzustellen. Außerdem ist eine Verbindung zur Örtlichen Einsatzleitung und zur Schadensstelle per Feldfernsprecher aufzubauen.

Kurz nach Mitternacht sind alle „Verletzten“ geborgen, um ca. 1.00 Uhr alle am Verbandplatz versorgten Personen abtransportiert. Die Technische Einsatzleitung tritt nicht mehr zusammen, die Örtliche Einsatzleitung löst sich auf.



Die Einheiten säubern und verlasten ihr Gerät und rücken zwischen 1.00 und 2.00 Uhr versetzt ins Zentrum für Katastrophenschutz ein. Nach der Verpflegungsausgabe tritt rasch Nachtruhe ein.

Kurz nach 6.00 Uhr am nächsten Morgen wird ein Teil der Einheiten geweckt, um sich auf einen Einsatz nach einer Explosion im Wohn- und Industriegebiet Oberschleißheim bereitzuhalten. Die in einer Fabrik entstandenen Brände sind von der Feuerwehr nahezu gelöscht, nun gilt es, die Bergung von Personen durchzuführen; die Feuerwehr wird für Einsätze bei weiteren Bränden abgezogen.

Der 5. Bergungszug, der bisher über die längste Ruhepause verfügte, kommt als erste Einheit zum Einsatz; anschließend ein Sanitätszug des MHD.

Nachdem vor Ort erkannt wurde, daß der Schadensumfang und das Einsatzgebiet größer sind als ursprünglich angenommen, wird eine Verstärkung durch weitere Einheiten unerlässlich. Insbesondere bereitet die Bergung der in unterschiedlich angelegten Versorgungseinrichtungen (Heizungsräume und Schächte) eingeschlossenen „Verletzten“ beträchtliche Schwierigkeiten, da die Zugänge nur je einer Person ohne Gerät Durchlaß gewähren und entsprechende Zugangs- und Transportwege aufgebrochen werden müssen.

Bei der Erkundung kann nur mit Preßluftatmern vorgegangen werden, da die Gasentwicklung gesundheitsschädlich ist. Erst nachdem vom Instandsetzungsdienst eine Ausströmung von explosivem Gas abgeschiebert ist, kann der Bergungseinsatz voll anlaufen.

Die eine Stunde nach Einsatzbeginn etablierte Örtliche und Technische Einsatzleitung, deren Nachrichtenverbindungen vom Fernmeldedienst installiert wurden, ist zusätzlich durch eine von der Abschnittsführung gemeldete Bombendrohung beunruhigt.

Die Arbeiten müssen daraufhin an einigen Schadensstellen aufgebrochen werden. Sie können erst wieder aufgenommen werden, nachdem sich die Drohung als „schlechter Scherz“ erweist.

Voll zum Einsatz kommen die am frühen Morgen alarmierten Trupps der Rettungshundestaffel. Mit ihnen gelingt es, „Verletzte“ auch an schwer zugänglichen Stellen aufzuspueren.

Am frühen Nachmittag wird das Gelände zunächst als vollständig geräumt gemeldet – Aufregung verursacht eine Meldung, wonach sich noch eine Person im Schadensgebiet aufhalten muß, die bisher nicht gefunden wurde. Die „Vermißte“ kann schließlich mit Hilfe der Rettungshunde im teilweise eingestürzten

Heizungsschachtsystem geortet und unter mühseliger Arbeit geborgen werden.

Nach dem Einrücken aller Einheiten geht die Übung am späten Nachmittag zu Ende.

### Erkenntnisse

Die Erkenntnisse, die beim Schiedsrichtertreffen mit den Einheitsführern hart und sachlich diskutiert wurden, lassen sich im wesentlichen wie folgt zusammenfassen:

● Die Übung lief nicht störungsfrei an, was auf das Zusammenführen der auf das Stadtgebiet verteilten THW-Fahrzeuge (drei unterschiedliche Standorte der Garagen) und die Probleme bei der Bereitstellung des Zuges zurückzuführen ist. Der von der Bundesbahn dankenswerterweise sehr unbürokratisch zur Verfügung gestellte Zug konnte wegen Fahrplanschwierigkeiten erst verspätet zur „Einsatzstelle“ gebracht werden.

● Die Einsatzbesprechungen wurden, beim Versuch, sehr schnell eine umfassende Lagebeurteilung zu erhalten, in zu kurzen Abständen durchgeführt.

● Bei den Helfern des Bergungsdienstes, die vollkommen unvorbereitet in die Übung gingen, entstand am Anfang ein „Aktionsstau“. Damit ist gemeint, daß vom Erkennen der Schadenslage „Zugunglück“ bis zum Umsetzen dieser Erkenntnis in aktives Handeln mehr als nötig Zeit verging. Hier zeigte sich ein Mangel an der Entscheidungsfreudigkeit der Unterführer, was sicher auch auf die eingeschränkte Platzzahl bei Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule zurückzuführen ist. Aber auch auf Standortebene muß hier noch viel getan werden.

Nach Überwinden der mehrere Minuten dauernden „Schrecksekunde“ konnten jedoch die Bergungsarbeiten – schneller als erwartet – zum Abschluß gebracht werden.

● Erfreulicherweise rasch und sehr effektiv verlief der Einsatz des Instandsetzungsdienstes, der in erstaunlich kurzer Zeit mit einem gut eingespielten Team für die nötige Beleuchtung sorgte, eine Tatsache, die in Anbetracht der schwierigen Geländesituation auch von den sachverständigen Beobachtern gewürdigt wurde.

Dies gilt in gleichem Umfang auch für die Bereitstellung von Löschwasser für die Brandbekämpfung durch die Gas/Wasser-Gruppe.

Mit Sicherheit haben sich in diesem Bereich auch die Vorbereitungen auf den diesjährigen Wettbewerb des Instandsetzungsdienstes in Regensburg und der insgesamt gute Ausbildungsstand bezahlt gemacht.

● Im Fernmeldebereich sind noch verschiedene Mängel zu beseitigen.

● Auch der Fernmeldedienst der Landeshauptstadt München und die MHD-Helfer haben sich gut geschlagen. Auf eine nähere Darstellung der Sachverhalte wird an dieser Stelle verzichtet; die Organisationen ziehen ihr eigenes Resümee.

● Bei allen erkannten Mängeln läßt sich feststellen, daß die Zusammenarbeit der Fachdienste untereinander zunehmend besser funktioniert; gut vorbereitete, gemeinsame Übungen sind empfehlenswert.

● Abgesehen von verschiedenen Koordinationsschwierigkeiten, die jedoch rasch abgebaut werden konnten, gab es am zweiten Tag kaum Probleme in bergungstechnischer Hinsicht. Es gilt jedoch, sich bei der Auswahl der Bergungsmethoden noch mehr an Gesichtspunkten der Effektivität zu orientieren. Die in der Vergangenheit durchgeführten Bergungsübungen an Gebäuden haben sich als vorteilhaft erwiesen.

● Ein Einsatz von Rettungshunden erleichterte dem Bergungsdienst die Arbeit erheblich.

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die Übung, trotz der erheblichen körperlichen Belastung, von den Helfern gut aufgenommen wurde.

Erfreulicherweise ereigneten sich bei den Arbeiten nur zwei Unfälle, bei denen ein THW-Helfer nach Versorgung durch den Sanitätsdienst wieder in den Einsatz gehen und ein MHD-Helfer nach ambulanter Behandlung im Krankenhaus nach Hause entlassen werden konnte.

Zum Schaden kamen jedoch die Filme des Fotografen, die – abgesehen von verschiedenen Fotos bei Übungsbeginn – einen Aufenthalt im „Schlammbad“ am Steilhang nicht überdauerten.

Die Bundesbahn-Direktion München und das Kreisverwaltungsreferat der Landeshauptstadt unterstützten diese Übung vorbildlich.

K. R.





Carl-Walter Bauer

Ein Schiff wird kommen

## Die letzte Fracht der FLORA für Äthiopien

Bevor das DRK-Hilfsschiff FLORA veräußert wurde, lief es im November 1983 zum letzten Male den Hafen Assab am Roten Meer an, um Hilfsgüter für Äthiopien zu bringen

Daß über den Wolken die Freiheit grenzenlos sein soll, diese Erfahrung hat Reinhard Mey bestimmt nicht bei einem Flug von Addis Ababa nach Assab gemacht, und schon gar nicht Ende Oktober. Keine Spur von einer Wolke, geschweige denn von mehreren – und mit der Freiheit ist das auch so eine Sache. Die DC-3 „Dakota“ startet zwar pünktlich um 8 Uhr morgens Richtung Nordosten, aber daß sie sich überhaupt in der Luft halten kann, ist ein Wunder. Die Riesenlöcher in manchen Straßen Äthiopiens sind nichts gegen die Luftlöcher in lichter Höhe. Nach zweieinhalb Stunden Turbulenzen setzt die Dakota zu einer Art Sturzflug auf die Wüstenpiste Assab an. Als die Propeller endlich stillstehen, sind wir allesamt dankbar für die Freiheit, aussteigen zu dürfen.

Heiße, trockene Luft schlägt uns entgegen. Ein kleiner Sandsturm umkreuzt das „Flughafengebäude“. Ato Yaynshet, Sekretär des Äthiopischen Roten Kreuzes der Assab-Region, hat mit seinem klapprigen Dienst-Ford die 40 Kilometer von der Hafenstadt zur Wüstenpiste zurückgelegt, um den Besucher aus der Hauptstadt abzuholen.

Ich will eine Woche am Roten Meer bleiben, weil wir das DRK-Hilfsschiff FLORA erwarten, das am 2. November in Assab eintreffen soll. Noch zwei Tage Zeit also, die entsprechenden Kontakte zu knüpfen und um in Erfahrung zu bringen, ob die FLORA Priorität bekommt. Zeit ist Geld, besonders dann, wenn es sich um Spendengelder handelt. Unser Ziel ist es daher, die FLORA ohne Verzögerung in den Hafen zu lotsen und unmittelbar danach mit dem Entladen der Hilfsgüter zu beginnen.

Doch zunächst lädt mich Ato Yaynshet im Hotel ab. Zimmer mit Balkon und Hafeblick. Auf der kurzen Fahrt zum „Port-Club“, einem beliebten Mittagessen-Treffpunkt am Strand, werde ich mit den Bürozeiten in Assab vertraut gemacht: von 7 bis 12 und von 16 bis 18 Uhr. Nach dem Lunch zieht sich der Rotkreuz-Mann in sein Büro zurück. Dort, in einer kleinen Kammer, wohnt er mietfrei: ein Feldbett, ein Schrank, ein



Die FLORA, 1979 für das DRK in Dienst gestellt, unternahm im November 1983 ihre letzte Fahrt nach Äthiopien.

Tisch, ein Stuhl. Gewaschen wird sich hinter dem Haus. Während Ato Yaynshet seinen Mittagsschlaf hält, wandert der Ausländer aus Addis durch Assab. Eine verrückte Idee bei der Hitze, nach einer Stunde Fußmarsch ist der Ort erkundet. Von See her kommt mächtig Wind. Fünf Schiffe warten vor der Hafeneinfahrt, vier liegen an den Entladedocks. Keine Chance für die FLORA? Man wird sehen.

Pünktlich um 16 Uhr taucht Ato Yaynshet wieder auf. Zum Kontaktknüpfen sei es jetzt schon ein bißchen zu spät, meint er, aber sicher nicht für ein Schwätzchen in seinem Büro. Des Sekretärs bisheriges Leben war nicht langweilig. Der 29jährige Rotkreuzler wollte ursprünglich Medizin studieren und begann auch eine Art Studium generale in der UdSSR. Von dort vertrieb ihn aber die Kälte. Zurück in Äthiopien trat er ins Rote Kreuz ein. Es folgten Jahre als Field Officer in fast allen Regionen des Landes. 1981, als in Assab eine Rotkreuz-Zentrale eingerichtet wurde, beauftragte man Ato Yaynshet mit der Leitung. Er organisierte über 3000 zahlen-

de Mitglieder, gründete Jugendrotkreuz-Clubs, initiierte jährlich eine Tombola, brachte eine Buchführung auf die Beine, machte das Rote Kreuz bekannt. Monatlich werden ihm netto 690 Birr überwiesen (100 DM sind 71 Birr), damit kommt er so einigermaßen hin. Er möchte einen neuen Dienstwagen, er möchte einen Krankenwagen, er möchte mehr Unterrichtsmaterial für seine Erste-Hilfe-Kurse, aber die Assab-Branch ist die kleinste im ganzen Land, und sie wird immer zuletzt bedient. Die Genfer Konventionen kann Ato Yaynshet auswendig hersagen, rotkreuz-geschichtliche Jahreszahlen sind sein Steckenpferd.

Es ist schon reichlich spät, als wir das Büro verlassen. Noch rasch ein Abendessen und dann Yaynshets Versprechen, mich am nächsten Tag um 7 Uhr wieder im Hotel abzuholen. Mein Balkon ist taghell erleuchtet. Die hochmastigen Hafenscheinwerfer machen es möglich, daß ich vor dem Einschlafen noch ein paar Seiten lesen kann. Ansonsten ist in der übrigen Stadt gerade wieder die gesamte Stromversorgung zusammenge-





Das Hilfsschiff im Suez-Kanal.  
(Foto: Kapitän Reinwald)

brochen. Eine kühle Meeresbrise ersetzt die Klimaanlage.

Einen Tag vor der erwarteten Ankunft der FLORA kommt Hektik auf. Ato Solomon von der Maritime Shipping Division erhält eine Kopie des Fernschreibens aus Bonn mit der genauen Auflistung der Hilfsgüter. Die Maritime besorgt in Assab die Entladung der Schiffe, die Lagerhausverwaltung und – nach erfolgter Zollkontrolle – den Weitertransport der Sendungen nach Addis. Die über den Generalsekretär des Äthiopischen Roten Kreuzes erbetene Priorität für die FLORA ist auch für die Maritime bindend, da sie in diesem Fall alles andere stehen und liegen lassen muß, um das bevorzugte Schiff entladen zu lassen. Aber von einer solchen Priorität hat Ato Solomon bis zur Stunde noch nichts aus Addis gehört.

Wir ziehen lange Gesichter. Das kann ja heiter werden. Ato Yaynshet muß dringend zu einem Einführungskursus für künftige Jugendrotkreuz-Mitglieder. Ich begleite ihn halben Herzens. Im Unterrichtssaal einer Schule warten etwa 60 Jugendliche auf uns. Der Sekretär stellt mich kurz vor und bittet mich dann, eine kleine Rede über das Jugendrotkreuz im allgemeinen, das Deutsche Rote Kreuz im besonderen, über meine Aufgaben in der Liga-Delegation und meine Eindrücke von Assab zu halten. Yaynshet ist ein Fuchs: Die „kleine“ Rede dauert eine

halbe Stunde mit Hin- und Her-Übersetzung, und so ganz allmählich verschwindet mein „FLORA-Druck“.

Kurz vor Mittag sind wir wieder bei Ato Solomon. Er telefoniert mehrmals, läßt Tee servieren, verschwindet für 15 Minuten und sagt dann wenige Sekunden vor 12 Uhr plötzlich, das Transportministerium in Addis habe Priorität für die FLORA angeordnet. Das Schiff werde sofort bei Eintreffen an die Pier kommen. Nur habe er bislang noch überhaupt keine Informationen darüber, wo die FLORA eigentlich derzeit stecke.

Diesen letzten Satz hören wir schon gar nicht mehr richtig. Wir rasen zum Postamt. Da alle Telefonverbindungen von Assab zum Rest der Welt unterbrochen sind, schicken wir ein Telegramm an die Liga-Delegation mit der Bitte, das DRK in Bonn zu informieren. Die vier Stunden Zwangsrufe gehen unendlich langsam vorüber. Dann trennen sich Yaynshet und meine Wege. Der rührige Sekretär will sich um die erforderlichen Genehmigungen zum Betreten des Hafengeländes kümmern, ich suche inzwischen den operation manager des Hafens auf.

Auch Ato Dimitri hat schon Order aus Addis erhalten, die ihn freilich in Schwierigkeiten bringen wird. Er muß nämlich ein Schiff, das noch mehrere Tage Entladezeit benötigt, vom Kai abziehen, damit die FLORA Platz hat. Und

außerdem wisse er ja noch gar nicht, wann die FLORA in Assab einlaufe. Er habe weder Funk- noch Telefonkontakt mit dem Schiff gehabt. Nach einem kurzen Höflichkeitsbesuch beim port manager treffe ich Ato Yaynshet wieder, der schon von weitem mit den Genehmigungen winkt. Und dann beginnt das lange Warten auf die FLORA . . .

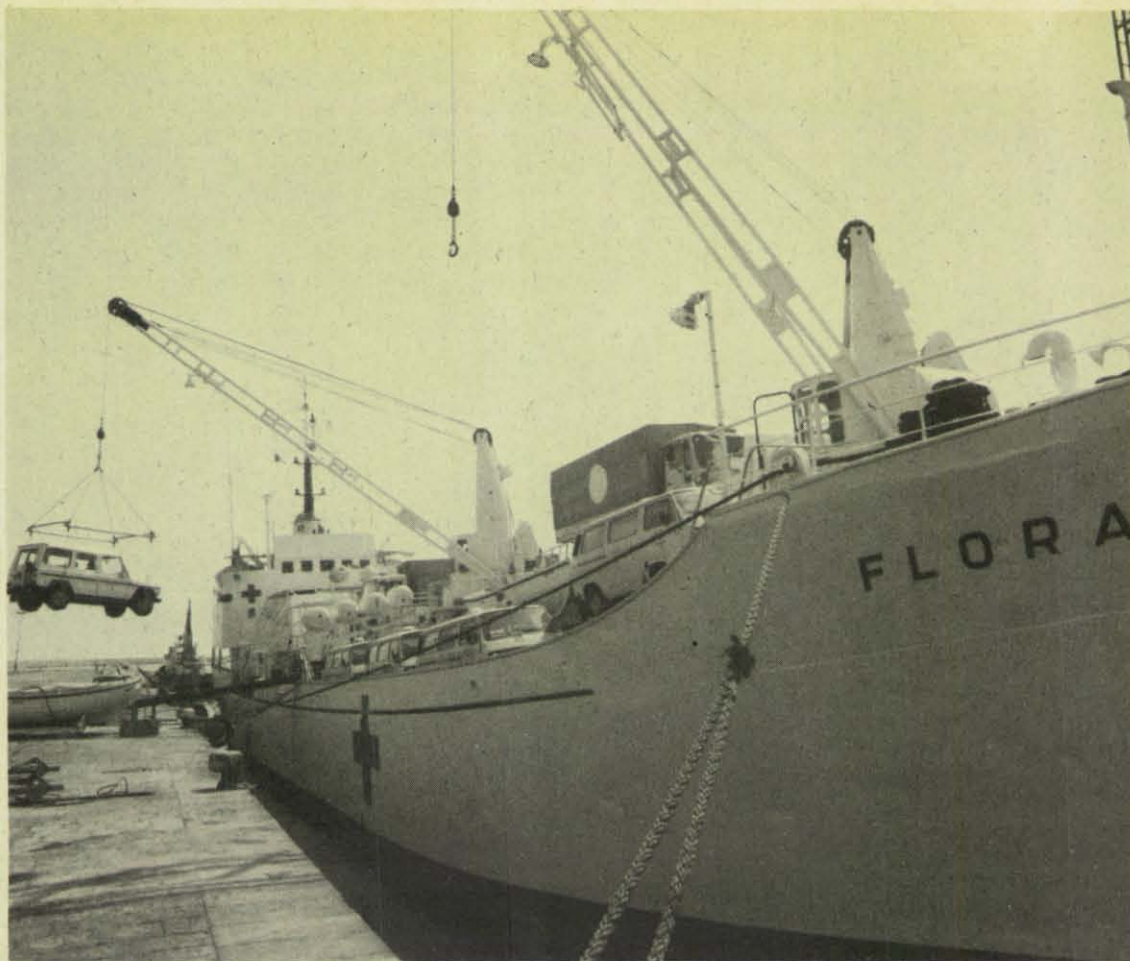
Am nächsten Morgen, dem 2. November, schlage ich mein provisorisches Hauptquartier im luftigen Musikpavillon auf dem Gelände des Port-Clubs auf. Von dort habe ich eine phantastische Aussicht auf die See und die in einiger Entfernung vor Anker liegenden Schiffe. Wenn die FLORA am Horizont auftaucht, sehe ich sie sofort. Wirklich ein idealer Platz. Selbst Ato Yaynshet hat das FLORA-Fieber gepackt. Er spielt Meldegänger und pendelt permanent zwischen der Hafenbehörde, der Maritime Shipping Division und meinem Pavillon-Ausguck hin und her. Doch die FLORA meldet sich nicht. Als die Sonne untergeht, ziehen wir wie sitzengelassene Tanzstunden-Mauerblümchen wieder ab.

Unser Dinner verläuft lustlos. Wir stochern im Fleisch herum, lassen die Hälfte zurückgehen. Der Wirt gräbt in Erinnerungen, zeigt auf einen Tisch, an dem im September Kapitän Reinwald und ein paar seiner Männer „National Dish“ mit mehreren Gängen verzehrt hätten. Das hat uns gerade noch gefehlt. Wir verlassen fluchtartig das Lokal. Wie sollten wir auch wissen, daß um diese Uhrzeit die FLORA drei Kilometer vor der Hafeneinfahrt vor Anker geht . . .

Der allmorgendliche Blick vom Balkon anderntags verheißt eine Überraschung: An einem der Entladekais klappt eine Lücke. Ehe ich noch darüber sinniere, was das bedeuten könnte, wird heftig an meine Tür gepocht. Draußen stehen Ato Yaynshet und Ato Solomon. Sie bringen wundervolle, aufregende Nachricht: Die FLORA sei gestern abend angekommen und würde jetzt Fahrt auf den Hafen nehmen. An der Hafensemole sehen wir sie herangleiten. Exakt 9 Uhr Ortszeit macht sie am Kai fest. Kapitän Reinwald winkt uns von der Brücke zu.

Gleich an Bord zu stürmen, ist uns verwehrt. Der Doktor und der Immigration Officer haben Vorfahrt. Eine halbe Stunde später hocken wir alle in der gemütlichen Messe und schlürfen Tee. Zunächst verstehen die beiden Äthiopier nur „Bahnhof“, weil wir Deutsch sprechen. Stürmische Winde hatten die FLORA aufgehalten, ein Hafenerbeiterstreik in Ravenna tat sein übriges, damit das Schiff nicht rechtzeitig auslaufen konnte. Funk- oder Telefonverbindung mit Assab war nicht herzustellen. Und heute abend müßten sie wieder raus, um die Verspätungen einzuholen.





Hilfsgüter werden von der FLORA an Land gesetzt.

Ato Solomon verschwindet. Er muß sich um seine Entlademannschaft und um die Kräne kümmern. Ato Yaynshet und ich werden in die Kapitänskajüte gebeten. Wir erzählen. Dann Schiffsbesichtigung. Die Entladung ist bereits in vollem Gange. Die Männer arbeiten wie die Feuerwehr: 685 Säcke Bohnen, 920 Säcke Milchpulver, 34 Paletten Babynahrung, 44 Lastwagenreifen, Altkleider und Schuhe, medizinische Ausrüstungsgegenstände, zuletzt zwei Lastwagen verlassen im Laufe des Tages die FLORA. Fast so gut wie nichts geht zu Bruch. Kapitän Reinwald und ich passen auf, in welche der unzähligen Lagerhäuser die Güter gebracht werden. Zurück an Bord

der übliche Papierkrieg. Ato Yaynshet, der beiläufig erwähnt, daß er für seine Erste-Hilfe-Kurse kein Demonstrationsmaterial hat, sieht sich plötzlich einem Karton mit Verbandstoff, Mullbinden und Pflaster, Scheren, Kompressen, Schienen, Watte, Dreieckstüchern und Gipspulver gegenüber. Ein DRK-Hilfsschiff ist eben für eine Eventualität gerüstet.

Der Erste Offizier meldet, daß man wohl bis 18.30 Uhr mit dem Entladen fertig sei. Die zuvor an die Schiefertafel in der Messe geschriebene Landgangerlaubnis bis 22 Uhr wird wieder weggewischt und auf 20 Uhr begrenzt. Ato Yaynshet erhält den Auftrag, den berühmten Kapi-

tänstisch im Restaurant reservieren zu lassen. Gegen 18 Uhr meldet Ato Solomon das Ende der Entladeaktion. Wir durchstreifen noch einmal alle Lagerhäuser, dann fahren wir zum Abendessen. Der Rotkreuz-Sekretär organisiert unterwegs noch zwei Päckchen äthiopischen Kaffee für den Kapitän, und um 20.30 Uhr lichtet die FLORA wieder den Anker. Auf meinem Hotelbalkon sehe ich sie in die Nacht hinaus entschwinden. Vier Tage später stehe ich wieder im Liga-Büro in Addis Ababa. Erster Kommentar des Verwaltungs-Delegierten Mark Poulsen: „Bevor Du Dir nicht Deinen Seemannsbart abrasierst hast, ist hier Zutritt verboten.“

## Dürre- katastrophe in Mozambique: DRK und EG entsenden Interventions- Team

Weite Teile Afrikas sind seit Monaten von extremer Trockenheit und Dürre betroffen. Vor allem aus dem südlichen Teil des Kontinents haben sich die Schreckensmeldungen gehäuft. So schätzt z. B. die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) die Anzahl der Betroffenen allein in Mozambique auf mehr als vier Millionen Menschen, der Zustand von ca. 1,8 Millionen wird als lebensbedrohend geschildert.

Von der Provinz Inhambane, für deren Bewohner das DRK in der jüngeren Vergangenheit bereits schon einmal Hilfe geleistet hat, liegen uns genauere Daten

vor. Die Gesamtbevölkerung wird offiziell mit 960 000 angegeben, davon sind 750 000 Menschen von der Dürre betroffen. Die Provinz ist in fünf Distrikte untergliedert, in jedem Distrikt befinden sich vier bis sechs Camps mit je 8 000 Personen. Wöchentlich sterben 10 bis 12 Personen pro Camp. DRK-Mitarbeiter, die vor Ort Hilfsmaßnahmen durchführen und u. a. Speisезentren aufbauen, halten diese Zahlen der Provinzverwaltung durchaus für realistisch.

Setzt man diese Sterbeziffer in bezug zu Angaben des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden für Deutschland, so ergibt sich, daß gemessen für einen



gleichen Zeitraum und für eine gleiche Personenanzahl in Mozambique siebenmal mehr Menschen sterben als in Deutschland, oder an einem Beispiel ausgedrückt: Berechnet auf einen Zeitraum von einer Woche und für 8000 Personen sterben in Deutschland 1,8 Personen und in Mozambique 12 Personen.

In ihrem jüngsten Appell zugunsten Mozambiques ruft die Liga zu Spenden in Höhe von mehr als 400000 DM auf, um ein Soforthilfeprogramm für ca. 160000 Personen einleiten zu können. Zusammen mit der mozambiquanischen Rotkreuz-Schwestergesellschaft sollen Speisezentren eingerichtet werden, der Schwerpunkt wird auf ein Intensivernährungsprogramm für Kinder und Mütter gelegt, die sich in besonders schlechtem Ernährungszustand befinden. Zusätzlich wird die ständige Liga-Delegation noch mit qualifiziertem Personal verstärkt, um den medizinischen und ernährungswissenschaftlichen wie auch logistischen Bedürfnissen besser Rechnung tragen zu können.

In Zusammenarbeit mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaft Brüssel ist es dem DRK noch vor Weihnachten gelungen, einen ersten Hilfsflug durchzuführen. Medikamente und Verbandmaterial, proteinhaltige Nahrungsmittel, Zelte, Lastkraftwagen und geländegängige Fahrzeuge wurden am 17. Dezember auf dem Köln-Bonner Flughafen verladen. Ein DRK-Flugbegleiter war an Bord, als die Maschine am 20. Dezember in Maputo eintraf. Ein weiterer Arzt und ein medizinischer Helfer waren zur gleichen Zeit mit einem Linienflugzeug auf dem Weg nach Mozambique. Nach Eintreffen in Maputo wurden die zwanzig Tonnen Hilfsgüter unverzüglich in die Provinz Inhambane weitergeflogen, wo inzwischen das dreiköpfige DRK-Team seine Arbeit aufgenommen hat. Heinz Bitsch

## Schweres Erdbeben in Guinea

Bei dem schweren Erdbeben, das den Nordwesten des westafrikanischen Staates Guinea am Weihnachtswochenende erschütterte, wurden nach letzten Angaben des DRK-Delegierten, der sich unmittelbar nach der Katastrophe vor Ort zur weiteren Erkundung aufhielt, 443 Menschen getötet und etwa 1000 ver-

letzt. Ca. 20000 Menschen verloren ihr Hab und Gut und wurden durch die Katastrophe obdachlos. Das Ausmaß des Bebens war wesentlich größer als zunächst vermutet. Erhebliche Schäden hinterließ das Erdbeben vor allem in der Region und Stadt Gaoual. Für die Opfer der verhängnisvollen Naturkatastrophe hatte das Deutsche Rote Kreuz unmittelbar nach Bekanntwerden

in Zusammenarbeit mit dem Dänischen Roten Kreuz und durch die Finanzierung des Auswärtigen Amtes Hilfsgüter ins Erdbebengebiet transportiert, die die erste Not lindern sollten. Es handelte sich dabei um dringend benötigte Decken, Großraumzelte, Verbandmaterial und medizinische Hilfsgüter. Das Deutsche Rote Kreuz wird seine Hilfe bei Bedarf weiter fortsetzen.



20000 Menschen wurden durch das schwere Erdbeben in Guinea obdachlos.



Das Deutsche Rote Kreuz stellte sofort Hilfsgüter zur Verfügung.



Decken und Zelte liegen zur Verteilung an die um Hab und Gut gebrachten Menschen bereit. (Fotos: Paulenz)



Dependance der ASB-Landesschule Bremen übergeben

## Mehr Platz für die Samariter

Zusätzliche Schulungs- und Unterrichtsräume

Auf dem Gelände der ehemaligen Katastrophenschutz-Schule Lesum an der Peenemünder Straße konnte der neue Teil der ASB-Landesschule eingeweiht werden. Er umfaßt mehrere modern eingerichtete Lehrsäle, Räume für die interne Fahrschulung und neben einer Küche einen großzügig ausgestatteten Aufenthaltsraum für die Lehrgangsteilnehmer. Daneben steht nun für die künftige Arbeit ein Bettenhaus mit insgesamt 50 Betten zur Verfügung. Am gleichen Tag, an dem der Bremer ASB beim Liegenschaftsamt den Kaufvertrag über das 21 700 Quadratmeter große Grundstück der Landesschule in Ritterhude hatte unterschreiben können, wurde so ein weiterer Schritt zur Sicherung der Samariterarbeit getan.

ASB-Landesvorsitzender Fritz Tepperwien, der bei der Einweihung neben Innensenator Volker Kröning und Bürger-schaftsmitgliedern auch den Direktor des Bundesamtes für den Zivildienst in Köln, Adolf Krep, und den Bundesvorsitzenden des Arbeiter-Samariter-Bundes, Martin Ehmer, im neuen Domizil an der Peenemünder Straße begrüßen konnte, hatte Grund genug, auf die geleistete Arbeit der vergangenen Jahre zurückzublicken.

„Wir platzten in der Landesschule in Ritterhude inzwischen aus allen Nähten. Hier konnten Schulungs- und Unterkunftsräume hinzugewonnen werden, die allerdings gründlich renoviert und neu eingerichtet werden mußten. Wir haben uns das eine Viertelmillion Mark kosten lassen, aus eigenen Mitteln und ohne jeden Zuschuß.“ Damit habe man nun Schulungs- und Unterkunftsmöglichkeiten für maximal 100 Personen. Man könne nun Kurse nebeneinander laufen lassen, eine bessere Gruppenarbeit in der Ausbildung betreiben und die Räume auch anderen Bremer Organisationen zur Mitbenutzung anbieten, erläuterte Tepperwien weiter.

Die bisherige Leistungsbilanz der ASB-Landesschule in Ritterhude kann sich in der Tat sehen lassen. In der Zeit ihres nunmehr zehnjährigen Bestehens sind bei 80 Lehrgängen nicht nur 2886 Zivildienstleistende auf ihren Einsatz im Ret-

tungsdienst vorbereitet worden. Darüber hinaus sind 2374 Teilnehmer als Hauskrankenpflegerinnen, Schwesternhelferinnen, Katastrophenschutz Helfer, Nautiker und Sanitätsausbilder ausgebildet worden. Diese Möglichkeiten können nun durch die Inbetriebnahme der Lesumer „Nebenstelle“ erheblich ausgedehnt werden. Die Bedeutung des Arbeiter-Samariter-Bundes ergibt sich schon aus der Tatsache, daß der ASB mit jährlich über 7000 Einsätzen beziehungsweise Transporten am Rettungsdienst der Stadt Bremen beteiligt ist.

„Diese Rettungswache (in Ritterhude) hat insofern eine besondere Funktion, da sie aufgrund eines Vertrages mit dem Landkreis Osterholz auch die Gemeinde Ritterhude mitversorgt und bei Engpässen im Rettungsdienst des Landkreises die hier stationierten Fahrzeuge ebenfalls einsetzen kann“, meinte Tepperwien.

Innensenator Kröning, der die nunmehr erweiterte ASB-Landesschule eine „unentbehrliche Einrichtung für die Ausbildung der Zivildienstleistenden“ nannte und ihr bescheinigte, stets an der Spitze der Entwicklung gestanden zu haben,

### Junge, Junge . . . das war eine Übung!

Sonntag vor Morgengrauen. In der Einsatzzentrale der Berliner Feuerwehr ist der Teufel los. Seit 24 Stunden reihet sich Schreckensmeldung an Schreckensmeldung: Großbrand in Charlottenburg, technische Hilfeleistungen auf den Berliner Straßen bei Verkehrsunfällen. Die Reserven sind so gut wie erschöpft. Es herrscht Ausnahmezustand.

Als sich dann die Freiwillige Feuerwehr aus Wittenau meldet mit der Nachricht, in der Invalidensiedlung in Frohnau sei eine Turnhalle in die Luft geflogen, viele Menschen seien verletzt und eine noch unbekannte Anzahl von Bewohnern obdachlos, gibt es nur eins: Katastrophenalarm für Nord-Berlin!

Minuten später klingelt das Telefon beim ASB Reinickendorf. Auftrag: „Fahren Sie mit Ihrer Sanitätsgruppe nach Froh-

lobte uneingeschränkt ihre Gemeinnützigkeit, Kooperationsbereitschaft und das Engagement aller haupt- und nebenamtlichen Kräfte und verwies dabei besonders auf die Bedeutung der Zivildienstleistenden: „Der ASB ist eine der Bevölkerung Bremens besonders verbundene Hilfsorganisation.“

Der Arbeiter-Samariter-Bund habe als einer der ersten erkannt, wie wertvoll die Mitarbeit der Zivildienstleistenden im sozialen Bereich und im Dienste der Allgemeinheit sei, sagte Adolf Krep, der Direktor des Bundesamtes für den Zivildienst in Köln. Er habe auch Sorge dafür getragen, daß die Zivildienstleistenden in Theorie und Praxis angemessen auf ihre Tätigkeit vorbereitet werden.

Von den ambulanten Diensten bis hin zu den stationären Einrichtungen gehöre der Bremer ASB-Landesverband zu den aktivsten Landesverbänden überhaupt, meinte der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes, Martin Ehmer, in seinem Grußwort.

Die Übernahme des neuen Teils der ASB-Landesschule Bremen war natürlich auch ein Grund zum Feiern: Behördenvertreter und Samariter trafen sich anschließend zu einem kleinen Imbiß in der Landesschule in Ritterhude, Ringstraße 9. Da gab es denn auch noch einmal Neues zu sehen: Eine moderne Garage für die dort stationierten zwei Rettungswagen (Kostenpunkt 150 000 Mark) war gerade fertig geworden. Bisher hatten die Fahrzeuge bei Wind und Wetter unter freiem Himmel stehen müssen.

nau in den Staehleweg ins Schaden- gebiet.“

Während sich die alarmierten Samariterinnen und Samariter in der Dianastraße im Ortsverbandsheim sammeln, wählt sich eine Helferin in der Kreisgeschäftsstelle des DRK Reinickendorf fast die Finger wund und holt Ärzte, Sanis und Betreuerinnen buchstäblich aus den Betten.

Um 8.50 Uhr hat Einsatzleiter Rainer Peterscheck, DRK Reinickendorf, die Meldung in der Hand, daß von 59 erreichten Helfern 57 im Anmarsch sind. Die Sanitätsgruppe des ASB als Vorkommando ist gerade nach Frohnau abgefahren.

Die erste Lagemeldung trifft um 9.15 Uhr über Funk ein: Gasexplosion – Turnhalle eingestürzt – umliegende Häuser be-





ASB-Helfer bei der Versorgung eines „Verletzten“.

schädigt – insgesamt 30 zum Teil schwer Verletzte liegen in der Halle und auf dem Gelände – Erstversorgung ist eingeleitet.

Fünf Minuten später rückt der 3. Sanitätszug Nord des DRK aus. In der Zwischenzeit hat der Fernmeldezug des ASB, der bereits um 5.59 Uhr durch die Feuerwehr im Rahmen des Ausnahmezustandes vorsorglich informiert worden und um 7.00 Uhr ausgerückt war, die Nachrichtenverbindung installiert.

Die Einsatzleitung, die Betreuungsstelle, das Zelt der Verletzensammelstelle, die Funkleitstelle Sama 100 und die Vermittlung im Pförtnerzimmer stehen zum Betrieb bereit.

Den Helfern vor Ort wird es nicht leichtgemacht. Erst in diesem nördlichsten Zipfel von West-Berlin wurde ihnen klar, daß die ganze Geschichte eine Übung ist. Entsprechend wachsam und scharf

sind die Blicke der Schiedsrichter und Beobachter, die jedes Detail säuberlich notieren.

Und damit die „Nachbereitung“ der Übung erleichtert werden kann, haben H. J. Seichter und Lutz Gerloff vom ASB über das Videogerät alles in Bild und Ton festgehalten.

Die „Verletzten“ waren von der ASB-Gruppe „Maske“ unter Leitung von Itta Vollnhals gut präpariert worden und sahen ungeheuer „echt“ aus. Der Landesarzt des DRK, Dr. Peters, hatte sich dem beobachtenden Landestechniker Wolfgang Günther gegenüber sehr lobend über die Arbeit des Schminktrupps geäußert – und das freut einen dann auch!

Im übrigen standen mehrere ältere Damen sehr neugierig immer dort, wo sie nicht stehen sollten. Sie wurden höflich, aber bestimmt, fortgeschickt.

Auch drei kleine Jungen, die mit flotten Sprüchen und lästerlichen Bemerkungen Verwirrung stiften wollten, kamen nicht zum Zuge.

Die „Damen“ tauchten dann übrigens im Laufe des Vormittags als „Obdachlose“ wieder auf. Schließlich sollte die Betreuungsgruppe des DRK ihren praktischen Einstand geben.

Die „Verletzten“ kamen nicht in Krankenhäuser. Sie wurden in die Verletzensammelstelle nach Alt-Wittenau gebracht, um dann nach Registrierung und Betreuung mit Dank für die Mitarbeit entlassen zu werden.

Den Schluß dieser gemeinsamen Übung bildete ein Mittagessen aus der Feldküche des DRK. Alle waren zufrieden mit dem Ablauf dieser Übung, und die Initiatoren versprachen, daß es nicht die letzte Übung dieser Art in Reinickendorf gewesen sein wird.

Konrad Beck

## Sanitäterfortbildung beim ASB Darmstadt

Eine vom hessischen Sozialminister vorgeschriebene Fortbildungsveranstaltung wurde im November beim ASB Darmstadt durchgeführt. Die Sanitäter, die schon ein 520-Stunden-Ausbildungsprogramm absolviert haben, werden hier speziell weitergebildet. Zur Zeit werden angehende Sanitäter drei Wochen theoretisch, vier Wochen auf einer Lehrrettungswache und nochmals eine Woche theoretisch geschult und geprüft. Für diese Männer und Frauen des Krankentransport-/Rettungsdienstes wurde eine Sonderfortbildung geplant. Ein Themenkomplex des Ministerprogramms sieht die Unterweisung auf dem Gebiet der Hygiene im Rettungsdienst, der Versicherungen und der Rettung unter erschwerten Bedingungen vor.

Unser Desinfektor Lehné brachte den Teilnehmern ausdrucksvoll die Wichtigkeit der Sauberkeit und Hygiene im Bereich Krankentransport und Rettungsdienst bei. Theoretisch und praktisch wurden Maßnahmen zur Desinfektion gelernt und geübt, auch der Umgang mit an infektiösen Krankheiten leidenden Patienten wurde geschult. Nachdem die Teilnehmer, unter denen sich auch ein Samariter aus Taunusstein befand, in die Geheimnisse der Versicherungen eingewiesen worden waren, kam man zum Hauptthema, der Rettung unter erschwerten Bedingungen.

Der ASB ist froh und dankbar, daß hier der Bundesverband für den Selbstschutz wieder einmal massiv half. Sowohl im Lehrsaal als auch auf dem Übungsgelände vermittelten die Mitarbeiter des BVS (Dienststellenleiter Willy Roth, der auch aktiver Samariter ist, und BVS-Ausbilder Kombächer) den Teilnehmern Wissen, welches im aktiven Dienst von großem Nutzen sein kann.

Trotz der Kälte, die auf dem Übungsgelände herrschte, kamen die Samariter ganz schön ins Schwitzen. Da wurde z. B. ein „Verletzter“ mit der Trage einen ca. 10 Meter hohen Abhang heraufgebracht, der Transport über Trümmeregelände wurde bis zum Umfallen geübt, der Umgang mit dem Rettungstuch in allen Variationen erprobt.

Aber auch die eigene Rettung und die Eigensicherung wurden geübt, so z. B. das Abseilen aus einem zertrümmerten Gebäude oder das richtige Sichern eines Helfers, der einen Abhang überwinden muß.

Nach 16 Stunden Ausbildung waren sich die Samariter einig: Regelmäßige Fortbildungen müssen sein – nur wer sich ständig selbst prüft, ist den Anforderungen des Einsatzes gewachsen. Rosu



Die „Verletzten“ werden zur Sammelstelle gebracht.

(Fotos: DRK Berlin)



Johanniter-Unfall-Hilfe zuständig für Rettungshubschrauber in Neuostheim

## „Fliegende Intensivstation“ für schwierige Transporte

Keine Konkurrenz für „Christoph 5“ –  
Geschwindigkeit ist keine Hexerei: In der Luft gibt es keine Ampeln



JUH-Hilfe aus der Luft:  
Der Hubschrauber ist  
startbereit . . .

Wenn es bei Rainer Nehring piepst, dann wird es ernst. Kein Vögelchen schreit nach Futter, sondern ein elektronisches Gerät in seiner Brusttasche ruft ihn zur Pflicht. Nehring ist einer der beiden Piloten des gelben Hubschraubers D-HAFF: Eine fliegende Intensivstation, die für schwierige Krankentransporte ausgerüstet ist. Die Maschine hat die Typenbezeichnung AS 350 Ecureuil (Eichhörnchen), sie ist nagelneu, steht seit einem Monat in Neuostheim und gehört dem Verein für internationale Krankentransporte (VIK).

Die medizinische Ausstattung des Hubschraubers obliegt der Johanniter-Unfall-Hilfe, sie ist es auch, die für den mitflie-

genden Arzt sorgt und die Sanitäter stellt. Streit mit dem Rettungshubschrauber „Christoph 5“ wird es nicht geben; denn er fliegt weiterhin akute Einsätze, während die Johanniter den sogenannten Sekundärbereich abdecken wollen: „Dem Rettungshubschrauber den Rücken freihalten“ nennt Michael Friedrich die Aufgabe der neuen Maschine. Friedrich organisiert bei den Johannitern die medizinische Seite der Einsätze.

Dringender Hilferuf der Universitätsklinik Marburg an den Ludwigshafener Rettungshubschrauber „Christoph 5“: Ein neunjähriges Mädchen mit schweren Verbrennungen muß auf dem schnell-

sten Weg in die Oggersheimer Spezialklinik gebracht werden. Doch „Christoph 5“ ist gerade unterwegs, um eine andere Verlegung zu fliegen. Auch der Kasseler Rettungshubschrauber „Christoph 7“ steht nicht zur Verfügung: Er ist bei einem Unfall eingesetzt und bringt ein verletztes Kind von Wolfhagen nach Göttingen. Durch Zufall steht wegen eines Manövers ein Ambulanzhubschrauber der Bundeswehr auf dem Flugplatz Fritzlar. Die Besatzung hilft unbürokratisch und schnell, sie übernimmt den Flug von Marburg nach Ludwigshafen.

Auf solche glücklichen Zufälle will man in Zukunft nicht mehr hoffen müssen. Die Rettungshubschrauber sollen einsatzbereit an ihrem Standort bleiben. „Hätte „Christoph 5“ den Patienten geflogen, dann wäre die Maschine zweieinhalb Stunden blockiert gewesen“, sagt Friedrich zu einem Einsatz des Johanniter-Hubschraubers, als ein junger Mann, der kurz zuvor an der Wirbelsäule operiert worden war, von Straßburg in das Berufsgenossenschaftliche Unfallkrankenhaus nach Frankfurt geflogen wurde. „Es hätte in dieser Zeit im Raum Rhein-Neckar/Pfalz nichts passieren dürfen“, meint der Johanniter. Das gilt auch für alle anderen Flüge des gelben Hubschraubers, von denen der weiteste bisher nach Aachen ging.

„Der Hubschrauber ist allein für medizinische Zwecke da“, betont der Pressesprecher des VIK, Hans Georg Neubert. Er zielt mit seiner Kritik auf solche Flugfirmen, die mit weniger gut ausgestatteten Helikoptern sich um Aufträge im medizinischen Bereich bemühen. „Die fliegen heute Hochspannungsleitungen ab, morgen transportieren sie Monteure zu einer Baustelle, und am dritten Tag wollen sie einen Verlegungsflug mit Arzt und Sanitäter machen“, meint Neubert. Ein Krankenwagen wird auch nicht heute als Lieferwagen und morgen als Rettungsfahrzeug benutzt.

Tatsächlich ist der Hubschrauber bestens ausgerüstet: Infusionen sind während des Fluges möglich, ein Elektroschock-Gerät zur Wiederbelebung (Defi-



brillator) steht zur Verfügung, EKG und Herzschrittmacher sind selbstverständlich. Eine Vacuummatratze für Verletzungen an der Wirbelsäule liegt im Hubschrauber bereit, sogar eine tragbare Intensivstation für Säuglinge ist da und wurde schon mehrmals gebraucht. Wenn Kinder geflogen werden, dann ist immer ein Kinderarzt und eine Schwester, die das Kind kennt, dabei. Ansonsten fliegt ein Anästhesist mit.

„Die Luftrettung effizienter machen“ hat sich der Verein für internationale Krankentransporte (VIK) auf die Fahnen geschrieben. Weltweit organisiert er Krankenrückflüge über seine Zentrale am Flughafen Stuttgart. Dazu hat der als gemeinnützig anerkannte Verein ständige Verträge mit Chartergesellschaften, um im Notfall nicht lange nach einem Flugzeug suchen zu müssen.

Blitzschnell gibt sein Computersystem Auskunft über verfügbare Krankenhäuser, Spezialkliniken, einsatzbereite Fachärzte und medizinisches Begleitpersonal. Mit der Bereitstellung des Rettungshubschraubers für die Johanniter-Unfallhilfe in Mannheim will der VIK im Raum Nordbaden, Südhessen und der Pfalz ein „besseres Versorgungsfeld“ schaffen.

Des Lobes voll über den neuen Hubschrauber sind die beiden Piloten Rainer Nehring und Thomas Puschmann. Die Maschine ist eine jüngere Entwicklung des französischen Flugzeugherstellers Aerospatiale. „Der Hubschrauber ist, bis auf die Turbine, fast ganz aus Kunststoff“, erklärt Nehring. Da selbst das Rotorsystem aus Kunststoff ist, hat die Maschine eine für einen Hubschrauber ungewöhnliche Laufruhe. Die Rotorsteuerung verschleißt weniger schnell als eine aus Metall. Selbst das Luftfahrt-Bundesamt in Braunschweig hat das anerkannt und die Inspektions-Intervalle für diesen Typ nur noch alle 100 Flugstunden vorgeschrieben. „Bei allen gängigen Hubschraubermodellen muß der Rotor nach 25 Stunden kontrolliert werden“, sagt der ehemalige Bundeswehripilot.

An den Kosten macht sich das natürlich bemerkbar. Wartung, die der Mechaniker nicht machen muß, braucht auch niemand zu bezahlen. Der Johanniter-Hubschrauber ist in den reinen Flugkosten deutlich preisgünstiger als vergleichbare Modelle, bietet aber dieselbe Leistung: Knapp 650 PS machen ihn 230 Stundenkilometer schnell oder lassen ihn – schneller als jeden Fahrstuhl – 8 Meter pro Sekunde steigen. 780 Kilometer weit fliegt er mit einer Tankfüllung, er braucht dann 0,7 Liter Kerosin pro Kilometer. Zu den Kosten meint Michael Friedrich: „Wenn ein Notarzt dabei sein muß, dann kommt der Transport in der Luft oft billiger als auf der Straße.“ Die

extrem kurze Flugzeit, die der Hubschrauber im Vergleich zum Rettungswagen braucht, ist der Grund. Denn der Helicopter wird nach Flugminuten abgerechnet, während der Rettungswagenfahrer die Kilometer zusammenzählt.

Nach Heidelberg braucht ein Krankenwagen zum Beispiel rund eine halbe Stunde, der Hubschrauber ist bereits nach sechs Minuten dort. Abgesehen davon, daß der Transport per Auto oft

nicht möglich ist, hat die Luft einen heutzutage unschätzbaren Vorteil: Dort gibt es keine Autofahrer, die bei Grünlicht in eine überlastete Kreuzung einfahren und sie dadurch für den nachfolgenden Verkehr blockieren. Der Hubschrauberpilot braucht sich auch nicht um behindernd abgestellte Limousinen herumtasten wie so mancher Krankenwagenfahrer, und rote Ampeln sieht er nur von oben.

Bernhard Pfendner



... und mit modernsten technischen Geräten ausgestattet.  
(Fotos: Pfendner)

### Eberhard Scheihing wurde Gesamtleiter der JUH-Bundesschule

Schon vor Abschluß der Bauarbeiten an der JUH-Bundesschule Nieder-Weisel sind für die erweiterten Aufgaben der Ausbildungsstätte personelle Entscheidungen getroffen worden. Eberhard Scheihing wurde zum Gesamtleiter der Einrichtung berufen und hat am 1. Januar 1984 seinen Dienst angetreten.

Scheihing (42) bringt für seine zukünftige Tätigkeit langjährige Erfahrung mit. Nach seinem Dienst an Volks- und Berufsschulen wandte er sich der Erwachsenenbildung zu und leitete über Jahre Aus- und Fortbildungszentren bedeutender deutscher Wirtschaftsunternehmen.

Sein Wechsel zur JUH wurde bestimmt vom Interesse an einer neuen Aufgabe. In Nieder-Weisel obliegt ihm die Gesamtleitung des zukünftigen Ausbil-

dungszentrums und der damit verbundenen verwaltungstechnischen und organisatorischen Aufgaben. Wesentliche Hilfe wird ihm durch den langjährigen Schulleiter Mahr und den Lehrkörper der Bundesschule zuteil. Bei seiner Einführung durch Bundesgeschäftsführer Kleffel meinte Scheihing zum termingerechten Fortgang der Bauarbeiten bis zum Frühjahr, die dann modernen Erfordernissen entsprechende und behindertengerechte Ausbildungsstätte auch für externe Ausbildungswillige sei eine gute Starthilfe für seine Arbeit im Dienst der JUH. Er bedankte sich bei Mahr und allen Mitarbeitern der Schule für die angekündigte kooperative Zusammenarbeit und forderte, als „wackerer Schwabe“ verständlich, zum gemeinsamen „Schaffe“ auf.

G. R.



Der Auslandsdienst des MHD

## Von Äthiopien bis Thailand

Langjährige Erfahrung – Im Katastrophenfall stehen medizinisches Fachpersonal und technisches Gerät zur Verfügung



Seit drei Jahren bringen die Malteser Hilfsgüter nach Polen.

Als Fachverband für Katastrophenhilfe gehört es auch zu den Aufgaben des Malteser-Hilfsdienstes, im Falle von Erdbeben, Überschwemmungen, Dürre oder im Kriegsfall humanitäre Auslandshilfe zu leisten. Aktiv werden die Malteser stets im Auftrag von Organisationen und Institutionen. Seine Auslandseinsätze und -aufenthalte werden nicht aus Mitgliederbeiträgen finanziert, sondern die Kosten übernehmen z. B. der Deutsche Caritas-Verband, das Auswärtige Amt, die Vereinten Nationen oder das Aussätzigen-Hilfswerk. Der MHD stellt im Katastrophenfall das medizinische Fachpersonal, technisches Gerät sowie sein Wissen und seine Erfahrungen zur Verfügung.

Die Auslandsarbeit blickt auf langjährige Erfahrungen zurück. Erstmals im Jahre 1956 bemühten sich Malteser an der deutsch-österreichischen Landesgrenze um den großen Strom der Ungarnflüchtlinge.

Insgesamt neun Jahre leistete der MHD humanitäre Hilfe im Kriegsgebiet von

Vietnam. In der Zeit von 1966 bis 1975 errichteten ehrenamtliche Helferinnen und Helfer des MHD unter anderem das Hospital Da-Nang mit einer Ambulanz sowie einer Intensiv- und Tbc-Station. Drei MHD-Angehörige mußten 1969 in vietnamesischer Gefangenschaft ihr Leben lassen.

Die Auslandseinsätze des MHD machen nicht an politischen oder ideologischen Grenzen halt. Ausschlaggebend ist stets die Notwendigkeit zur medizinischen, technischen, sozial-caritativen und logistischen Hilfe. Die Aktivitäten reichen von Äthiopien über den Libanon bis nach Thailand. Je nach Bedarf stellt sich die Dauer, der Wirkungsgrad und der Umfang der notwendigen Hilfeleistungen unterschiedlich dar. Immer wieder stellen sich freiwillige Helferinnen und Helfer zur Verfügung, wenn es darum geht, Seuchen zu bekämpfen, Ernährungsprogramme durchzuführen oder für die Trinkwasseraufbereitung zu sorgen. Ärzte sind ebenso im Einsatz wie Bauarbeiter und Krankenschwestern. Mit Beendi-

gung des Einsatzes werden fertiggestellte Hospitäler, Gemeindezentren und andere Bauten in die Verantwortung einheimischer Organisationen übergeben.

### Italien

Gemeinsam mit dem Internationalen Bauorden unterstützt der MHD seit 1980 die Wiederaufbauarbeiten im süditalienischen Erdbebengebiet von Valva. Unter anderem errichteten Handwerker dort zwei Kindergärten und fünf Gemeindezentren. Die Aufbauarbeiten des MHD werden bis März 1984 vollendet sein.

### Algerien

In Oran, der mit 60000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Algeriens, arbeiten derzeit fünf MHD-Helfer am Bau eines Behindertenzentrums. Mittlerweile konnten sieben Wohnhäuser im Rohbau fertiggestellt werden, so daß nun mit den Innenarbeiten begonnen wird. In Kooperation mit einer deutschen Baufirma hoffen die Malteser, das Behindertenzentrum Ende 1984 schlüsselfertig an ihre algerischen Freunde übergeben zu können.

### Somalia

Im Auftrag des Deutschen Caritas-Verbandes sorgte ein Helferteam in verschiedenen somalischen Flüchtlingslagern, in denen zeitweise 1,6 Millionen Ogaden untergebracht waren, für die lebensnotwendige Trinkwasserversorgung. 1982 wurden immerhin elf Trinkwasseraufbereitungsanlagen in Betrieb genommen, so daß täglich 1,2 Millionen Liter Wasser zum Verzehr bereitstehen. Dadurch konnte die Kindersterblichkeit und Seuchengefahr drastisch reduziert werden. Dieses Projekt wird im Frühling 1984 abgeschlossen.

### Vietnam

Ein deutlicher Schwerpunkt der MHD-Aktivitäten liegt im südostasiatischen Raum. Aufgrund des langjährigen Engagements im Krisengebiet von Vietnam bestehen noch immer zahlreiche persönliche Kontakte von vietnamesischen Familien zu MHD-Helfern. Immer wieder erreichen den Auslandsdienst Briefe, in denen Vietnamesen auf den Mangel an Medikamenten, medizinischen Geräten und Bekleidungsstoffen hinweisen und um tatkräftige Unterstützung bitten. Deshalb organisiert der MHD-Auslandsdienst fortlaufend Paket- und Geldsendungen an ihm bekannte Familien. Über Hongkong ist derzeit eine Warenliefe-



zung mit Ersatzteilen für Hospitäler im Wert von DM 130000 unterwegs. Diese Hilfsaktionen werden auf jeden Fall fortgesetzt.

### Thailand

Seit September 1979 sind Helferinnen und Helfer medizinisch im Grenzgebiet von Thailand und Kambodscha engagiert. Bis 1981 oblag den Maltesern die medizinische Betreuung von vier Flüchtlingslagern. Darüber hinaus wurde eine Klinik errichtet. Inzwischen konnten die medizinischen Betreuungsprojekte abgeschlossen werden. In ihnen waren bislang 65 Ärzte und Krankenschwestern eingesetzt.

Mit finanzieller Unterstützung der Vereinten Nationen und des Aussätzigen-Hilfswerkes wird seit Anfang 1982 eine Leprastation im Flüchtlingslager Khao-I-Dang unterhalten. Woche für Woche treffen dort neue Flüchtlinge aus Kambodscha ein, da sich herumgesprochen hat, daß im grenznahen Flüchtlingslager Lepröse ärztlich behandelt und geheilt werden.

Der MHD-Mitarbeiter und Leiter der Leprastation, John Schuster, bemüht sich gemeinsam mit anderen ausländischen Helfern, zumindest die größte Not zu lindern. Durchschnittlich werden in der Leprastation 90 stationäre und 80 ambulante Patienten behandelt. Daß sich Auslandshilfe nicht allein auf die Krankenbetreuung beschränkt, zeigt die Initiative John Schusters, der im Flüchtlingslager eine Weberei, eine Schneiderei und eine Schuhmacherei ins Leben rief. Somit ist ein Teil der Flüchtlinge in der Lage, seinen Lebensunterhalt selbst zu sichern. Denn es fehlt sowohl an Kleidung, Schlafmatten als auch an Lebensmitteln. Deshalb versuchen die ausländischen Helfer mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, die trostlose Lage der Flüchtlinge ein klein wenig erträglicher zu gestalten.



Mit Hilfe des MHD konnte in verschiedenen somalischen Flüchtlingslagern die Trinkwasserversorgung sichergestellt werden.

### Polen

Seit nahezu drei Jahren fahren fast wöchentlich Lkw-Transporter des MHD im Auftrag des Caritas-Verbandes oder anderer kirchlicher Einrichtungen Hilfsgüter in die Volksrepublik Polen. Im unermüdelichen Einsatz führen unzählige Helfergruppen und MHD-Dienststellen diese Transporte durch und nehmen dabei Strapazen und lange Wartezeiten an den Grenzen auf sich. Gerade in der Vorweihnachtszeit waren wiederum zahlreiche Malteser mit dem Verpacken und Verladen von Paketen beschäftigt. Seit 1981 wurden 11030 Tonnen Lebensmittel, Medikamente, Saatgut und Kleidung im Wert von rund DM 49 Millionen nach Polen gefahren. Diese Paket- und Geschenksendungen wurden und werden über katholische Pfarreien an kinderreiche Familien, kranke und alte Menschen verteilt.

Ein weiteres Problem, dem sich der MHD angenommen hat, sind die zöliakiekranken Kinder in Polen. Durch eine

Beeinträchtigung der Funktion der Dünndarmschleimhaut sind diese kranken Kinder auf eine Spezialdiät angewiesen. Neben leicht verdaulichen Gemüsen, Obst und magerem Fleisch sollen sie glutenfreie Kost – also überwiegend Maiseerzeugnisse – zu sich nehmen. Da gerade diese Nahrungsmittel in Polen knapp sind, bemüht sich der MHD um spezielle Lebensmittellieferungen für die ihm bekannten 700 zöliakiekranken Kinder.

Monika Windbergs

### Im Notfall ist sofortige Hilfe sicher

Eine Hausnotruf-Anlage (System ANT-Nachrichtentechnik), wie bereits in drei MHD-Dienststellen im Bundesgebiet mit Erfolg betrieben, konnte der MHD Bonn Anfang September 1983 für eine ganze Woche in seiner Dienststelle allen interessierten Bürgern, Verbandsvertretern und Mitgliedern des Sozialausschusses der Stadt Bonn im Rahmen einer Präsentation vorstellen.

Diese technische Ausrüstung kann ersetzen, was im wirtschaftlichen Sinne teuren Personaleinsatz bedeutet: nämlich die Bereitstellung von zusätzlichen Heim- und Pflegeplätzen. Der persönliche Vorteil ist aber aus Sicht des MHD-Geschäftsführers Klaus Treppe sowie einiger Bonner Kommunalpolitiker des Sozialausschusses vorrangig: Aufgrund der Sicherheit, die ein solches Notruf-System bringt, kann der ältere, der kranke oder behinderte Mitbürger in seiner gewohnten Umgebung bleiben, was oftmals sein sehnlichster Wunsch ist. Die Bonner Malteser-Helfer sind entschlossen, ein solches System in der Bundeshauptstadt anzubieten. Margret Merk, Vorsitzende des Rats-Unterausschusses für Behindertenfragen, hat namens der CDU bereits den Antrag eingebracht, durch die Verwaltung prüfen zu lassen, ob die Einführung durch die Stadt oder mit ihrer Unterstützung erfolgen kann.

Zu beiden Initiativen gab die konkrete Darstellung eines solchen Notruf-Systems durch den MHD Bonn einen wesentlichen Anstoß. Während der Präsentation war die Hausnotruf-Anlage voll installiert und beeindruckte die Besucher, wie die Bilanz der Bonner Malteser ausweist, durch seine Leistungen. Spontan erklärte sich ein Bonner Fahrschullehrer bereit, die Patenschaft für die Anschaffung eines Hausnotruf-Apparates zu übernehmen. Erste Spenden für mittellose Hilfsbedürftige liegen bereits dem MHD Bonn vor.

Voraussichtlich im Frühjahr 1984 wird der MHD den Hausnotruf-Service und die damit verbundene Sicherheit für die Bonner Bevölkerung anbieten können.



Über die Grenzen Thailands hinaus ist die Leprastation Khao-I-Dang bekannt.



## KOMBA und DFV im gemeinsamen Gespräch

Themen: Aus- und Fortbildung, Rettungsdienst und Krankentransport, Frauen in der Feuerwehr

Zu einem Informationsaustausch über aktuelle Fragen des Feuerwehrwesens und des Brandschutzes trafen sich der Deutsche Feuerwehrverband und die KOMBA-Gewerkschaft am 5. 12. 1983 im Hause des Deutschen Beamtenbundes. Die Initiative zu diesem Gespräch ging von der KOMBA-Gewerkschaft aus, in der nach deren eigenen Angaben rd. 6000 von den bundesweit ca. 24000 hauptamtlichen Kräften in den öffentlichen Feuerwehren vertreten sind. Der Deutsche Feuerwehrverband war bei dieser in gewissen Zeitabständen stattfindenden Besprechung durch Präsident Struve und Bundesgeschäftsführer Voßmeier vertreten. Die KOMBA-Gewerkschaft wurde vertreten durch den Bundesvorsitzenden Berger (gleichzeitig stv. Bundesvorsitzender des DBB), den stv. Bundesvorsitzenden Schlei, den Vorsitzenden des Bundesfeuerwehrausschusses Wessiepe und Bundesgeschäftsführer Ossenkamp.

Im Mittelpunkt des Meinungsaustausches standen Fragen der Aus- und Fortbildung der hauptberuflichen Feuerwehrmänner sowie Fragen der Arbeitszeit und des Schichtdienstes. Die Gewerkschaft KOMBA vertritt nach wie vor die Auffassung, daß der 24stündige Wechselschichtdienst mit seiner Aufteilung in Arbeitszeit und Bereitschaftszeit sowohl für den Schichtdienstleistenden selbst als auch für seine Familienangehörigen unter allen Schichtsystemen die humanste Lösung bietet. Einen breiten Raum in der Besprechung nahm auch das Unfallgeschehen bei den beamteten Feuerwehrmännern ein, worüber es derzeit noch keine statistischen Unterlagen gibt. Die KOMBA hat sich in dieser Frage der DFV-Forderung nach Schaffung einer solchen Ermittlung angeschlossen und bemüht sich um die Erstellung einer solchen jährlichen statistischen Unterlage. Eine KOMBA-Umfrage bei den Berufsfeuerwehren ergab die ersten wichtigen Hinweise für eine Analyse des Unfallgeschehens. Gemeinsam hofft man hier mit Hilfe der Berufsfeuerwehren und der Kommunalen Spitzenverbände, künftig jährlich konkrete Unterlagen zu erhalten.

In dieser Besprechung wurde weiter auch auf Fragen des Zusammenwirkens von Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr sowie die ständig zunehmenden Privatisierungstendenzen im Rettungsdienst und Krankentransport eingegangen. Der Deutsche Feuerwehrverband konnte hierbei seine bisherigen Haltungen konkretisieren. Die Gewerkschaft KOMBA bestätigte in einer anschließenden Pressekonferenz, daß sie den Deutschen Feuerwehrverband uneingeschränkt als höchstes Organ aller Feuerwehren anerkennt und bemüht ist, durch einen regen Informationsaustausch mit allen Interessengruppen zu einer Versachlichung der eventuell noch bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren beizutragen.

DFV und KOMBA beobachten mit großer Sorge die Entwicklung im Bereich des Rettungsdienstes, wo zunehmende Privatisierungstendenzen erkennbar werden. Nach Einschätzung beider Gesprächsteilnehmer ist der Rettungsdienst eine viel zu ernste Angelegenheit, um zum Objekt wettbewerbsmäßiger Geschäftemacherei deklariert zu werden. Jeder Bürger habe wie in der Vergangenheit auch künftig Anspruch darauf, im Bedarfsfall schnell und optimal versorgt zu werden.

Ein weiterer wichtiger Gesprächspunkt war das Thema „Frauen im hauptberuflichen feuerwehrtechnischen Dienst“. Laut KOMBA hat die derzeitige Arbeitsmarktsituation mit einem hohen Anteil an weiblichen Arbeitslosen zu Überlegungen geführt, inwieweit Frauen hauptberuflich für den feuerwehrtechnischen Einsatzdienst in Frage kommen. Zwischen DFV und KOMBA bestand Übereinstimmung in der Bewertung, daß die hauptberufliche Beschäftigung von Frauen im feuerwehrtechnischen Dienst nicht zu einem Sonderstatus für diese Frauen führen darf, sondern daß männliche und weibliche Beschäftigte im Einsatzdienst der Feuerwehr gleiche Rechte und Pflichten haben müssen. Hierunter ist auch die uneingeschränkte Dienstfähigkeit für alle Fachbereiche der Feuerwehr zu verstehen. Unter diesem Gesichtspunkt

erkennt man keine unüberwindbaren Hindernisse für die hauptberufliche Beschäftigung von Frauen im Feuerwehrdienst, wobei die besonderen gesundheitlichen Probleme nicht Gegenstand der Beurteilung waren.

Mit einer Pressekonferenz wurde dieser Meinungsaustausch abgeschlossen, wobei sich DFV und KOMBA darin einig waren, diese routinemäßigen Informationsgespräche auch in Zukunft fortzusetzen.

### Statistikbogen Feu 905 aktualisiert

Der seit 1975 bundesweit zur Erhebung der Feuerwehr-Jahresstatistik verwendete Vordruck „Feu 905“ wurde in den letzten Monaten vom Deutschen Feuerwehrverband in Zusammenarbeit mit den Innenministern/-senatoren der Länder überarbeitet und dem heute gültigen Stand der Normung angepaßt. Laut Beschluß des Unterausschusses „Feuerwehrangelegenheiten“ des AK V der Innenministerkonferenz am 26. August 1982 wird dieser aktualisierte Vordruck bereits seit der Erfassung der Jahresstatistik 1982 verwendet. Wegen der notwendigen bundeseinheitlichen Datenerfassung können die bisherigen Drucke der Statistikbogen Feu 905 nicht mehr verwendet werden.

Die Aktualisierung der Statistik betrifft im wesentlichen den technischen Teil mit der Zusammenstellung der Fahrzeuge. Neu aufgenommen wurden auch Fragen des Bereiches „Unfälle im Feuerwehrdienst“, ferner Erhebungen zur Zahl der durch Schadensereignisse geretteten und getöteten Menschen. Gerade über diesen Bereich gibt es bisher in der Bundesrepublik noch keinerlei statistische Erfassungen, obwohl diese Zahlen von größter Bedeutung sind. Durch diese Angaben in der Jahresstatistik Feu 905 wird in Zukunft ermittelt werden können, wieviel Menschen durch den Einsatz der Feuerwehren bei den unterschiedlichsten Einsatzanlässen gerettet und wieviel Menschen durch die Schadensereignisse getötet wurden. Weitere Veränderungen in der Gestaltung des Fragebogens haben sich aus den Erfahrungen der letzten Jahre ergeben.

Die Feuerwehren werden gebeten, unter Verwendung dieser überarbeiteten Jahresstatistik in den nächsten Jahren die Erhebungen im Rahmen der für das jeweilige Bundesland geltenden Durchführungsvorschriften des Innenministeriums/-senats vorzunehmen, damit im



Frühjahr eines jeden Jahres die Länder- und Bundesstatistik erstellt werden kann.

Auch in Zukunft bilden diese Angaben der Feuerwehren beziehungsweise der Kreise/kreisfreien Städte die einzige Basis für eine bundesweite Statistik. Die neuen Statistikbogen sind ab sofort beim Deutschen Gemeindeverlag, beim Verlag Kohlhammer GmbH und beim Versandhaus des DFV (Bonn) erhältlich.

### Widerstandsfähigkeit von Sicherheitsschuhwerk gegen thermische Beanspruchung

In einer Pressemitteilung hat der Bundesverband der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand (BAGUV) auf das Problem der Sicherheitsstiefel aus Kunststoff hingewiesen (siehe auch „brandschutz“ 2/81):

In letzter Zeit ist in zunehmendem Maße festzustellen, daß Feuerwehr-Sachko-

stenträger Sicherheitsstiefel aus Kunststoff (PVC oder PUR) anstelle von Gummi-Sicherheitsstiefeln für die Benutzung bei der Feuerwehr beschaffen. Zwar entsprechen die besagten Kunststoffstiefel der Norm B 3 DIN 48 43, doch wurde hierbei der Nachweis der Äquivalenz in bezug auf thermische Beanspruchung gegenüber Gummistiefeln nach B3 DIN 48 43 bisher nicht erbracht. Eine Beschaffung von Kunststoff- anstelle von Sicherheits-Gummistiefeln erfolgt meist deshalb, weil erstgenannte preisgünstiger sind. Bei solchem Handeln bleiben jedoch Schutzvorkehrungen für Feuerwehr-Angehörige unberücksichtigt.

Wir dürfen in dieser Sache auf frühere Veröffentlichungen und insbesondere auf den Fachbeitrag „Zur Widerstandsfähigkeit von Feuerwehr-Sicherheitsschuhwerk gegen thermische Beanspruchung“, der in den Fachzeitschriften „brandwacht“ Nr. 2/81 und „brandschutz“ Nr. 10/81 erschienen ist, verweisen.

Wegen der besonderen Gefährdung, der Feuerwehr-Angehörige zusätzlich dann ausgesetzt sind, wenn Schuhwerk getragen wird, das Mindestanforderungen an Widerstandsfähigkeit gegen thermische Beanspruchung nicht erfüllt – davon ist bei Kunststoff-Stiefeln auszugehen, solange der Gegenbeweis nicht erbracht ist –, hält die Fachgruppe „Feuerwehren-Hilfeleistung“ des BAGUV es für dringend erforderlich, Feuerwehr-Sachkostenträger zu informieren und zu ersuchen, für die Benutzung durch die Feuerwehr nur Sicherheitsstiefel aus dem Material Gummi oder Leder, das ebenfalls bei thermischer Beanspruchung seine Schutzfunktion beibehält, zu beschaffen. Sicherheitsstiefel aus Kunststoff (PVC oder PUR) können nur dann als geeignet angesehen werden, wenn durch Prüfbescheinigung des Berufsgenossenschaftlichen Instituts für Arbeitssicherheit (BIA) der Nachweis erbracht wird, daß sie die gleiche Widerstandsfähigkeit gegen thermische Beanspruchung wie Gummistiefel haben.

## Feuerwehr-Statistik

Auszug aus dem  
Feuerwehr-Jahrbuch 1983/84

Feuerwehren	Einsätze				Fahrzeuge (ohne „Geräte“)				ständig besetzte Wachen				Musik-treibende Züge
	der				bei				bei				
Gesamtübersicht	FF	BF	WF	Gesamt	FF	BF	WF	Gesamt	FF	BF	WF	Gesamt	Gesamt
Baden-Württemberg	37 275	31 749	43 179	112 203	7 654	285	1 042	8 981	38	14	68	120	210
Bayern	29 498	51 848	?	81 346	12 393	436	989	13 818	9	18	36	63	79
Berlin	7 330	157 251	1 858	166 439	58	482	44	584	—	25	6	31	—
Bremen	167	47 134	20 727	68 028	28	190	62	280	—	8	6	14	1
Hamburg	3 163	167 457	7 336	177 956	119	340	101	560	—	18	8	26	7
Hessen	20 522	74 636	27 189	122 347	6 401	614	429	7 444	46	14	24	84	272
Niedersachsen	57 587	129 159	20 391	207 137	7 649	429	576	8 654	4	16	?	20	323
Nordrhein-Westfalen	484 971	605 986	89 357	1 180 314	6 517	1 761	1 231	9 509	104	100	103	307	198
Rheinland-Pfalz	13 234	18 855	6 843	38 932	4 228	191	121	4 540	12	7	8	27	79
Saarland	9 001	10 938	?	19 939	857	56	?	913	5	2	?	7	18
Schleswig-Holstein	12 677	68 251	2 444	83 372	2 580	161	103	2 844	26	8	3	37	156
Summen: 1982	675 425	1 363 264	219 324	2 258 013	48 484	4 945	4 698	58 127	244	230	262	736	1 343
Vorjahre: 1981	761 440	1 353 186	233 523	2 348 149	49 804	4 827	4 907	59 538	228	223	237	688	1 402
/ 1979	799 353	1 408 599	209 133	2 417 085	44 491	4 487	4 577	54 555	278	209	198	685	1 387
/ 1977	682 787	1 264 819	149 840	2 097 446	43 406	4 237	3 222	50 865	294	223	240	757	1 372

Feuerwehren	Mitglieder (Gesamt)					Hauptberufliche Aktive				Weibliche Aktive			Aktive in den musik-treibenden Zügen
	in					in				in			
Gesamtübersicht	FF	BF	WF	JF	Gesamt	FF	BF	WF	Gesamt	FF	JF	Gesamt	Gesamt
Baden-Württemberg	116 003	1 373	7 909	9 194	134 479	298	1 319	797	2 414	433	389	822	3 966
Bayern	324 564	2 326	12 513	21 762	361 165	362	2 210	1 290	3 862	4 964	559	5 523	3 074
Berlin	356	2 931	255	92	3 634	—	2 618	87	2 705	7	5	12	—
Bremen	646	911	281	—	1 838	—	836	229	1 065	—	—	—	18
Hamburg	3 193	2 312	606	189	6 300	—	2 089	91	2 180	—	—	—	183
Hessen	95 927	1 726	2 832	28 330	128 815	181	1 594	724	2 499	3 445	4 268	7 713	4 826
Niedersachsen	142 361	1 593	4 165	21 995	170 114	125	1 499	722	2 346	2 503	2 885	5 388	8 680
Nordrhein-Westfalen	85 310	7 315	10 106	7 937	110 668	2 755	6 811	2 746	12 312	214	141	355	3 247
Rheinland-Pfalz	61 605	591	1 198	3 901	67 295	197	561	66	824	266	157	423	1 028
Saarland	12 423	163	?	2 527	15 113	32	155	?	187	2	24	26	453
Schleswig-Holstein	51 512	740	834	3 979	57 065	45	685	75	805	113	200	313	2 808
Summen: 1982	893 900	21 981	40 699	99 906	1 056 486	3 995	20 377	6 827	31 199	11 947	8 628	20 575	28 283
Vorjahre: 1981	869 821	20 674	37 336	96 644	1 024 475	4 272	20 674	4 722	29 668	10 685	8 200	18 885	30 536
/ 1979	855 090	19 704	40 944	89 103	1 004 841	3 432	19 704	10 665	33 801	7 732	6 005	13 737	32 418
/ 1977	809 518	19 564	39 959	76 726	945 767	3 091	19 564	8 436	31 091	4 904	4 160	9 064	29 728



Das Rettungstauchen in der DLRG hat von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewonnen. Die technischen Geräte wurden wesentlich verbessert und die Aufgaben der Wasserrettung im Rahmen des Katastrophenschutzes erweitert. Mehr und mehr Rettungsschwimmer begeistern sich für das Tauchen mit Geräten. Für die DLRG-Taucher gilt es aber in erster Linie, Menschen zu retten und Objekte zu bergen.

Der Weg vom Rettungsschwimmer zum Rettungstaucher ist mühsam und anstrengend. Die Prüfungen haben es in sich, und so ist es kein Wunder, wenn allein die Grundausbildung zwei Jahre dauert, von erfahrenen Tauchlehrwarten in den DLRG-Bezirken und -Gruppen geleitet. Voraussetzungen für das Rettungstauchen sind die gesundheitliche Eignung, der Besitz des Rettungsschwimmer-Abzeichens in Silber und des Jugendtauchscheines. Diese Vorkenntnisse, bei denen das ABC-Schwimmen mit Maske, Schnorchel und Brille sowie Kenntnisse in Theorie und Praxis gefordert werden, werden bei der weiteren Ausbildung im technischen, medizinisch-physikalischen Bereich sowie im Konditions- und Sicherheitsbereich erweitert.

Eine komplette Taucherausrüstung mit Naß- und Trockentauchanzug, Rettungsweste, Bleigürtel, Tauchermesser, Tiefmesser, Taucheruhr und natürlich ein Tauchgerät mit automatischer Rückstellreserve sind Voraussetzung für das Gerätetauchen.

Der Abschlußprüfung – abgenommen durch einen DLRG-Landesverband – mit dem Erwerb des Tauchscheines bzw. Taucherdienstbuches geht innerhalb eines DLRG-Bezirktes eine Vorprüfung voraus, bei der die geforderten Prüfungsteile einwandfrei beherrscht und nachgewiesen werden müssen.

Zu einer solchen Prüfung gehören das Zehn-Meter-Tieftauchen mit Gerät, der Notaufstieg aus dieser Tiefe mit der Rettungsweste, das Bergen eines verunglückten Tauchers oder Helfers mit Wiederbelebung, 500 m Flossschwimmen mit Gerät und 1000 m ohne Gerät, 100 m Transportieren mit Gerät, Leinenführung an der Suchstange, 20 Minuten Tieftauchen mit Gerät, 25 Sekunden Zeittauchen, aus 25 m Entfernung das Gerät antauchen und anlegen, 100 m Tauchen von zwei Personen, die nur aus einem Gerät Atemluft erhalten, und 50 m mit drei Personen (Tankstellentauchen), 40 m Streckentauchen, Halbmaske unter Wasser anlegen und entwäs-

Rettungstauchen ist ein Teil der Katastrophenschutzarbeit der DLRG

## Mit Begeisterung dabei

Viele Rettungsschwimmer erlernen das Rettungstauchen



Foto oben: Die DLRG-Rettungstaucher üben die Kontrolle an der Suchstange.



Foto rechts: Die Wiederbelebung gehört zu den wichtigsten Punkten der Rettungstaucher-Ausbildung. Hier übt ein Taucher mit einer Anatomic-Wiederbelebungspuppe.



Die Taucher bereiten sich auf einen Übungseinsatz vor.

sern, Wiederbelebung mit der Anatomic-Puppe, Knotenkunde und Kenntnisse der wichtigsten Handzeichen. Diese Prüfungsaufgaben werden ergänzt durch eine mündliche und schriftliche Prüfung. Nur wer fleißig geübt hat, die erforderliche körperliche und geistige Kondition besitzt und die geforderten Prüfungsteile beherrscht, hat die Chance, den Tauchschein zu erwerben.

Die letztjährige Tauchervorprüfung des DLRG-Bezirks Frankenland fand am Baggersee „Am Katzenbuckel“ und im Hallenbad in Waldbrunn statt. Im DLRG-Bezirk Frankenland besitzen bereits 46 Rettungstaucher den Tauchschein. In diesem Jahr kommen zehn hinzu, die bei den zwölf Einsatztrupps im Bezirk ihren ehrenamtlichen Dienst verrichten werden.

Dörder



## DLRG fordert uneingeschränkte Offenhaltung der Bäder

Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft fordert die kommunalen Spitzenverbände auf, sich für eine uneingeschränkte Offenhaltung der Bäder zum Nutzen der gesamten Bevölkerung einzusetzen. Finanzielle Gründe sollten nach Meinung der DLRG nicht zu Bäderschließungen führen.

In einer Resolution der DLRG zur Bädersituation wird allerdings davor gewarnt, Einsparungen beim Betrieb der Bäder durch Austausch von Schwimmmeistern durch ehrenamtlich tätige DLRG-Mitarbeiter zu erzielen. Öffentliche Schwimmbäder mit ihrer komplizierten Technik und dem hohen Maß an zu übernehmender Verantwortung bedürfen

nach der Meinung der DLRG hauptamtlicher Schwimmmeister.

Die DLRG ist jedoch auch in Zukunft bereit, die Träger der Bäder bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Insbesondere stehen die gut ausgebildeten Rettungsschwimmer für ergänzenden Wachdienst in Spitzenzeiten zur Verfügung.

An der Nord- und Ostseeküste, wo fast ausschließlich ehrenamtliche Rettungsschwimmer eingesetzt werden, leistete die DLRG 1983 mit 1604 aus dem gesamten Bundesgebiet eingesetzten Rettungsschwimmern 307321 Wachstunden. Dabei retteten die Wachgänger 411 Menschen das Leben.

## DLRG Marburg stellte neues Motorrettungsboot in Dienst

Ein neues Spezial-Rettungsboot, Boston Whaler 13, wurde von Direktor Buske, Deutsche Fernsprecher-Gesellschaft (DFG), in Anwesenheit vieler Ehrengäste und DLRG-Aktiven auf den Namen „Marburg“ getauft.

Buske betonte in seiner Rede, er habe wie auch viele andere Menschen schon einmal die lebensrettende Hilfe der DLRG erhalten. Eine solche Einrichtung bedürfe der Förderung, da sie nutzbringend und hilfreich sei.

Neben der DFG haben die Marburger Stempelerzeugung und die Stadtsparkasse Marburg dazu beigetragen, daß die DLRG-Ortsgruppe die erforderlichen DM 7000 Eigenkapital weitgehend aufbringen konnte.

Das Rettungsboot mit einem 40-PS-Außenbordmotor und Bootsanhänger hat DM 27000 gekostet. Der Betrag wurde durch die Hessische Landesregierung und den DLRG-Landesverband Hessen aus Katastrophenschutzmitteln bereitgestellt.

Im Rahmen der Bootstaufe dankte der Leiter des DLRG-Bezirks Marburg, Bam-



berger, den Spendern für ihre tatkräftige Unterstützung. Einbezogen in den Dank wurde Oberstleutnant Eibe, Kommandeur des Fla.-Reg. 300, das durch eine Aitkleidersammlung mit zur Anschaffung des Bootes beigetragen hatte.

Bei den nach der Bootstaufe stattfindenden Probefahrten auf der Lahn konnten sich der Taufpate sowie zahlreiche Ehrengäste von der Stabilität und Schnelligkeit wie auch Zweckmäßigkeit des Bootes überzeugen. Mit der Überreichung eines Wandtellers an die Spender endete der Festakt in Marburg.



## DLRG Lünen stellt sich vor beim „Tag des Katastrophenschutzes“



Die DLRG steht bundesweit für die Sicherung menschlichen Lebens ein. Am „Tag des Katastrophenschutzes“ ließ es sich die Kreisgruppe Lünen unter der Leitung ihrer Beauftragten Christian Reibetanz und Ulrike Flöter nicht nehmen, dabeizusein. Mit einem breiten Spektrum von Informations- und Demonstrationsmaterial wurden Schaulustige und Interessierte am Ausstellungsstand über

Sinn und Einsätze der DLRG informiert und eingeladen zum Mitmachen in der Organisation. Schnittig mit seinen beiden starken Motoren ließ das Rettungsboot „Dory 17“ der DLRG manch herrlichen Freizeitgedanken aufkommen, doch wieviel akute Gefahr mit diesem schnellen Boot bereits gebannt wurde, darüber können die Unterlagen der DLRG Dortmund einiges berichten.

## DLRG-Kreisverband Augsburg-Aichach/Friedberg bezog neue Räume

„Viele Leute sind unvernünftig und bringen kein Verständnis für Helfer auf.“ Bürgermeister Johann Pflanz, Kissinger, sprach anlässlich der Einweihung neuer Räume der DLRG am Weitmannsee aus, worüber viele Bürger erbost sind: Immer wieder werden Lebensretter unnötig behindert; auf den Fall eines vor kurzem in dem Erholungssee ertrunkenen Mannes ging auch Pfarrer Paul Großmann bei einem Zeltgottesdienst ein: „Es ist ein Skandal, wenn Helfer behindert werden.“

Um die Gefahr des nassen Todes so gering wie möglich zu halten und Rettungschancen möglichst optimal zu gestalten, wollen die Helfer der DLRG am Weitmannsee immer technisch auf dem neuesten Stand sein und für eine gute

Ausbildung von Jugendlichen sorgen. Deshalb bauten die Kissinger Lebensretter, Mitglieder des Kreisverbandes Augsburg-Aichach/Friedberg, an ihre Station zwei neue Garagen und eine Werkstatt an.

Die Einweihung dieser neuen Räumlichkeiten wurde mit einem viertägigen Fest begangen, wobei sich das Wetter nicht gerade in Feststimmung zeigte. Nach dem Bieranstich und einem gemütlichen Abend im Festzelt begingen die Kissinger am Morgen des zweiten Festtages einen ökumenischen Zeltgottesdienst, bei dem aktuelle Themen angesprochen wurden.

Unter musikalischer Einrahmung zelebrierten Pfarrer Paul Großmann und Heinz Dormann einen Gottesdienst, bei

dem sowohl das Verhalten vieler Badegäste freiwilligen Helfern gegenüber als auch das fehlende Umweltbewußtsein als skandalös geschildert wurden. „Wäre es so schlimm, wenn man seine Abfälle in eine Plastiktüte gibt und sie dann mit nach Hause nimmt?“ sprach Pfarrer Dormann die immer stärker werdende Umweltverschmutzung an, die besonders an einem Erholungssee äußerst befremdend wirkt. Er rief alle auf, „doch einmal mit dem Fahrrad zum Baden zu fahren“ und mehr auf die Natur zu achten.

Die DLRGler haben ihre Station „mit Hilfe vieler fleißiger Hände“ um zwei Garagen und eine Werkstatt mit einem Kostenaufwand von 25000 Mark erweitert. Außerdem wurde die Station der „Wassermänner“ am Weitmannsee an das Abwassernetz und die Wasserversorgung in Kissinger angeschlossen, wodurch die Lebensretter, wie Vorsitzender Manfred Bolz berichtet, „fast wunschlos glücklich sind“. Nur noch einen Anschluß ans Stromnetz wünscht er sich, denn „gerade an einem Erholungssee stört der Krach eines Notstromaggregats enorm“. Eine Lösung dieses Problems stellte Günter Herrmann, Geschäftsführer des Erholungsvereins, schon in nächster Zeit in Aussicht.

Nachdem auch Bürgermeister Johann Pflanz und der Augsburgener Stadtrat Arnold viel Erfolg beim „Kampf gegen den nassen Tod“ wünschten, weihte Pfarrer Großmann den Neubau offiziell ein. In der Hoffnung, daß noch viele Menschen vor dem Ertrinken gerettet werden können, sprach Kissingers Bürgermeister den Wunsch aus, daß die Bürger mehr Verständnis für Helfer aufbringen, „denn sonst nützt die Erweiterung auch nichts!“

## DLRG-Tauchgruppe Moers besteht 20 Jahre

Im vergangenen Jahr blickten die Rettungstaucher der DLRG-Ortsgruppe Moers auf ein 20jähriges Bestehen ihrer Taucherguppe zurück. Schon 1963 wurde der erste Taucherkurs bei der DLRG im damaligen Bezirk Moers durchgeführt. Es begann auf der Jahreshauptversammlung 1959 der DLRG-Ortsgruppe Moers. Hier kam zum ersten Mal der Gedanke einer eigenen Taucherguppe auf. Bereits am 10. Oktober 1960 wurde die Gründungsversammlung der Taucherguppe Moers abgehalten.





Links: Der erste Einsatzwagen aus dem Jahre 1966. Rechts: Der heute eingesetzte Rettungs-Transportwagen.



Links: Einsatz im Jahre 1967. Rechts: Einsatz vor zwei Jahren.

Schon im Mai 1960 waren die ersten Anträge auf Bezuschussung zur Anschaffung der erforderlichen Tauchausrüstungen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf und das Sportamt der Stadt Moers gestellt worden.

Die erste tauchtechnische Ausbildung begann ebenfalls im Jahr 1960 im Hallenbad Ruhrort und ab 1962 im Hallenbad Rheinhausen, da in Moers noch keine Trainingsmöglichkeiten vorhanden waren. In diesen Jahren war eine Taucherausbildung bei der DLRG noch nicht üblich.

Endlich, im Jahre 1963 war es dann soweit: Der erste DLRG-Taucherkurs konnte in Moers beginnen. Ab 1964 wurde dann das Training in das neue Hallenbad in Moers verlegt.

Die angeschafften Tauchgeräte wurden laufend erweitert und modernisiert. Ein vor 1962 beschaffter kleiner Reisekompressor wurde 1967 durch einen Kompressor mit einer Leistung von 200 l/min ersetzt.

Die Unterbringung des großen Gerätebestandes erfolgte bis 1978 beim Löschzug 2 der Freiwilligen Feuerwehr Moers-Hülsdonk und danach im Freibad Bettenkamp. Zum Transport der Geräte erhielt die Taucherguppe von der Stadt Moers 1966 einen VW-Kombi, der 1974 durch einen Hanomag ersetzt wurde. 1982 stellte dann der Kreis Wesel einen Rettungs-Transportwagen zur Verfügung, der den Hanomag ablöste. Von 1963 bis 1982 nahmen insgesamt 198 Rettungsschwimmer an den Tauchkursen teil, 104 bestanden die Prüfung. Zur Zeit besteht die Taucherguppe der DLRG Moers aus 36 Rettungstauchern

mit gültigem Taucherdienstbuch. Elf Rettungsschwimmer stehen in der Taucherausbildung.

In den 20 Jahren der Taucherei wurden die Rettungstaucher der Taucherguppe Moers zu insgesamt 48 Hilfeleistungen herangezogen. Hierunter fielen Bergungen, Unterwasser-Reparaturen und Hilfeleistungen für Behörden.

Aus der Taucherguppe Moers sind im Laufe der Jahre etliche Führungskräfte des DLRG-Landesverbandes Nordrhein hervorgegangen. W. Wirtz

## Gelsenkirchen: Bundes- verdienstkreuz für Jutta Kopper

Der Referentin für das Anfängerschwimmen und Frauenwartin des DLRG-Landesverbandes Westfalen, Jutta Kopper, überreichte Gelsenkirchens Bürgermeister Egon Rossa im Namen des Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz am Bande. DLRG-Landesverbandsleiter Prof. Dr. Konrad Gelzer bekundete seine Freude darüber, daß mit Jutta Kopper zum ersten Male eine Frau im DLRG-Landesverband mit einer so hohen Ehrung bedacht wurde.

Jutta Kopper ist von 1959 bis heute Frauenwartin der Ortsgruppe Gelsenkirchen-Mitte und des Bezirkes Gelsenkirchen. 1978 übernahm sie auch den Vorsitz der Ortsgruppe. Seit 1974 führte

Jutta Kopper Kurse für das Vorschulschwimmen durch. Als sie 1977 Frauenwartin des DLRG-Landesverbandes Westfalen wurde, übernahm sie auch das Referat für das Anfängerschwimmen. Diese Funktionen werden auch heute noch von ihr wahrgenommen. Die höchste Ehrung in der DLRG wurde ihr 1980 zuteil: Der Präsident der DLRG verlieh ihr das Verdienstkreuz in Gold.



## DLRG bei der Selbstschutz- ausstellung in Lippstadt dabei

Der Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) führte in Lippstadt auf dem Kuhmarkt am Lippertor eine Ausstellung zusammen mit den Hilfsorganisationen durch. Selbstverständlich durfte auch die DLRG-Ortsgruppe Lippstadt nicht fehlen.

Während dieser Ausstellung konnten sich die Besucher auch an einem Quiz beteiligen, in dem das Wissen um den Selbstschutz getestet wurde. So waren am Stand der DLRG Fragen aus dem Bereich der Baderegeln zu beantworten. Auch konnten ein Einsatzfahrzeug sowie das im Jahre 1981 auf den Namen „Albert Reinecke“ getaufte Boot der DLRG besichtigt werden.





# Presseschau des Inlands

## Entwurf für ein neues Zivilschutzgesetz

Das Bundesinnenministerium erwägt eine gesetzliche Regelung für eine Zivilschutz-Dienstplicht im „Spannungs- und Verteidigungsfall“, wie ein Sprecher bestätigte. Ein entsprechender Referentenentwurf für ein neues Zivilschutzgesetz sei bereits von der Regierung Schmidt/Genscher im August 1982 abgeschlossen worden. Über diese Sonder-Dienstplicht berät das Bonner Ministerium, so der Landesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes Bremen, Fritz Tepperwien, bei einer Pressekonferenz in Bonn, bereits seit 30. September 1983 mit den privaten Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe, Deutsches Rotes Kreuz (DRK) und Malteser-Hilfsdienst.

Anlaß der Überlegungen sei die „geplante Bündelung“ der zahlreichen Zivilschutzgesetze in einem großen Gesetz, verlaute dazu aus dem Bundesinnenministerium. Die Einführung einer Zivilschutz-Dienstplicht entspreche einem früher geäußerten Wunsch der Bundesländer außer Hessen und Bremen. In diesem Zusammenhang seien den Hilfsorganisationen anhand des Referentenentwurfs vom August 1982 verschiedene Fragen zu einem neuen Zivilschutzgesetz gestellt worden. Die Verbände sollen ihre Stellungnahmen bis zum 30. Juni 1984 abgeben.

Bonn will außerdem klären, welche Bundesländer diese Dienstplicht als unbedingt notwendig erachten, welche sie prinzipiell auch im Spannungs- und Verteidigungsfall ablehnen, außerdem, ob eine Dienstverpflichtung primär in Einheiten der Hilfsorganisationen erfolgen soll und ob es dabei einer generellen Zustimmung der privaten Träger-Organisationen bedarf.

In das neue große Zivilschutzgesetz sollen auch das Selbstschutzgesetz, das Katastrophenschutzgesetz und andere Notstandsregelungen aufgenommen werden. Das DRK, das ausschließlich auf das Freiwilligkeitsprinzip setzt, hat Bedenken gegen eine gesetzliche Dienstverpflichtung angemeldet. Der ge-

samte Zivilschutz einschließlich der freiwilligen Feuerwehr kann sich gegenwärtig auf 1,3 Millionen Helfer stützen.

(Volkmar Hoffmann  
in der „Frankfurter Rundschau“)

## DDR: Zivilverteidigungs- übungen

... Seit Monaten prasselt auf die DDR-Bürger ein unglaubliches propagandistisches Trommelfeuer nieder. Präsident Reagan und „aggressiven NATO-Kreisen“ wird unterstellt, mit allen Mitteln, selbst dem Atomschlag, den Sozialismus liquidieren zu wollen und dafür alle Vorbereitungen zu treffen ...

Mit den Befürchtungen ... ist die Angst vor einer atomaren Konfrontation gewachsen. Sie wird noch genährt durch die intensiv betriebene Vorbereitung des zivilen Sektors auf einen möglichen Atomkrieg. So fand in den letzten Wochen in einer Reihe von DDR-Städten im Rahmen mehrtägiger Zivilverteidigungsübungen „Atomalarm“ statt.

Er ist mit einem erheblichen Eingriff in das öffentliche Leben verbunden, wie auch ein „Informationsblatt“ verdeutlicht, das kürzlich an alle Haushalte der Stadt Demmin verteilt wurde. Darin heißt es: „Im Zeitraum vom 19. September bis zum 24. September 1983 findet im Territorium der Stadt Demmin eine Übung der Zivilverteidigung statt. Höhepunkt der Übung ist der 24. September 1983 mit der Auslösung von Atom- und Luftalarm um 8.00 Uhr durch Sirensignal, mit auf- und abschwellendem Ton im 5-Sekundenrhythmus.“

Wenn Atom- und Luftalarm gegeben wird, sollen die Bürger, wie in dem Flugblatt formuliert ist, „Straßen und Plätze verlassen und Gebäude aufsuchen, Fenster schließen und verdunkeln, elektrische Geräte abschalten, Wasser- und Gasversorgung abstellen“. Kleintierhalter werden aufgefordert, „sämtliche Tiere in den Stallungen zu halten“. Die Entwarnung erfolge nach einer Viertelstunde. An der Übung sollen, so wird verlangt, „alle Bürger aktiv und diszipliniert mitwirken“.

DDR-Bürger aus verschiedenen Städten berichteten, daß sie während des Atomalarms vorbereitete Keller aufsuchen und sich „bevorraten“ mußten. Es habe kein Mensch „auf die Straßen gedurft“. Einsatzkräfte der Zivilverteidigung und Polizei hätten Straßen abgesperrt und Autos angehalten. Alle Läden seien geschlossen gewesen. Ein Augenzeuge aus Lauchhammer, wo Anfang Oktober eine Atomübung stattfand, schilderte: „Es war eine Totenstille und ganz unheimlich.“

Die, wie eine SED-Zeitung sie nannte, „komplexterritorialen“ Übungen der letzten Wochen haben so manchen DDR-Bürger innerlich aufgewühlt und betroffen gemacht. Ein Einwohner aus Teterow (Bezirk Neubrandenburg), wo es Mitte Oktober einen solchen Alarm gab, kommentierte die Übung so: „Es war scheußlich. Als wir in den Keller mußten, wurde uns erst so richtig bewußt, was uns bevorsteht.“ Ein Bürger aus Nauen fragte nach einem Atomalarm: „Warum auch noch das? Wenn Atombomben fallen, gibt es sowieso keine Rettung mehr.“

Obwohl selbst die theoretische Parteizeitschrift „Einheit“ in ihrer jüngsten Ausgabe bezweifelt, daß es nach einem nuklearen Weltkrieg noch irgendeine reale Existenzchance geben würde, wird die DDR-Bevölkerung zunehmend mit vorbereitenden Maßnahmen konfrontiert. So müssen zum Beispiel Schüler Atemschutzmittel basteln. Wichtige Betriebe und Versorgungseinrichtungen sind gehalten, bestimmte Schutzmaßnahmen für den Fall eines Atomkrieges vorzubereiten. Mädchen und „ausgemusterte“ Jungen werden in Zivilverteidigungslagern auf den Ernstfall vorbereitet. Offenbar rechnen die Militärführer im Osten mit der Gewinnbarkeit eines nuklearen Krieges.

Eine DDR-Pädagogin, die mit 700 Mädchen und 20 Jungen zu einer vierwöchigen Ausbildung in das Zivilverteidigungslager Templin abkommandiert wurde, offenbarte wenige Tage vorher, daß sie sich „psychisch“ in die Enge getrieben fühle. „Im Namen des Friedens“ dürfe sich kein Schüler ausschließen, sie ebenfalls nicht. Sie sei gegen die Ausbildung, habe aber Angst, ihre Meinung zu äußern, und gleichzeitig auch Angst, „zu schweigen, sich anzupassen und nur innerlich zu rebellieren“.

Immer mehr DDR-Bürger stellen solche aus ehrlicher Sorge geborenen Überlegungen an, und zwar keineswegs nur in den Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung. Beispielsweise wurde aus dem Parteiapparat bekannt, daß es in Arbeitskollektiven „unterschiedliche Meinungen“ zu den östlichen Raketenplänen im Falle der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen im Westen gegeben habe.

Die in großer Zahl in den Medien veröffentlichten Zustimmungserklärungen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Unbehagen über die Machtpolitik beider Großmächte wächst. Nicht ohne Grund will die SED den „klärenden Dialog“, so die „Einheit“, mit der Bevölkerung fortsetzen und verstärken.

(Michael Mara  
im „Tagesspiegel“, Berlin)



## Presseschau des Auslands

### Schweden beunruhigt: Ohne Strom keine Warnung

Unruhe über die weitreichenden Folgen des mehrstündigen Stromausfalls prägt Schweden am Tag nach dem „Tag danach“. Hunderte Industriebetriebe beklagen Schäden, die teilweise in die Millionen gehen und die als Folge „höherer Gewalt“ von den Versicherungen nicht ersetzt werden. Ernsthafter noch aber erscheint den verantwortlichen Stellen die Tatsache, daß der Stromausfall schwere Mängel in der schwedischen Krisenbereitschaft aufdeckte.

Während das erste Gebot des Zivilschutzes lautet, die Bevölkerung solle im Kriegs- und Katastrophenfall am Radio Anweisungen der Behörden abwarten, offenbarte der Stromausfall, daß man sich auf das Radio nicht verlassen kann: In weiten Teilen Schwedens fielen die Sender aus, weil sie nicht über Reserveaggregate verfügen. Sowohl der für die Stromversorgung zuständige Verkehrsminister Curt Boström wie auch der Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte Ljung bezeichneten dies als „große Enttäuschung“.

Zu den Sendern, die durch den Stromausfall ausgeschaltet wurden, zählte jener von Malmö, von dem aus bei einem eventuellen Unglück im Atomkraftwerk Barsebäck Alarm geschlagen werden soll. Das staatliche Fernmeldewerk meint, die in den betroffenen Gegenden lebenden Schweden hätten dennoch Informationen erhalten können, wenn sie „gute Batterien in ihrem Radio hatten und geduldig auf der Skala nach einem anderen Sender suchten“. Anweisungen hierfür will man nun in die Broschüren der Zivilverteidigung aufnehmen, wie die Anschaffung von Reserveaggregaten in Sendern auf dem Programm steht.

Als besonders empfindlich erwiesen sich bei dem Stromausfall die schwedischen Atomkraftwerke, von denen nur

eines so reagierte, wie es sollte: auf „Leerlauf“ zu schalten, kurzfristig nur für den Eigenbedarf Strom zu erzeugen und wieder bereit zu sein, wenn das Stromnetz wieder einsatzfähig ist. Elf der zwölf Reaktoren fielen hingegen aus: Sie schalteten sich selbst aus, was eine mehrstündige Prozedur zur Wiederinbetriebnahme erforderte.

(Hannes Gamillscheg  
im „Kölner Stadt-Anzeiger“)

### Schweiz: Ausbildung für alle Frauen

Laut Stellungnahme des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) zur Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung sollen alle Frauen, die nicht bereits in der Gesamtverteidigung integriert sind, im Sinn einer Überlebenshilfe einen einwöchigen Ausbildungskurs besuchen und Grundkenntnisse über Erste Hilfe, AC-Schutzmaßnahmen und die Organisation des Zivilschutzes erwerben. Zur Wiederholung und Aktualisierung des Stoffes sei alle zehn Jahre ein zweitägiger Wiederholungskurs zu bestehen. Der SGV regt zudem an, für die berufstätigen Frauen in den Sektoren Gesundheit, Erziehung und Verwaltung alle zwei Jahre während zweier Tage Spezialwissen zu vermitteln, so daß die in Krisenzeiten vakant gewordenen Posten der wehrpflichtigen Männer von Frauen bekleidet werden könnten.

(Neue Zürcher Zeitung)

### Österreich: Schutzplatz nur für jeden Zehnten

Österreich wird zwar als „Insel der Seligen“ bezeichnet, aber was ist, wenn es wider Erwarten doch in einen internationalen Konflikt miteinbezogen wird? Ist dafür wie in der Schweiz genügend Vorsorge getroffen worden? Gibt es Schutzräume, wo man im Ernstfall Zuflucht finden kann? MinRat Aschenbrenner aus dem Innenministerium verneint diese bange Frage.

Seine neuesten Schätzungen sollten die Politiker wachrütteln:

Nur ein Bruchteil der 1,6 Millionen Häuser in Österreich ist mit Schutzräumen ausgestattet.

Nur für zehn Prozent der sieben Millionen Einwohner wäre Platz in diesen Schutzräumen.

Nach einem Ministerratsbeschluß aus dem Jahre 1968 müssen alle Neubauten des Bundes mit Schutzräumen ausge-

stattet werden. Tatsächlich sind schon in 41 000 Krankenhäusern, Pensionistenheimen, Schulen und sonstigen Amtsgebäuden solche Sicherheitseinrichtungen im Entstehen. Die meisten Landesregierungen haben auch in ihren Bauordnungen vorgeschrieben, daß bei Neubauten Schutzräume installiert werden müssen. Die unrühmlichen Ausnahmen dabei bilden Niederösterreich, Burgenland, Vorarlberg und Wien wo allerdings zwei Modellversuche für Schutzraumbauten laufen.

Dazu MinRat Aschenbrenner: „Um für die gesamte Bevölkerung Schutzräume zu schaffen, wäre ein Kostenaufwand von 80 Milliarden Schilling notwendig.“

Aber immerhin wird daran gearbeitet, ein zentral gelenktes Sirenenwarnsystem für ganz Österreich einzurichten. Derzeit gibt es schon 8000 Sirenen, mit denen man im Ernstfall zwei Drittel der Bevölkerung erreichen kann. Bis zum Jahre 1988 wird mit einer Investitionssumme von 450 Millionen Schilling ein bundesweites Alarmsystem fertiggestellt. Über eine Befehlszentrale im Innenministerium können dann 12000 Sirenen über Funk zum Heulen gebracht werden.

(Dieter Kindermann  
in „Zivilschutz“, Wien)

### Spanien: Zivilschutzdienst als Ersatzdienst

Die sozialistische spanische Regierung hat ein Gesetzesprojekt beschlossen, das Militärdienstverweigerern erstmals die Absolvierung eines zivilen Ersatzdienstes ermöglichen soll. Ein Kontrollausschuß, dem ein Zivilrichter, Regierungsbeamte und ein Dienstverweigerer mit geleistetem Ersatzdienst angehören, wird die Bewerber für den Ersatzdienst prüfen.

Das Gesetz, das in Kürze vom Parlament verabschiedet werden soll, sieht Ersatzdienst hauptsächlich im Zivilschutz, auf dem Land, im Umweltschutz und in der Sozialhilfe (etwa für Alkoholiker und Drogensüchtige) vor. Der Ersatzdienst wird zwischen 22 und 30 Monaten dauern, während die Militärdienstzeit in Spanien momentan von 18 auf 12 Monate verkürzt wird.

Bisher erhielten Militärdienstverweigerer in Spanien Gefängnisstrafen. 1982 registrierte Spanien – bei 300000 Militärdienstleistenden – 3029 und in diesem Jahr bisher 1356 Verweigerer. Wer auch den künftigen Ersatzdienst verweigert, wird von Zivilrichtern mit Haft bestraft.

(Werner Herzog  
in der Frankfurter Rundschau)



## Wissenschaft & Technik

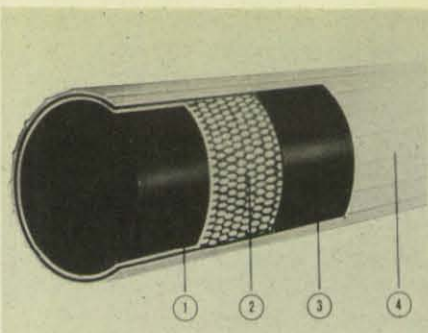
### Verbesserter Feuerwehrschlauch in leuchtend Gelb

Eine 0,5 mm starke äußere Schicht aus Synthekautschuk verbessert die Hitze-, Flammen-, Abrieb- und chemische Beständigkeit von Schläuchen, die von einer spanischen Firma entwickelt wurden. Die neuen Schläuche bieten eine Alternative zum „traditionellen“ System, bei dem durch das Durchsickern des Wassers ein Kühleffekt erzeugt wird. Letzteres hat natürlich den Nachteil, daß der Wasserverlust ein Sinken des Arbeitsdruckes während der Feuerbekämpfung bewirkt.

Herkömmliche Feuerwehrschläuche bestehen meist aus drei aufeinanderfolgenden Werkstofflagen. Wenn man von der Innenseite beginnt, sind diese eine 0,7 mm starke Lage aus einem Verschnitt von Nitrilkautschuk und Polyvinylchlorid (NBR/PVC), gefolgt von einer 0,5 mm starken Schicht aus Polyester- oder Polyamid-Verstärkungsgewebe und schließlich einer 0,5 mm starken äußeren Decke aus einem Verschnitt von NBR/PVC. Die Aufgabe der dritten Lage ist, das Gewebe, und damit den Schlauch selbst, zu schützen.

Die verbesserten Schläuche folgen diesem Aufbau-Muster. Um die Schutzwirkung des herkömmlichen NBR/PVC-Verschnitts der äußeren Lage zu verstärken, wurde eine 0,5 mm starke Lage aus Synthekautschuk hinzugefügt. Bei einer Prüfung erwies sich der Synthekautschuk für 120 Sek. bei 600° C als beständig, das ist dreimal so lang wie bei einem Schlauch, dessen äußere Decke aus einem Verschnitt von NBR/PVC bestand. Da das Material ohne wesentlichen Verlust seiner Grundeigenschaft in hellen Farben produziert werden kann, stellte die spanische Firma die Schläuche in einem leuchtenden Gelb her. Die Schläuche sind dadurch besonders gut sichtbar, auch nachts, in dichtem Rauch oder auf engem Raum.

Andere wichtige Faktoren für die Wahl von Synthekautschuk waren dessen gute Flexibilität und seine Beständigkeit gegen Verschleiß, Reißen, Ozon und Sonnenlicht.



Zu unserer Illustration: Aufbau des neuen Feuerwehrschlauches (von innen): 1 speziell aufgebauter, hochflexibler NBR/PVC-Verschnitt mit einer glatten, inneren Oberfläche, um den Druckverlust gering zu halten; 2 verstärkende Umklöpfung kreisförmig angeordneter, nahtlosen Gewebes aus hochzugfesten synthetischen Fasern; 3 NBR/PVC-Verschnitt und 4 abschließende Lage aus Synthekautschuk zum Schutz gegen Abrieb, Hitze, Flammeneinwirkung, Öl und Chemikalien. Der einstufige Herstellungsprozeß ergibt eine feste, gleichmäßige Verbindung der verschiedenen Lagen und vermeidet so das Risiko der Schichtentrennung. (Bild: Du Pont)

### Gurt-Trenner für das Armaturenbrett

Manche Autofahrer haben Angst, daß sie sich in einem brennenden Auto oder nach einem Überschlag nicht aus ihrem Sicherheitsgurt befreien können. Daß diese Angst nicht völlig unberechtigt ist, ergab eine Auswertung von Verkehrsunfällen durch das Institut für Fahrzeugtechnik der Technischen Universität Berlin. Insgesamt wertete das Institut 443 Verkehrsunfälle mit 692 angegurtenen Frontinsassen aus. Drei von vier Insassen hatten den Automatikgurt benutzt. Bei 9,4 Prozent aller Gurträger traten nach dem Unfall Schwierigkeiten auf, den Gurt zu lösen. In mehr als der Hälfte dieser Fälle waren die Insassen wegen ihrer Bewußtseinslage oder wegen ihrer schweren Verletzungen nicht in der Lage, das Gurtschloß zu öffnen. Bei 34 Fahrzeugen, die sich überschlagen hatten, war in sieben Fällen keine Selbstbefreiung möglich: Hier hatte es zwar keine erheblichen Verletzungen gegeben, aber Fahrer und Beifahrer standen offensichtlich unter Unfallschock mit Verwirrungszustand.

Diese Fakten sprechen natürlich nicht gegen das Anlegen des Gurtes. Jedoch haben sich Fachleute Gedanken darüber gemacht, wie man in den oben geschilderten Fällen den Insassen eines Unfallfahrzeuges schnell helfen kann: Das Versandhaus des Deutschen Feuerwehrverbandes bietet nunmehr einen Gurt-Trenner an, der gut sichtbar am Ar-



maturenbrett befestigt wird und mit dem im Notfall die Gurte schnell und sicher zu durchschneiden sind.

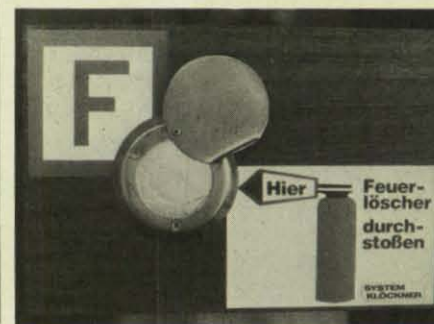
Das kleine Gurt-Messer wurde von der Branddirektion Frankfurt, dem Volkswagenwerk und verschiedenen Forschungszentren positiv beurteilt, einige Hilfsorganisationen haben den Trenner auch für ihre Einsatzfahrzeuge bestellt. (Foto: Versandhaus des DFV)

### Feuerlöschdurchlaß erhöht die Sicherheit

Für eine effektive Brandabwehr in kleineren Räumen wurde ein Feuerlöschdurchlaß entwickelt, über den der Bundesminister für Verkehr folgende Beurteilung abgibt: „Der von Ihnen entwickelte Schottdurchlaß gestattet, daß Brände in eng begrenzten Motorenräumen, in Motorkästen oder anderen kleinen Räumen mit Brandrisiko ohne Öffnen der Zugänge oder Klappen gelöscht werden können. Damit wird vermieden, daß Unfälle durch Stichflammen oder Verpuffungen infolge des plötzlichen Luftzutritts beim Öffnen entstehen. Insofern trägt dieser Schottdurchlaß zu einer Erhöhung der Sicherheit an Bord von Wasserfahrzeugen, insbesondere bei Sport- und Kleinfahrzeugen, bei.“

Ein nachträglicher Einbau des Feuerlöschdurchlasses ermöglicht es auch ungeübten Personen, mit einem Halonlöscher gefahrlos Brände bereits im Anfangsstadium erfolgreich zu bekämpfen und damit oft große Schäden zu verhindern. Es wird ganz einfach der Feuerlöscher durch die Papierversiegelung gestoßen: So kann von außen ein kleiner Raumbrand gelöscht werden.

(Foto: Sers)





## Neue Bücher

### Haus der Technik – Vortragsveröffentlichungen

Vulkan-Verlag, Essen

#### Heft 362: Das Feuerschutzprogramm für den modernen Industriebetrieb

Das Heft gibt einen umfassenden Überblick über den Feuerschutz im industriellen Bereich. Neben einer Veranschaulichung der entstandenen Schäden und der drohenden Gefahren wird dem vorbeugenden Brandschutz breiter Raum eingeräumt. In mehreren Beiträgen wird schließlich die technische Seite des Brandschutzes erläutert.

#### Heft 366: Unfall- und Brandsicherheit elektrischer Anlagen

Der Inhalt des Heftes steht in engem Zusammenhang zu den VDE-Bestimmungen und den DIN-Blättern. Die Verhütung von elektrischen Unfällen, Konsequenzen aus der Untersuchung von Stromunfällen sowie Bestimmungen für den Betrieb von Starkstromanlagen sind ebenso Themen des Heftes wie Wartung und Instandhaltung elektrischer Anlagen in explosionsgefährdeten Betriebsstätten und Sicherheitsfragen beim Einsatz elektronischer Betriebsmittel in Starkstromanlagen.

#### Heft 388: Sicherheit elektrischer Anlagen – Der Elektro-Unfall und seine Verhütung

Grundsätzliche Erläuterungen über den Elektro-Unfall, Klärung der Beeinflussung durch elektrische und magnetische Felder sowie interessante Ausführungen über experimentelle Tierversuche stehen im Vordergrund des Heftes. Weitere Beiträge befassen sich mit der Fehlstrom-Schutzschaltung und ihrer Beeinflussung.

#### Heft 428: Betrieblicher Brandschutz – vorbeugender Brandschutz

Einleitend mit „Analysen des Feuers“ und „Alles über Brennbares – alles über Löschverfahren“ werden in dem Heft weitere Themen wie Kunststoffe und ihr Brandverhalten, Gasmeß- und Gaswarngeräte, der bauliche Brandschutz sowie die betriebliche Brandverhütung behandelt. Ein Beitrag über Großbrandschäden und ihre Verhütung schließt das Heft ab.

#### Heft 467: Brandschutz in Arbeitsstätten und am Arbeitsplatz

Die Themenpalette des Heftes reicht vom Brandschutz als Zukunftssicherung über moderne Feuerlöschmittel, Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit im vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz bis zum Sprinklerschutz im Hochregallager. Grundsätzliche Betrachtungen zum Brandgeschehen runden die Thematik ab.

### Fahrzeuge der DDR-Feuerwehr

EFB-Verlag, Hanau

Der Band behandelt ein Thema, zu dem hier bisher nur wenig Material vorhanden war: Feuerwehrfahrzeuge in der DDR. Dazu gehören nicht nur die selten fotografierten Fahrzeuge aus der eigenen Produktion, sondern auch Modelle aus der ČSSR und der UdSSR.

Die reichlich vorhandenen Detail- und Ganzansichten, teilweise in Farbe, werden durch ausführliche Leistungsdaten und Beladelisten ergänzt. Es fehlen weder die Drehleitern, noch hat man auf Kran- und Rettungswagen verzichtet.

Auch die Löschboote sind erstmals in ihrer Gesamtheit präsentiert. Das Buch ist ein aktueller Beitrag zur derzeitigen Diskussion um die Feuerwehrfahrzeuge der kommenden Jahre.

### Feuerwehrfahrzeuge der Welt

Postkarten-Serie II  
EFB-Verlag, Hanau

Die neue Ausgabe der Kartenserie „Feuerwehrfahrzeuge der Welt“ umfaßt 12 farbige Postkarten. Die Karten mit interessanten Fahrzeugtypen eignen sich zum Sammeln, Verschenken oder für die Übermittlung von Grüßen an Freunde und Bekannte.

### Gefahren-Indikator

Albert Ziegler GmbH & Co. KG,  
Giengen

Mit dem neu entwickelten Gefahren-Indikator stellt sich ein Ablesesystem zur Sofortbeurteilung der Gefahren nach Unfällen von Transportfahrzeugen mit gefährlichen Stoffen vor, das den Feuerwehrmann schnell und gezielt über drohende Gefahren informiert.

Der Gefahren-Indikator zeigt anhand der Kemler-Zahl auf drei Drehscheiben die Gefährlichkeit der Stoffgruppe auf. Anhand der UN-Nummer wird mit einem Schieber und weiteren vier Drehscheiben über Brand-, Explosions- und Reaktionsgefahr sowie die entstehende Gesundheitsgefahr informiert. Darüber hinaus werden auf die Brandklasse hingewiesen und besondere Anweisungen aufgeführt.

Durch das handliche Taschenformat findet der Gefahren-Indikator sowohl in der Uniformtasche des Feuerwehrmanns als auch im Handschuhfach des Einsatzfahrzeuges seinen Platz, wobei seine stabile Kunststoffausführung im Feuerwehr-Alltag besonders von Nutzen ist.

### Blaulicht Fahrzeugmagazin

Von Reinhard Merlau

Mit dem „Blaulicht Fahrzeugmagazin“ wird der Zeitschriftenmarkt seit August 1983 im Turnus von drei Monaten bereichert. Das Magazin befaßt sich mit (Modell-)Umbauten und Vorbildern von Feuerwehr-Fahrzeugen und allen Sonderfahrzeugen, die ein Blaulicht haben.

„Dazu gehören Zivilschutz-Fahrzeuge, Polizei- und THW-Fahrzeuge, Militärpolizei- und BGS-Fahrzeuge ebenso wie DRK- und sonstige Rettungsfahrzeuge anderer Institutionen“ – so das Begleitwort der Redaktion, die geleitet wird von Reinhard Merlau und Alfred Grad als Stellvertreter.

Neben Basteltips und Anregungen sollen auch Besuche bei der Feuerwehr oder Fahrzeugherstellern regelmäßig gedruckt werden. Eine Kuriositäten-Ecke will besondere Fahrzeuge vorstellen.

Im ersten „Blaulicht Fahrzeugmagazin“ werden u. a. ein „Milchwagen“ bei der Freiwilligen Feuerwehr in Laubach/Hessen, neuartige Löschfahrzeuge bei der Berufsfeuerwehr Frankfurt am Main, Einsatzzüge, der Krankentransport und die Unfallrettung in den Niederlanden sowie ein Besuch bei der Berufsfeuerwehr Offenbach am Main publiziert.



Winfried Hoffmann

## Das Minimagazin

### Safety first – im Bergungsdienst

Die nachfolgenden wichtigen Sicherheitshinweise für den Bergungsdienst sind dargestellt durch Teilnehmer an THW-Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.



Behindernde Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände (Schutzhelme) sind im Wasserfahrzeug abzulegen (KatS-DV 282, Seite 88).



Das Tragen von Wasserhosen auf Fahrzeugen ist verboten (KatS-DV 282, Seite 88).



Für die Dauer der Tätigkeit bei Ankermanövern sind Schutzhandschuhe zu tragen (KatS-DV 282, Seite 55).



## 25 Jahre Bundesamt für Zivilschutz



Am 12. Dezember 1983 beging das Bundesamt für Zivilschutz in Bonn-Bad Godesberg sein 25jähriges Bestehen mit einem Festakt, zu dem mehr als tausend Gäste begrüßt werden konnten. Bundespräsident Prof. Dr. Karl Carstens würdigte dabei die Mitarbeit der ehren- und hauptamtlichen Kräfte im Zivil- und Katastrophenschutz (unser Titelbild).

Bundesinnenminister Dr. Friedrich Zimmermann unterstrich die Leistungen des Bundesamtes und stellte den Zivilschutz als unverzichtbare humanitäre Aufgabe heraus: „Wer den Zivilschutz bewußt vernachlässigt, weil er glaubt, dadurch dem Frieden zu dienen, der macht sich selbst zum Opfer der Illusion und handelt verantwortungslos. Solange Krieg möglich ist, solange bleibt diese humanitäre Aufgabe bestehen.“

Einen ausführlichen Bericht über die Veranstaltung finden unsere Leser im Innern dieses Heftes. Die Bilder auf dieser Seite zeigen eine Ansicht des Bundesamtes in Bad Godesberg sowie die Ausstellung des BZS zum Jubiläum, die dem ABC-Schutz gewidmet war. Die Ausrüstung eines ABC-Zuges und die entsprechenden Geräte wurden den interessierten Besuchern vorgestellt.